

Abonnements-Bedingungen:
Monatspreis 2,50 RM, monatlich 1,10 RM.
Wochentlich 26 Pf. frei ins Haus.
Eingehende Nummer 5 Pf. Sonntags-
beilage 'Die Kreuzzeitung' 10 Pf.
Eingetrogen in die Post-Zertifikats-
Liste. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Flandern, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Belegt für die Leihgebühren Koloniel-
gelle ober deren Raum 50 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Vertriebs-
und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf.
„Kleine Anzeigen“, das erste (Leih-
gebühren) Wort 20 Pf., jedes weitere
Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlaf-
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.
Telegraphen-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 29. November 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

150 000 Abonnenten!

Verlag und Redaktion des „Vorwärts“ sind in der angenehmen Lage, feststellen zu können, daß die Abonnenten des „Vorwärts“ die Zahl von 150 000 überschritten haben. Seit die letzte schwere Krise, die ja besonders schwer auf dem Wirtschaftsleben Berlins und seiner Vororte lastete, zu weichen begann, hat sich auch der Abonnentenstand des „Vorwärts“ wieder kräftig zu heben begonnen. Und daß wir heute die Ueberschreitung einer Abonnentenzahl von 150 000 anzeigen können, erfüllt uns ebenso mit freudiger Genugung, wie es die Genossen und Leser selbst mit lebhafter Freude erfüllen, aber zugleich auch mit dem energischen Willen befeuert wird, durch Einsetzen aller agitatorischen Kraft dahin zu wirken, daß bald, möglichst schon im Jahre 1911, der 200 000. Abonnent für das Parteiorgan der Berliner Genossen, das Zentralorgan der Partei, gewonnen wird!

Denn so gewaltig an sich der Abonnentenzuwachs des „Vorwärts“ gerade in dem letzten Jahrzehnt gewesen ist, so kann und soll doch nicht geleugnet werden, daß noch immer die Zahl der „Vorwärts“-Abonnenten in gar keinem Verhältnis steht zu der Zahl der in dem Verbreitungsgebiet des „Vorwärts“ bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen. Erhielten doch die sozialdemokratischen Kandidaten in den 6 Berliner Reichstagswahlkreisen selbst bei den Reichstagswahlen des Jahres 1907 251 215 Stimmen. In Teltow-Beeskow und Nieder-Barnim wurden damals weitere 161 966 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, so daß insgesamt in den acht Groß-Berliner Wahlkreisen, als deren Organ der „Vorwärts“ in Frage kommt, 1907 nicht weniger als 413 181 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden. Einer solchen Wählerzahl gegenüber nimmt sich eine Abonnentenziffer von 150 000 noch immer viel zu bescheiden aus! Gerade die letzten Ereignisse, gerade die ungeheuerlichen Vorgänge in Moabit, bei denen von allen Tageszeitungen Berlins der „Vorwärts“ ganz allein den Kampf gegen Polizeivillkür und schamlose Scharfmacherhebe führen mußte, sollten allen sozialdemokratischen Gesinnten beweisen, daß einzig die sozialdemokratische Presse ein auch in den schwersten Zeiten und unter den gefährlichsten Umständen allezeit unwandelbarer, nie versagender Bundesgenosse und Sachwalter des arbeitenden Volkes ist! Darum hat aber auch das Volk der Arbeit Treue mit Treue zu vergelten und im ureigensten Interesse die Pflicht, die sozialdemokratische Presse bei ihrem Wirken mit äußerster Latenz zu unterstützen!

Und mehr und mehr ist sich ja bereits das Proletariat, sind sich alle Schichten der werktätigen Bevölkerung dieser Pflicht bewußt geworden. In höherem Grade noch als die Zahl der Wähler ist die Zahl der Abonnenten des „Vorwärts“ gewachsen. Denn während bereits 1898 in den acht Wahlkreisen Groß-Berlins 225 000 sozialdemokratische Wähler gezählt wurden, betrug doch im Jahre 1900 die Zahl der Vorwärtsabonnenten erst 52 000. Im Januar 1906 waren dann 100 000 Abonnent erreicht, und jetzt, vor dem völligen Ablauf des weiteren Jahreslaufs, sind abermals 50 000 Abonnenten gewonnen, ist die Zahl der Abonnenten von 1900 verdreifacht, während sich die Zahl der Wähler noch nicht völlig verdoppelt hat.

Der Fortschritt ist also augenfällig, aber dieser Fortschritt kann und darf uns nicht genügen! Jeder Erfolg darf uns nur ein Ansporn zu rüstigerer Arbeit sein! Umso mehr in einer Situation wie heute, wo das gesamte Unternehmertum, die gesamte Scharfmachergeellschaft sich gegen das arbeitende Volk verbündet hat!

Kein Zweifel: Seit dem Bestehen des schwarz-blauen Blochs sind wir in ein neues akutes Stadium des Arbeiterkampfes, der Volksknebelung und der Volksausplünderung eingetreten! Der Bloch der Ritter und der Heiligen hat die preussische Wahlreform hintertrieben, er hat das Volk durch den Steuerraubzug des Jahres 1909 schamlos ausgepreßt, er hat erst in den letzten Tagen jede Maßregel zur Linderung der unerhörten Fleischsteuerung und Fleischnot hohnlachend zurückgewiesen, dafür aber den Absolutismus verherrlicht und gefestigt und von der Regierung Maßnahmen zur Knebelung des politischen, gewerkschaftlichen und geistigen Lebens des Volkes gefordert!

Von dem Ausfall der Reichstagswahlen hängt die nächste Zukunft des deutschen Volkes, des deutschen Proletariats ab! Und für den Wahlkampf wird die sozialdemokratische Presse, wird der „Vorwärts“ die wichtigste Waffe sein!

Darum werbt für Euer Kampforan, damit der „Vorwärts“ mit 200 000 Abonnenten in die Wahlkampagne eintreten kann!

Zerrissene Verhandlung.

Eine eigenartige Anordnung des Vorsitzenden im Moabit-Prozess hat am Sonnabend die Beweisaufnahme über den allgemeinen Teil der Anklage jäh unterbrochen; nicht einmal die Vernehmung des Zeugen Linger wurde in der Sonnabendverhandlung zu Ende geführt, ein Verfahren, das, wie der Verteidiger Dr. Rosenfeld mehrfach hervorhob, den Vorzug der außergewöhnlichsten Ungewöhnlichkeit an sich trägt. Besonders schwer wiegen aber die juristischen Bedenken, die Verteidiger Dr. Heinemann in seiner scharfen logischen Weise vortrug. Er deckte den Kardinalpunkt auf, der für die Beurteilung der Beweisaufnahme über den allgemeinen Teil der Anklage in Betracht kommt; sie ist für die Angeklagten von höchster Wichtigkeit, da von dem Ergebnisse abhängt, ob überhaupt strafbare Zusammenrottungen stattgefunden haben, oder ob die Personen, die etwa aktiven oder passiven Widerstand leisteten, sich in Rotwehr gegen etwaige unter Mißbrauch ihrer Amtsgewalt das Publikum verprügelnde Polizeibeamte befanden. Weshalb denn auch von großer Bedeutung ist, daß die Beweisaufnahme über die Frage nicht unterbrochen, sondern im Zusammenhang vorgenommen wird.

Das Gericht hat sich über diese schwerwiegenden Bedenken der Verteidigung hinweggesetzt und am Montag mit der Verhandlung der einzelnen Anlagefälle begonnen, die naturgemäß weit weniger Interesse in der Öffentlichkeit finden werden als die Erörterung der Frage, wie sich die Polizei in Moabit benommen hat. Denn es handelt sich in der überwiegenden Mehrzahl ja um verhältnismäßig harmlose Vorfälle, um Weibereien der Kupferischen Streikenden mit Arbeitswilligen, wie sie bei jedem Streik vorkommen, um Schupmannsbeleidigungen, passiven Widerstand bei Arrestierungen und dergleichen Geschehnisse, die im allgemeinen sonst vom Schöffengericht abgeurteilt werden. Und in der Montagverhandlung zeigte sich überdies, daß in manchen Fällen das Beweismaterial, das die Staatsanwaltschaft vorzubringen hat, sehr dürftig und brüchig ist. So ist der Angeklagte Lethwick lediglich deshalb auf die Armenkinderbank gekommen, weil er als Zeuge vor dem Untersuchungsrichter angegeben hat, daß er sich in einer Menschenmenge befunden hat, aus der Steine geworfen wurden auf einige im schnellen Trab vorbeifahrende Kutschenwagen. Der Verteidiger hat festgestellt, daß das Durchfahren der in Betracht kommenden Wegstrecke knapp eine halbe Minute gedauert haben kann — eine Zeitpanne, die natürlich nicht genügt, um dem Angeklagten die Möglichkeit zu geben, sich aus der Menge zu entfernen!

Der Umstand, daß Lethwick durch seine eigene Aussage als Zeuge erst der Staatsanwaltschaft die Möglichkeit gegeben hat, ihn anzuklagen, führt zu der Frage, ob ihn denn der Untersuchungsrichter nicht, wie es seine Pflicht war, darauf aufmerksam gemacht hat, daß der Zeuge das Recht hat, die Aussage auf Fragen zu vermeiden, die ihn der Gefahr aussetzen, sich selbst einer strafbaren Handlung zu beschuldigen. Der Angeklagte behauptet, daß das nicht geschehen sei, der Untersuchungsrichter, Landrichter Bombe, befindet unter Eid das Gegenteil. Aber wenn der Herr recht hat, wenn der Angeklagte nicht zu jenen Leuten gehört, bei denen der Herr Untersuchungsrichter nach eigener Angabe den Hinweis unterlassen hat, so ergab doch seine weitere Aussage, daß sein Hinweis für den Zeugen ganz wertlos war. Denn der Herr Landrichter hat sich mit einer formalen „Belehrung“ begnügt, die für den juristisch nicht bewanderten Laien eben keinerlei Belehrung enthält. Auf die Frage des Verteidigers, ob denn der Untersuchungsrichter den damaligen Zeugen auch darauf aufmerksam gemacht habe, daß schon das bloße Verweilen in einer Menschenmenge, die Gewalttätigkeiten begeht, ein strafbares Vergehen ist, mußte Herr Bombe mit einem glatten Nein antworten. Da nun die wenigsten deutschen Staatsbürger, soweit sie sich nicht berufsmäßig mit dem Strafrecht beschäftigen, von dieser Gesetzesbestimmung tatsächlich keine Ahnung haben, so war die „Belehrung“ des Herrn Untersuchungsrichters für die Sache! Der Zeuge, der nicht weiß, daß er sich durch das bloße Verweilen in einer solchen Menschenmenge strafbar macht, wird diese Tatsache dem Richter ohne Arg angeben. Aber das geht Herrn Bombe nichts an. Er hat seine Pflicht getan, als er den Zeugen in formaler Weise auf das Zeugnisverweigerungsrecht hinwies; ihm Rechtskenntnis beizubringen, dazu ist er nicht verpflichtet. Das ist die deutsche Justiz wie sie lebt und lebt!

Wie schwer die Verbindung der einzelnen Anlagen zum Miesenprozess die Angeklagten trifft, das zeigte ein an sich nicht sehr bedeutender Umstand. Als der Fall des jugendlichen Laufburschen Meyer verhandelt wurde, fehlte sein Verteidiger Cohnmann. Er hatte wohl angenommen, daß der Fall seines Klienten in dieser Sitzung nicht mehr drankommen werde. So war der junge Mensch bei der wichtigen Vernehmung des Polizeibeamten, der ihn belästigte, ohne Rechtsbeistand. Wäre er nicht in dem Miesenprozess verwickelt, so wäre ihm das wohl nicht passiert.

Ein eigenartiger Zufall, der für das Gericht nicht gerade angenehm sein kann, hat es gewollt, daß die Vernehmung der Beweisaufnahme über den allgemeinen Teil der Anklage zeitlich zusammenfiel mit dem Hofsaal des Herrn Polizeipräsidenten nach polizeifremden Zeugen. Bis nun die Beweisaufnahme zu den Einzelanlagen erledigt ist — eine Woche dürfte darüber vergehen — kann Herr v. Jagow die Zeugen, die sich auf seinen Hofsaal melden, gefügig haben und sie der Staatsanwaltschaft präsentieren. Und wenn dann die Beweisaufnahme zum allgemeinen Teil wieder beginnt, so kann Herr Steinbrecht versuchen, den Eindruck der Vernehmungsgenossen durch die Einschlebung der polizeifremden Zeugen zu beeinträchtigen. Ob ihm das gelingen wird, ist freilich eine

große Frage, denn positive Befundungen über Ausschreitungen von Polizeibeamten lassen sich nicht widerlegen durch Erklärungen, daß andere Leute nichts gesehen haben, was der Polizei unangenehm sein könnte. Vorläufig allerdings hat die Polizei durch die ungewöhnliche Maßregel des Gerichts eine Galgenfrist bekommen. Aber geschenkt wird ihr nichts.

Die „Kreuzzeitung“ brachte am Montag einen Leitartikel, der in dieselbe Kerbe haut, wie der Sonnabendartikel der „Korbb. Allg. Ztg.“. Besonders wird versucht, die Zeugen der Verteidigung als ungläubwürdig hinzustellen, weil sie — Sozialdemokraten und also Feinde der Polizei seien. Mit derselben Logik könnte man alle Aussagen von Arbeitswilligen und „Königstreuen“ Leuten, die sich gegen die Streikenden richten, für unglaubwürdig erklären, weil sie Feinde der Arbeiterbewegung sind! Sonst bietet der Artikel, der natürlich gleich dem Regierungsblatt auf die Beeinflussung des Gerichts zugunsten der Angeklagten ausgeht, nichts Neues und wir registrieren ihn daher nur als Zeichen der Angst der Reaktionsäre, die sich im eigenen Eifer gefangen sehen. Vermerkt zu werden verdient nur noch, daß die „Kreuzzeitung“ schon auf einen großen Mißerfolg des Auftrufs des Polizeipräsidenten schonend vorbereitet. Der ahnungsvolle Engel!

Jagows Widersprüche.

Der Appell des Polizeipräsidenten an die inländischen Journalisten zu polizeifremden Zeugnisaussagen ist besonders pikant angefaßt der Tatsache, daß Herr v. Jagow in seiner bekannten Antwort auf die Beschwerde der englischen Korrespondenten erklärt, der Aufenthalt auf dem Schauplatz der Unruhen sei ordnungswidrig. Er stellt also das Verweilen im Gebiete der Unruhen als ein Vergehen gegen das Gesetz hin. Und an diese Uebelthat — in seinen Augen — richtet der Polizeipräsident jetzt die Aufforderung, ihm aus der Patzche zu helfen! Einer der betreffenden inländischen Journalisten, der Schriftsteller Moskowitz, der von der Verteidigung geladen wurde, hat aus dieser Auffassung des Polizeipräsidenten bereits die Konsequenz gezogen, indem er am Freitag unter Berufung auf diese polizeipräsidentliche Mitteilung an die englischen Korrespondenten seine Aussage auf Grund des § 54 des Strafgesetzbuchs (weil er sich eventuell selbst einer strafbaren Handlung bezichtigten müßte) verweigerte.

Übrigens wird Herr v. Jagow, wenn sich trotz seiner strengen Auffassung über den Aufenthalt im „Auftandgebiet“ inländische Journalisten bei ihm melden sollten, mehrere bittere Enttäuschungen erleben. Denn er wird, wenn er konsequent an seiner Ueberzeugung festhalten will, daß derjenige, der einen Schlag oder Säbelhieb von Polizisten erduldet, kein klassischer Zeuge ist, weil er nicht mehr objektiv sein kann, mehrere der Herren Journalisten für seinen Zweck nicht gebrauchen können. Es sind nämlich verschiedene der inländischen Journalisten von einigen Schuppleuten in ähnlicher Weise verhoren worden wie die ausländischen Korrespondenten. Daß diese für die „vorhüllende Ruhe“ unserer Schuppleute kennzeichnende Tatsache vor Gericht bekundet wird, darauf wird der Herr Polizeipräsident trotz aller seiner heißen Wünsche, daß der Tatbestand über die Moabit-Vorgänge genau und vollständig festgestellt werde, wohl keinen besonderen Wert legen.

Behördliche Untergrabung der bestehenden Staatsordnung.

Das Reichsgericht hat bekanntlich am 28. Juni 1910 anerkannt, daß der Erlaß des Kultusministers vom 7. August 1907 und das Vorgehen der Regierung rechtmäßig ist, die die Erteilung von Turnunterricht an nicht mehr schulpflichtige jugendliche Personen von behördlicher Erlaubnis abhängig machen.

Das höchste deutsche Gericht hatte deshalb die Freisprechung unseres verantwortlichen Redakteurs bestätigt, der öffentlich aufgefördert hatte, den Anordnungen der Behörden, welche die Erteilung von Turnunterricht gegen Entgelt oder die unentgeltliche Erteilung von Privatunterricht an nicht mehr schulpflichtige jugendliche Personen auf Grund des Ministerialerlasses oder der Verordnungen, die sie angeht (Kabinettsorder vom 10. Juni 1894 und Staatsministerialinstruktion vom 31. Dezember 1899 verbieten), keine Folge zu leisten. Danach handeln die Beamten widerrechtlich, die die Befolgung ihrer rechtswidrigen Anordnungen unter Strafdrohung verlangen. Trotzdem hat noch kein Staatsanwalt Anklage gegen diese Beamten erhoben. Ja, es gibt Regierungen, die fortfahren, solche rechtswidrigen Handlungen zu begehen. Reichen die vorhandenen Strafbestimmungen nicht aus, um dieser organisierten Auflehnung gegen die bestehende Staatsordnung entgegenzutreten? § 339 des Strafgesetzbuchs bedroht doch mit klaren Worten einen Beamten, welcher durch Mißbrauch seiner Amtsgewalt oder durch Androhung eines bestimmten Mißbrauchs derselben jemand zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung widerrechtlich nötigt, mit Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren und erklärt auch den Versuch solchen Amtsmißbrauchs für strafbar. Warum, möchten wir den ungekrönten König von Preußen fragen, haben seine Instrumente nicht dem Gesetz Achtung verschafft? Wie unrichtig es ist, in solchen Fällen die Fägel am Boden schleifen zu lassen, zeigt dem Herrn v. Seydebrand und der Laie die Ausdehnung, die diese wilde Empörung gegen Gesetz und Recht, gegen die Grundgesetze unserer Staats- und Gesellschaftsordnung genommen hat. Das eben ist der Fluß der bösen Tat, daß sie fortzuehend immer böser muß

gehören. Neuerdings sind von der Regierung in Düsseldorf (Abteilung für Kirchen- und Schulwesen) die erwähnten alten Verordnungen gar angewendet, um auch den Gesangsunterricht an Kinder zu verbieten.

Im Kreise Solingen wird unter der Arbeiterschaft die Forderung geübt und gepflegt wie wohl an keinem anderen Orte und einzelne Arbeitervereine haben ihre Leistungen zu einer wirklich künstlerischen Höhe gesteigert. Seit ungefähr einem Jahre besteht in Solingen ein Kinderchor, dem über 100 Kinder der verschiedenen Altersklassen angehören. Leiter des Chors ist Herr Musikdirektor Bartholomäus aus Düsseldorf. Der Kinderchor trat zum ersten Male auf dem rheinischen Arbeiterlänger-Bundesfest im Juli dieses Jahres in Dhlings mit und fand großen Anklang. In der letzten Zeit wirkte er auch häufig bei größeren Konzerten, die von der organisierten Arbeiterschaft veranstaltet wurden, mit. Dieser Tage fand wieder ein von Arbeitern arrangiertes Konzert statt, an dem der Kinderchor mitwirken sollte. Dem Dirigenten ging aber einige Tage vor dem Konzert von der königlichen Regierung in Düsseldorf (Abteilung für Kirchen- und Schulwesen) ein Schreiben zu, das ihm auf Grund einer alten verstaubten Kabinettsorder vom 10. Juni 1834 und der dazu erlassenen Ministerialinstruktion vom 21. Dezember 1899 in Verbindung mit § 43 der Allerhöchsten Verordnung vom 26. Dezember 1808 unterlagte, weiterhin Gesangsstunden für schulpflichtige Kinder abzuhalten. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung gegen dieses Verbot wurde dem betreffenden Dirigenten eine Geldstrafe von 50 M. angedroht.

Dieses Verbot hat natürlich auch unter den dem Chor angehörenden Kindern eine große Erbitterung verursacht. Ist es Aufgabe des Staates, den Kindern die Freude am Gesang zu rauben? Unseres Erachtens ist das Vorgehen der königl. Regierung von Düsseldorf gegen die Kinder genau so ungeschicklich wie das erwähnte Vorgehen gegen die Turner. Denn es handelt sich bei dem Kinderchor nicht um Erlass eines Schulunterrichts. Lediglich auf solche Erlassungen beziehen sich aber nach der Entscheidung des Reichsgerichts die Kabinettsorder von 1834 und die Ministerialinstruktion von 1899. Selbst wenn das Gesetz der Behörde das Recht gäbe, Gesangsunterricht an Kinder zu verbieten, wäre die Ausübung dieses Rechts durchaus zu verurteilen.

Man sieht, daß die Nichtanwendung der gegen Amtsmissbrauch bestehenden Strafvorschriften immer weitere Ungesetzlichkeiten und Ungereimtheiten hervorruft. Wann endlich werden die Instrumente des Herrn von der Gehobend und der Lasse diesem geschwägigen, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung untergrabenden Tendenzen entgegenzutreten? Oder glauben sie, solcher Kadelstichpolitik gegen Arbeiterkinder zur Aufrechterhaltung des reaktionären schwarzblauen Kartells zu bedürfen?

Arbeiterkandidaten im nächsten Wahlkampf.

London, 21. November. (Sig. Ver.) Nach dem langen und kostspieligen Wahlkampf zu Anfang des Jahres wird es den Arbeiterorganisationen Großbritanniens schwer fallen, sich in ähnlicher Weise wie zuvor an den Wahlen zu beteiligen. Bei den letzten Wahlen betrug die Zahl der Arbeiterkandidaten — die der S. D. P. eingerechnet — etwa 90. Bis heute ist nur die Zahl der von der S. D. P. und der Bergarbeiterföderation aufgestellten Kandidaten bekannt.

Die S. D. P. beabsichtigt, 6 Kandidaten aufzustellen, und zwar in North Aberdeen, Burnley, East Bradford, South und West Salford und Northampton. Der Genosse Hyndman wird wieder in Burnley kandidieren. Der Genosse D. V. in Rochdale, der Heimat der alten genossenschaftlichen Pioniere, kandidieren. Er hat vor Jahren den Sozialisten Rochdale's vertrieben, so lange zu kämpfen, bis Rochdale für den Sozialismus gewonnen ist, und die Rochdale's Genossen bestehen darauf, daß er sein Versprechen hält.

Die Bergarbeiterföderation beabsichtigt, 21 Kandidaten aufzustellen. Von diesen 21 gehören 16 schon heute dem Parlamente an. 15 von ihnen gehören Bergarbeiterverbänden an, die mit einem Inhibitionsbefehl bedacht worden sind. Unter diesen Umständen werden sich die Gewerkschaftsverbände wohl auf die Zentralkasse der Föderation verlassen müssen. Unter den Kandidaten befinden sich die Genossen Robert Smilie und Vernon Hartorn, zwei energische Vertreter des Sozialismus, deren Wahl den Charakter der Arbeiterpartei im nächsten Parlament in vorteilhafter Weise beeinflussen würde.

Ueber andere bis jetzt bekannt gewordene Arbeiterkandidaten ist zu berichten, daß der in der ganzen britischen Arbeiterwelt sehr beliebte Genosse Lansbury wieder in Ostlondon kandidieren wird. Auf Betreiben Lloyd Georges wird ihm kein liberaler Kandidat entgegengestellt werden, so daß seine Wahl ziemlich sicher scheint. Auch hören wir aus zuverlässiger Quelle, daß der Genosse Goldstone in der alten Hochburg des Radikalismus Sunderland die besten Aussichten hat, gewählt zu werden. Goldstone, ein Mitgl. der N. R. P., ist Volksschullehrer und eine sehr tüchtige Kraft. Wie sich die übrigen Arbeiterkandidaten in der durch das Osborne-Urteil geschaffenen Schwierigkeit helfen werden, ist noch ungewiß. Vielleicht wird man, wie auf dem letzten Gewerkschaftskongress vorgeschlagen wurde, in vielen Fällen das Osborne-Urteil einfach mißachten. Von einer großen Gewerkschaft wird erzählt, daß die Exekutivkommission einen ähnlichen Rat erteilt hat. Es fragt sich nun, wieviele Gewerkschaftsbeamten bereit sind, die Folgen der Gesetzesverletzung auf sich zu nehmen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 28. November 1910.

Die Auflösung des Reichstags.

Wir haben im „Vorwärts“ immer wieder darauf hingewiesen, daß der jetzige Reichstag schon längst seine Existenzberechtigung vermisst hat. Es ist eine Tatsache, die selbst von der blauschwarzen Majorität nicht geleugnet werden kann, daß die Zusammenkunft des Reichstags in gar keiner Weise mehr dem Willen des Volkes entspricht. Herrschten in Deutschland wirklich konstitutionelle Zustände wie etwa in England, so hätte dem Zusammenbruch der Willenpolitik die Auflösung des Reichstags folgen müssen. Die Herrschaft des schwarzblauen Wokts ist in Wirklichkeit eine freie Usurpation, die dadurch nicht besser wird, daß die Liberalen und konservativen Stützer Wiltons und Dernburgs jetzt von den Fraktionen des Parlamentarismus dieser Herren leben. Je länger diese Herrschaft dauert, desto unerträglicher wird sie empfunden und

desto lauter wird die Forderung nach Auflösung dieses Reichstages.

Nun weiß das „Verl. Tagebl.“ zu melden, daß die Regierung ernstlich die Absicht hege, der Angst der Junker vor Neuwahlen Rechnung zu tragen und die Wahlen erst im Januar 1912 stattfinden zu lassen. Die Nachricht klingt nicht allen wahrscheinlich, denn gegen die Vornahme von Neuwahlen sprechen die stärksten sachlichen Gründe. Aber den Schwarzblauen und ihrem Beihmann ist alles zuzutrauen und den Herrschenden dünkt eben jeder Tag, um den sie die Wahlen hinausschieben können, ein Gewinn. Allein wir möchten den Herren doch zu bedenken geben, ob sie den Vogen nicht überspannen. Was in nächster Zeit den Reichstag beschäftigen soll, ist nichts weniger geeignet als die Ungeduld der Volksmassen, die den Tag des Gerichts kaum mehr erwarten können, zu zögeln. Die neue agrarische Deute, die die Junker bei der Beratung des Schiffahrtsabgabengesetzes einheimen wollen, die ungeheuerliche Verschärfung der Klassen-gesetzgebung, wozu die Straffullstimmnovelle von Regierung und Kommission gestaltet worden ist, die völlige Unzulänglichkeit der neuen Versicherungsordnung, die der Arbeiterklasse die Selbstverwaltung raubt und die beschiedenen Ansprüche unerfüllt läßt, das alles sind Dinge, die den Ruf nach Auflösung dieses Reichstags nur verstärken können. Wären die Liberalen wirklich Männer, wie das „Verl. Tagebl.“ annimmt, so könnte die blauschwarze Majorität sehr bald zu spüren bekommen, daß eine Volksbewegung außerhalb und eine energische Opposition innerhalb des Parlaments schon imstande sind, der freien Usurpation der Majoritätsrechte durch die Konservativen und Liberalen ein Barock zu bieten. Die Freude an ihrem Reichstag kann den Blauschwarzen noch gründlich versähen werden und der Wunsch, das Parlament allzulange am Leben zu erhalten, würde dann wohl sehr bald der Einsicht weichen, daß die rückwärtige Ausübung der Macht die schlechteste Abrechnung nur noch gründlicher gestalten würde.

Schiffahrtsreaktion.

Aus dem Reichstag, 28. November. Der Gesetzentwurf über die Schiffahrtsabgaben kam heute zur ersten Lesung, nachdem die darin ausgedrückte Absicht, die deutschen Flüsse künftig mit Abgaben zu belasten, bereits lange Zeit hindurch die öffentliche Meinung erregt hat. Der Ursprung dieses neuen, gegen den Verkehr im agrarischen Interesse gerichteten Schlags ist in dem preussischen Kanalgesetz zu suchen. Die Agrarier gaben dem Rhein-Weier-Kanal, den sie von dem ursprünglich geplanten Mittellandkanal noch übrig gelassen hatten, nur unter der Voraussetzung ihre Zustimmung, daß mit dem Betriebsbeginn auf diesem Kanal auch die Abgabefreiheit auf den deutschen Flüssen aufgehoben müsse. Das Ergebnis dieses Agrariergebots ist der jetzige Gesetzentwurf, der das Licht der Welt erblickt hat, sobald die preussische Regierung die übrigen Bundesstaaten in die Zustimmung zu diesem reaktionären Nachwerk hineinterrorisiert hatte. Die Tatsache, daß auf Rhein und Elbe infolge internationaler Verträge die Abgabefreiheit ohne Zustimmung Oesterreichs und der Schweiz nicht aufgehoben werden kann, kümmert die preussischen Machthaber nicht. Lieber internationale Konflikte als Nichtachtung agrarischer Interessen: das ist nationale Politik!

Die Debatten ergaben auch sonst noch herrliche Blüten dieses Wehmannschen Nationalismus.

Der Reichskanzler selbst entledigte sich der Aufgabe, das Gesetz einzuführen, mit der üblichen Aneinanderreihung belangloser Allgemeinheiten. Nach ihm ist nur die Unmöglichkeit, in dem armen Preußen die Gelder für die Regulierung der Flüsse aufzubringen, der Grund für dieses Gesetz. Herr Kretz konnte sich als Sprecher der konservativen Partei mit einer in fünf Minuten gegebenen Zustimmung begnügen. Mehr Zeit brauchte Herr am Behnhoff für die Zustimmung der Zentrumspartei.

Genosse Frank verpflückte die agrarischen Argumente und geißelte das Verhalten der kleinen Bundesstaaten, die sich durch die Förderung mit irgend welchen Verprechungen besonderer Vergünstigungen die Zustimmung hatten abkaufen oder durch Drohungen hatten abtroyen lassen. Der Minister v. Breitenbach erklärte darauf lähn, nur nationale Gründe hätten zu der einmütigen Annahme des Entwurfs im Bundesrat geführt.

Was es mit diesen nationalen Gründen auf sich hat, wurde dann durch den lothringischen Abgeordneten Grégoire entlarvt. Indem er gerechtfertigte Beschwerden führte, daß die Moselkanalisation im Interesse Elsaß-Lothringens nicht ebenso geplant werde, wie die des Main im Interesse Bayerns, des Neckars im Interesse Württembergs, wies er darauf hin, daß die preussische Regierung die Moselkanalisation abgelehnt habe, weil sonst die lothringischen Eisenwerke den Ruhrwerken zu viel Konkurrenz machen könnten. So in die Enge getrieben, blieb dem Minister v. Breitenbach nichts übrig, als sich zu dieser unsagbar kleinlichen Kirchturmspolitik zu bekennen. Er verhängte sich dahinter, daß die „ganze rheinisch-westfälische Industrie“ und die ganze ober-schlesische das verlangt hätten.

Scharfe Entrüstungsbrufe wurden bei Sozialdemokraten und Freisinnigen laut. Mit dieser blamablen Entlarbung borusischer Wirtschaftspolitik schloß die Sitzung. Auch dieser Vorgang wird hoffentlich wieder Tausenden die Augen aufknäpfen dafür, was das deutsche Volk von der amtierenden Bureaucratie an reaktionären Krähwinkeln zu erwarten hat.

Bayerischer Bauernbund und Bund der Landwirte.

Nach Mitteilungen der Zentrumspreffe sind bereits seit mehreren Wochen Verhandlungen zwischen dem Bund der Landwirte und dem bayerischen Bauernbund im Gange, die auf eine Verschmelzung der beiden Gruppen abzielen. Der bayerische Bauernbund ist durch den Uebergang der unter dem Einfluß Memminger's stehenden fränkischen Gruppe zum deutschen Bauernbund ohnehin sehr geschwächt worden. Wenn sich nun der unter der Leitung des ehemals politisch ziemlich radikalen Landtagsabgeordneten Ebenberger stehende Rest dem Landwirtebund angliedert, so bedeutet dies das Ende einer Bewegung, die einstmal dem Zentrum arg zu schaffen gemacht hat.

In den Zeiten, da Wieland, Dr. Kayinger, Dr. Egl dem bayerischen Landtage als Vertreter der Bauerabundler angehörten, hat es zwischen diesen und dem Zentrum erbitterte Kämpfe gegeben und in politischen Fragen stimmten die Bauernabundler fast regelmäßig mit den Sozialdemokraten. Seit aber die Abundler, deren verschiedene Richtungen sich unter dem Titel einer Freien Vereinigung im Landtage zu einer Fraktion zusammengeschlossen

haben, unter der Führung des hochreaktionären protestantisch-landwirtschaftlichen Abgeordneten Ved gekommen sind, ist es mit ihnen unaufhaltsam bergab gegangen. Nicht nur in allen wirtschaftlichen, auch in politischen und kulturellen Fragen laufen sie mit dem Zentrum durch die und dünn, und Eisenbergen, einst der schärfste Gegner des Zentrums, trat auf dem diesjährigen christlichen Bauerntag in Regensburg, der Demonstrationsversammlung der „Christlich-Bauern“, wie sie Dr. Egl einst spöttisch getauft hat, als Redner auf. Allerdings wird behauptet, daß ihm das Zentrum seinen Landtagswahlkreis für die nächsten Wahlen garantiert habe.

Die Zentrumspreffe ist über das ruhmlose Ende des bayerischen Bauernbundes natürlich recht vergnügt und hebt hervor, daß beide Teile des Bundes ihre Rettung im Anschluß an „preussische Organisationen“ suchen. Jetzt gebe es nur noch eine wirklich bayerische Bauernorganisation, und das sei der (christliche) bayerische Bauernverein.

Diamantengewinnung in Deutsch-Südwestsafrika.

Die Erläuterungen zum Nachtragsetat für die Schutzgebiete, der heute mit dem Reichsetat für 1911 ausgegeben worden ist, enthalten einige interessante Angaben über die Diamantengewinnung in Deutsch-Südwestsafrika und die aus dieser zu erwartenden Reichseinnahmen:

Im ersten Viertel des Finanzjahres 1910 stellte sich die Diamantenerzeugung auf 226 000 Karat; man darf also, wie es im Nachtragsetat heißt, für das ganze Rechnungsjahr 1910 sicher auf einen Ertrag von 850 000 Karat rechnen. Nimmt man entsprechend der Marktlage einen Durchschnittspreis von 28 M. für das Karat an, so ergibt sich:

ein Bruttowert von 850 000 Karat × 28 =	23 800 000 M.
und nach Abzug der an die Diamanteregulierung fallenden 5 Proz. Verwertungsgebühr von	1 190 000
ein Reinerlös von	22 610 000 M.
3 1/2 Proz. Ausfuhrzoll hiervon betragen	7 536 667
oder rund	7 537 000
Für 1910 sind bisher an Diamantenausfuhrzöllen verauslagt	4 800 000
Mithin ein Ueberschuß von	2 737 000 M.

Die übrigen Reichseinnahmen aus dem Diamantenbergbau, die sich aus 75 Proz. des Reinertrages der fiskalischen Gruben, 6 1/2 Proz. des Wertes der Diamanten aus dem Sonderrechtsgelände der Deutschen Kolonialgesellschaft, 5 Proz. des Wertes der Diamanten aus den voll verlichten Schürfgeländen der vorgenannten Gesellschaft und 25 Pf. Beitrag pro Karat zu den Zoll- und Polizeikosten von selten der Diamanteregulierungsgesellschaft zusammensetzen, sind bisher insgesamt auf ungefähr 1 650 000 M. veranschlagt, dürften sich aber nach neuerer Berechnung auf rund 1 852 500 M. stellen. Mit den Einnahmen von 7 537 000 M. ergibt sich also eine voraussichtliche Gesamtsumme des Deutschen Reichs aus der Diamantengewinnung von ungefähr 9 389 000 Mark.

Bei der Landtagswahl in Neufj. L.

haben unsere Parteigenossen, soweit das jetzt vorliegende Teilergebnis erkennen läßt, einen bedeutenden Sieg errufen. Von den Wahlen in 12 Bezirken sind bis jetzt 6 Resultate bekannt geworden. In diesen 6 Wahlbezirken hat die Sozialdemokratie 5 Mandate erobert, wogegen in dem letzten Bezirk eine für uns günstige Stichwahl stattfindet. Gegenüber den letzten Wahlen haben wir in den 6 Bezirken 3 Mandate gewonnen. — Der Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie ist sehr beträchtlich.

Je frümmere, desto schlimmer.

Das Verbandblatt der christlich organisierten Holzarbeiter teilt in seiner letzten Nummer den Brief mit, den ein Sägereisegeselle in Revelaer, dem frommen Wallfahrtsort, an den Redakteur eines nieder-rheinischen Zentrumsblattes gerichtet hat. Der Brief lautet:

Wenn man oft einen Durchblick durch die Zeitung macht, so findet man oft, daß in vielen Städten eine Lohnherhöhung im Holzgewerbe und eine verkürzte Arbeitszeit festgefunden hat. Allerdings standen die Löhne an verschiedenen Orten sehr schlecht. Und wie sieht es denn bei uns in Revelaer aus; es werden hier für die Säreiner noch 28 bis 30 Pfennige pro Stunde bezahlt, ein Lohn, der noch weit hinter demjenigen der Handlanger steht. Hat doch der Säreiner ersens drei Jahre lernen müssen, und noch beenderzeit verdient er auch noch nicht viel. Dieses ist sehr traurig. Was ist nun eigentlich schuld an dieser Sache? Weil hier keine Organisation ist, und wenn der einzelne Mann eine Forderung an den Arbeitgeber stellt, um bloß einige Pfennige Stundenlohn mehr zu erhalten, dann machen dieselben ein Gesicht zum Fortlaufen. Ist werden im Winter auch noch ein paar Pfennige abgezogen für Licht und das muß der Geselle auch noch bezahlen. Eifständige Arbeitszeit und für Ueberstunden wird auch oft nicht mehr bezahlt. Bitte den Herrn Redakteur mal einen Artikel darüber in die Zeitung zu setzen und diese Sache noch etwas zu vervollständigen. Revelaer zählt einen großen Haufen Holzarbeiter, es mögen wohl hundert sein. Es muß einer für alle und alle für einen eintreten.

Das christliche Verbandblatt hält dem Briefschreiber vor, daß es mit einem Zeitungsartikel nicht abgetan sei, daß hier nur die Organisation helfen könne. An Anregung und Gelegenheit zur Gründung der Organisation hat es auch in Revelaer nicht gefehlt. Hoffentlich ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo die Kollegen sich auftraffen, um durch unermüdlige und dauernde Weharbeit ein festes Band der Einigkeit um die Berufsangelegenheiten zu schlingen und dadurch den ersten Schritt zur Befreiung zu tun. Ist es doch in den letzten Wochen noch vorgekommen, daß ein Meister sämtlichen Gesellen gekündigt hat, weil sie eine halbständige Verkürzung der täglichen eifständigen Arbeitszeit verlangten, darunter ein Geselle, der 29 Jahre in der Werkstatt tätig war.

Revelaer ist der fromme Wallfahrtsort, der jährlich von einer halben Million Pilger besucht wird. Aus dem armen zerfallenen Dorf ist eine blühende Stadt geworden, wo sich Gasthaus an Gasthaus und Laden an Laden reihen, die alle von dem Pilgerstrom ihren Gewinn ziehen. Und wie sich's für den Ort mit dem wunder-tätigen Muttergottesbild gejeht, sind die Leute dort sehr fromm. Für das Los der Arbeiter aber trifft die Erfahrung zu, die man von Zentrumsgegenden durchzogen machen kann: Je frümmere, desto schlimmer.

Ein Justizirrtum.

Anfang dieses Jahres wurde der Arbeiter Rudolf Wiesweg er vom Kreisrichter Schwurgericht wegen eines angeblichen Eitelkeitsverbrechens zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt. Jetzt wurde er im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen, weil er nachweisen konnte, daß einer der Zeugen in dem früheren Prozeß einen Meineid geschworen hatte. Etwa dreiviertel Jahr hat Wiesweg er unschuldig im Zuchthause gesessen.

3 Monate Gefängnis.

„Fassen Sie ordentlich zu“, so rief der Anklage-verweiser in einer Verhandlung vor dem Dresdener Kriegsgericht

den Richtern zu, die über den Man Lubewig vom 17. Mannen-
regiment in Oshah wegen Aufsehung gegen die Disziplin
urteilen sollten. Der Angeklagte war eines Morgens, weil er das
Wachen überhört hatte, etwas zu spät zum Stabdienst gekommen.
Er wurde vom Unteroffizier im Stalle zur Rede gestellt, antwortete
aber darauf, daß er keine Zeit habe, da er Pferde putzen mußte.
Im Anschluß daran soll der Man gemurmelt und trotz Ver-
botes „auffällig weiter gemurmelt“ haben. Dies der
Sachverhalt. Wie es scheint, sollte jedoch in diesem Falle ein
Exempel statuieren werden. In der Schwadron des Angeklagten
waren schwere und umfangreiche Soldatenmishand-
lungen vorgekommen; sie wurden aufgedeckt und führten zur
Aburteilung der Quader. Der Anklagevertreter hob hervor, daß
die Zustände in der Schwadron manchem Unteroffizier die Existenz
geföhrt hat und deshalb bitte er „ordentlich zuzufassen“! Das
Gericht kam dem auch nach, denn es verurteilte den Man zu —
3 Monaten Gefängnis! und nahm ihn sofort in Haft!

Genosse Debel hat zu seinem schweren Verlust eine außer-
ordentlich große Anzahl von Beileidkundgebungen erhalten. Be-
merkenswert ist die Depesche, die der Präsident des Reichs-
tages, Graf Schwerin-Löwig gesandt hat. Ihr Wortlaut
ist folgender:

„Zu dem schweren Verlust Ihrer treuen Lebensgefährtin,
welcher Sie betroffen hat, gestatte ich mir, Ihnen meine herzlichste
Anteilnahme auszusprechen.“

Frankreich.

Gegen das Streikrecht.

Paris, 28. November. „Humanité“ veröffentlicht ein Rund-
schreiben des Hauptauschusses der Meeder Frankreichs, in wel-
chem die Mitglieder aufgefordert werden, eine genaue Liste ihrer
Schiffe und der Mannschaftsbestände aller Grade
mitzuteilen, damit im Falle eines Ausstandes im Einvernehmen
mit den staatlichen Marinebehörden die notwendigen Maßnahmen
getroffen werden könnten, um die eingeschriebenen See-
leute durch Personal der Kriegsmarine zu er-
setzen.

Reaktion auf allen Seiten.

Paris, 24. November. (Fig. Ver.) Als Briand sein
neues Ministerium konstituierte, wiesen wir darauf hin, daß
er bedacht sei, der gemäßigten Bourgeoisie die Bürgerschaft für
eine allgemeine, den Namen der Arbeiterfeindlichen Sozial-
politik überschreitende Reaktion zu geben. Im besonderen
schrieben wir dem mit dem Vorkapitalismus verflochtenen
Finanzminister Kloy die Rolle zu, das Einkommensteuer-
gesetz um die Fälle zu bringen. Gestern hat nun die Senats-
kommission für die Einkommensteuer Herrn Kloy einver-
nommen, und seine Erklärungen sind so ausgefallen, daß der
„Temps“ heute jubelt, der Horizont habe sich gelichtet. Der
Minister hat die Prinzipien dargelegt, an die sich die Re-
gierung bei der Steuerreform halten will. Sie enthalten
kein Wort von der Umwandlung der Realsteuern in Per-
sonalsteuern, kein Wort von der Besteuerung des
effektiven statt des nominal eingekäuften Einkommens, kein
Wort von der Festhaltung der Grundidee des dem Land vor-
liegenden, von der Kammer beschlossenen Gesetzes. Das Ein-
treten für eine „mit weiser Vorsicht abgestufte Progression“
erscheint selbst dem „Temps“ harmlos, und so meint er gnädig,
deutlichere Erklärungen über die Preisgabe des Cailleurischen
Gesetzes, die vielleicht Herrn Kloy vernünftig gewesen wären,
habe die Kommission, die von seinem konzilianten Ton und
von seiner Zurückhaltung überaus überrascht gewesen sei, ihm er-
lassen können. Da obendrein die Kommission, ohne daß sich
der Minister widersetzt hätte, beschloß, die Beratung der staat-
lichen Einkommensteuer zu vertagen, bis die Deputierten-
kammer auch die Reform der direkten Departements- und
Kommunalsteuern erledigt hat, ist das großkapitalistische
Organ durchaus befriedigt.

Belgien.

Was ein Liberaler von den Sozialisten erwartet.

Brüssel, 23. November. (Fig. Ver.) In einer Rede über die
politische Situation hat dieser Tage der liberale Deputierte Hy-
mans, der bekannte Vorkämpfer der „Gemäßigten“, Ausdrücke auf
eine Zukunft liberal-sozialistischer Politik gemacht. Herr Hymans,
in sozialen Fragen einer der Hartgeleitesten des doktrinären
Flügels hält eine „Annäherung“ für möglich, und er ist so gütig,
schon jetzt der belgischen Sozialdemokratie die Bedingungen
zu diktiert, unter denen die liberale Partei zur Durchführung
der gemeinsamen Programmpunkte ihre Hand bieten würde.

Vor allem müßte sich nach dem doktrinär-liberalen Führer die
Sozialdemokratie zu einer „besonnenen Taktik“ verstehen, alsdann
dem „Temperament“ der belgischen Nation und den höheren Not-
wendigkeiten einer „wahrhaft nationalen Politik“ Rechnung tragen.
Kerngegenstand ist auch die Entzweiung, die der liberale Depu-
tierte, wie übrigens auch die ganze Partei, dafür aufbringt, daß
die sozialdemokratische Fraktion anlässlich der Thronrede Alberts
mit Flugzetteln und Rufen nach dem Wahlrecht und der Kammer-
auslösung demonstriert hat, „Vorgänge“, die Herr Hymans „auf-
richtig beklagt“. . . . Und so warnt er auch, daß man in Zukunft
durch „Unvorsichtigkeiten“ und „Erzesse“ die lokalen
und ausreichenden Bemühungen der Liberalen für eine positive Re-
formpolitik gefährdet. Herr Hymans steht aber auch — und das
charakterisiert seine Bedingungen noch besser — für die liberale
Partei ein Warnungssignal aus, indem er ihr anrät, sich nur
zu werden, „wie weit sie gehen kann und will, und daß sie ent-
schlossen ist, nicht weiter zu gehen“. Da Herr Hymans soziale
Probleme aus dem Geist jener Älteren, die Interessen und
Gegensätze der Klassen „ausgleichend“ Versöhnungspolitik heraus
zu lösen wünscht — einer Versöhnungspolitik, die Herrn Hymans
und seinesgleichen bei allen Fragen der Sozialpolitik als glatte
Reaktionäre gezeigt hat —, kann man sich ungefähr vorstellen, welche
Wandlung der Mann von der Partei begehrt.

Es gibt in Belgien eine Reihe optimistischer Sozialisten, die aus
dem gemeinsamen, manche Gegensätze verdeckenden Kampf gegen
den Merkantilismus auf eine Entzweiung der Liberalen zum So-
zialen hinsichtlich. Die Rede Herrn Hymans zeigt wieder, daß
auch umgekehrte Hoffnungen vorhanden sind: das heißt, daß die
Liberalen auf eine Ausweitung der Sozialisten zur
Verbürgerlichung Erwartungen setzen. . . . Ihr Kampf
gegen den Merkantilismus hat die liberale Partei in die günstige
Situation einer gewissen populären Demokratie gebracht, ins-
besondere dadurch, daß er sie zur Mitträgerin der großen nation-
alen Reformen werden ließ. Der Sturz des Merkantilismus wird
auch das Gute haben, daß er im Scheideweg sozialer Reform-
politik die Klassenbeziehungen wieder in reinen Formen
aufzeigen wird.

Der „Peuple“ leuchtet übrigens dem liberalen Frechdachs ge-
hörig heim. Er betont, daß die Arbeiterpartei den „Volksgel“ des
belgischen Proletariats, dessen Tugenden nicht mehr Unterwürfigkeit
und duldender Gehorsam seien, sehr genau kenne. Gegenüber
der Rücksichtnahme auf die marxistischen Einrichtungen betont er

energisch das Verlangen der Volkssouveränität und
das Bekenntnis zur Republik. Und da Herr Hymans
unterlassen hat, seine Bedingungen mit voller Klarheit zu erläutern,
bemerkte unser Parteiblatt: „Sollte Besonnenheit im Sinne
von Herrn Hymans vielleicht so viel bedeuten, wie Ver-
bürgerlichung? Darauf wird die Arbeiterpartei niemals
andeihen. Tritt der Fall ein, so wird man uns als Verbün-
dete nehmen müssen, wie wir sind, oder auf uns
zu verzichten haben.“

England.

Auflösung des Parlamentes.

London, 28. November. Der König hat heute das
Parlament mit einer Ansprache vertagt. In zwei
Stellen bietet die Erklärung politisches Interesse. Der König
spricht seine Befriedigung über die Geldmittel aus, die die
Mitglieder des Unterhauses zugunsten der Marine und der
Altersversicherung bewilligt hätten. Und am Schluß
gab der König seinem Bedauern Ausdruck, daß die
Konferenz zur Beilegung der Meinungsverschiedenheiten
zwischen den beiden Häusern des Parlamentes gescheitert sei.
Das neue Parlament ist auf den 31. Januar
1911 einberufen worden.

Herrnhäuser.

Edinburgh, 28. November. Schatzkanzler Lloyd-George
hielt hier eine Rede, in der er sagte, es gäbe ein Hand voll
erblicher Geschlechter, die niemals in irgendeinem Ge-
werbe oder Beruf, der geistige Anstrengung verlange, ihren
Lebensunterhalt verdienen hätten, und doch sähen diese Männer täg-
lich über die gewählten Vertreter eines 45 Millio-
nen-Volkes zu Gericht. Welcher Grund bestände denn für die
Theorie, daß das Unterhaus sich aus wilden Revolutionären zu-
sammensetze? In der modernen Zivilisation liege keine Gefahr.
Bei der Revolution in Portugal sei das Eigentum
durchaus unberührt geblieben; sogar das Eigentum des
Monarchen sei nie angetastet worden. Aber wenn wir hier die
Steuern um einen halben Penny erhöhen wollen,
dann machen sie ein Geschrei, als sei das Ende aller Dinge
gekommen.

Bübereien.

London, 27. November. Der Minister des Innern Winston
Churchill wurde gestern abend, als er von einer Versammlung
in Bradford zurückkehrte, im Zuge von einem Anhänger des
Frauenstimmrechts mit einer Hundepetische tödlich an-
gegriffen, der ihm zurief: Nimm das, Du Hund. Zwei Detektiv-
beamte, die Churchill begleiteten, wehrten den Schlag ab und ver-
hafteten den Angreifer nach heftigem Kampfe. Bei seiner
Ankunft auf dem Londoner Bahnhof versuchten drei Frauen
auf Churchill einzudringen, wurden aber von der Polizei daran
gehindert.

London, 28. November. Vor dem Polizeigericht in Bow Street
erklärt heute der Reisende, der im Zuge Winston Churchill
tödlich angegriffen hatte. Er wurde in Untersuchung-
haft behalten und die Stellung einer Kaution abgelehnt.

Wahlunruhen in Irland.

Cork, 27. November. Heute abend kam es nach einer Ver-
sammlung von Anhängern Ledmonds zu ersten Unruhen.
Da die Teilnehmer an der Versammlung in feindseliger Weise gegen
Anhänger D'Veirds vorgingen. Die Polizei schritt mehrmals
ein. 80 Personen wurden verletzt und in die Kranken-
häuser gebracht.

Rußland.

Demonstrationen.

Moskau, 27. November. Auf verschiedenen Straßen und
Plätzen der Stadt veranstalteten Studenten heute Demon-
strationen gegen die Todesstrafe, die sogleich durch
Kajaken, Kosaken und berittene Polizei unterdrückt wurden.
181 Demonstranten wurden verhaftet, unter ihnen 60 Studien-
tinnen; verwundet wurde niemand. Die Verhafteten werden wegen
Verletzung von Anordnungen des Stadthauptmanns bestraft
werden.

Odesa, 27. November. Studenten und Studentinnen demon-
strierten gestern auf dem Tüfenplatz an der Ecke der Deri-
bassowskaja mit den Rufen: „Nieder mit der Todes-
strafe!“ Das Publikum schloß sich in Massen an.
Die Polizei griff energisch ein, es gab viele Verwundete.
Unter den Verhafteten befinden sich viele Frauen. Mitglieder der
„Schwarzen Bande“ passierten bewaffnet in allen Straßen
und schlugen die Schaufenster von Bäckereien und die Fenster von
Redaktionen liberaler Blätter und der Intellektuellen ein. Es
herrschte große Unruhe.

Ein neuer Gewaltstreik.

Veiersburg, 27. November. Die Mitglieder des Zentral-
bureaus der professionellen Verbände sind unter der An-
schuldigung verhaftet worden, für heute geplante Ar-
beiterdemonstrationen organisiert zu haben.

Verfolgung der Presse.

Die Situation, die sich in Rußland herausgebildet hat, führt
zu den hartesten Widersprüchen. Es besteht eine sozialdemokra-
tische Fraktion in der Duma, aber die Zugehörigkeit zur sozial-
demokratischen Partei wird mit Justizhaus bestraft. Das Vereins-
gesetz läßt Arbeitervereine zu, die einen Streikfonds haben, aber
bei Streiks werden oft die Arbeiter eingekerkert. Ebenso toll und
willkürlich ist die Behandlung der Presse. In Warschau begann
im April ein Wochenblatt zu erscheinen, das die Arbeiterinteressen
vertritt, die „Arbiter“. Man müßte es dulden, denn es hielt sich
im Rahmen des Preßgesetzes. Aber die Polizeibehörde bekämpfte
das Blatt, indem es ihm wiederholt Geldstrafen — zusammen im
Laufe von vier Monaten 600 Rubel (über 1200 M.) — auferlegte
und acht Nummern konfiszierte. Bei den Gerichten wurden zwei
Prozesse anhängig gemacht. Endlich wurde das Blatt, nachdem
18 Nummern erschienen waren, unterdrückt. Darauf begann im
August ein anderes Blatt zu erscheinen, „Alkot“ („Der Hammer“).
Auch hier wurden vier Nummern konfisziert und 300 Rubel Geld-
strafe verhängt und ein Prozeß angesetzt. In der vergangenen
Woche aber erschien die Gendarmen, die die Rolle der politischen
Polizei ausübt und hielt in den Redaktionsräumen und der Woh-
nung des Redakteurs Haus suchung, worauf sie eine Anzahl
Exemplare konfiszierte, ohne sich um die geschlichen Vorchriften
zu kümmern, nach denen Konfiskationen nur von dem Zensur-
komitee verhängt werden dürfen. Klassisch war die Begründung:
„Das Blatt heißt zu Streiks auf!“ Da Streiks nicht verboten sind,
würde es sich also um gesetzlich zulässige Taten handeln, die mit
ungefährlichen Mitteln unterdrückt werden.

Brasilien.

Die Ubergabe der Schiffe.

Rio de Janeiro, 27. November. Sonnabend nachmittag kehrten
die Schiffe in den Hafen zurück. Der Führer der Reuterer
und 40 seiner Kameraden verließen den „Minas Gerais“. Man
nimmt an, daß sie geflüchtet sind. Die Schiffe haben die rote

Flagge noch nicht eingezogen. Der Marineminister hat zur Unter-
suchung einen Offizier an Bord gesandt. Der Marinestab wird
sich heute abend versammeln, um über die Haltung der Marine-
offiziere der Amnestie gegenüber zu beraten. Um 7 Uhr abends
ergaben sich alle Kriegsschiffe, deren Mannschaft gemuert
hatten. Zwei von der Regierung bestimmte Offiziere übernahmen
das Kommando. Es herrscht nunmehr vollständige Ruhe.

Mexiko.

Neue Kämpfe.

Mexiko, 28. November. Gestern fand bei Chihuahua
ein Gefecht statt, bei dem 400 Anhänger Maderos von
600 Mann Regierungstruppen geschlagen wurden. Von
den Revolutionären sind 13 Mann gefallen und mehrere ver-
wundet worden. Die Regierungstruppen hatten keinen Ge-
fallenen, aber mehrere Verwundete.

Aus der Partei.

Gemeindevahlerfolge.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Zehdenick i. Mark wurde
der sozialdemokratische Kandidat mit großer Majorität gewählt.
Den Genossen in Schinkel gelang es, bei der Gemeindevahl
für die 5. Klasse sämtliche drei Sitze zu erobern. Auch in
der 4. Klasse wurde ein sozialdemokratischer Kandidat gewählt.

Ein Austritt aus der Partei.

Wie uns aus Paris geschrieben wird, hat der Gemeinderat
Turot seinem Wahlkomitee angezeigt, daß er aus der gereinigten
sozialistischen Partei austritt. Er erklärt, daß er schon lange
keine innerliche Gemeinschaft mit ihr gehabt habe, was sich in
seinem äußeren Auftreten auch oft genug kundgegeben hat. Turot
hat in der „Petite Republique“ häufig Mittel im sozialistischen
Sinne geschrieben und ist u. a. während den Wahlen für Viviani
eingetreten. Er stellt sein Mandat seinem Wahlkomitee zur Ver-
fügung, was allerdings bei der üblichen Zusammensetzung der
Wahlkomitees, die nicht von der Partei, sondern von ihm selbst aus
dem Kreis seiner politischen und persönlichen Freunde zusammen-
gesetzt werden, kaum mehr als eine Formalität ist.

Jugendbewegung.

Zum Polizeikampf gegen die Arbeiterjugend.

Während die Berliner Polizei im Roabitzer Prozeß von einer
moralischen Niederlage in die andere taumelt, bemüht sich die der
Groß-Berliner Arbeiterschaft ja rühmlichst bekannte Licht-
berg-Kummelsburger Polizei lebhaft darum, ab und zu
auch von sich reden zu machen.

Hat da die kleine, nur 25 Mitglieder zählende Jugend-
vereinigung in Karlshorst am Sonnabend, den 26. November,
wegen Ermangelung eines Saales in Karlshorst, ihr Stiftungsfest
im Restaurant „Bellevue“ in Rummelsburg veranstaltet. Konzert,
Gesang, Rezitationen und eine Ansprache bilden den Inhalt des
Programms. „Was kann da nicht alles passieren.“ denkt vielleicht
der Herr Polizeipräsident von Lichtenberg, und flugs ist ein Polizei-
offizier und ein Schutzmannaufgebot zur Stelle, um das staats-
gefährliche Stiftungsfest zu verhindern. Gesang, Rezitationen,
Festrede und Tanz werden unterjagt, nur Biertrinken ge-
stattet der Herr Präsident, und ein öffentliches Konzert wird schließ-
lich auch zugestanden. Bei Widerstand erfolgt Anwendung der
Gewalt.

Aber die Festteilnehmer wollen auf ihr Recht nicht verzichten,
und so versucht nach einigen Konzertsünden Genosse Schiller,
ein paar Worte an die Anwesenden zu richten. Ein „Geheimer“
benachrichtigt die auf der Straße harrende Polizei. Ein Wacht-
meister erscheint, notiert die Adresse des Redners und fordert die
Anwesenden auf, den Saal zu verlassen, nachdem man ihn
selbst auf das Angefährliche seines Eindringens in eine geschlossene
Gesellschaft aufmerksam gemacht hat.

In einem benachbarten Saale beginnt nun der Gesangverein
einige Liedervorträge. Bei bester Laune und fröhlichem Tanz
bleiben die Festteilnehmer als Gäste des Gesangvereins zusammen,
bis auch hier gegen ein Uhr der Wachtmeister mit martialischer
Stimme „Feierabend“ gebietet.

Den Jugendvereinen ist es durch das Reichsvereinsgesetz ver-
boten, die Jugend über das Wesen des Klassenstaates zu belehren.
Alem Ansehne nach will die Polizei diese Aufgabe unfreiwil-
lig übernehmen. Und soll's recht sein.

Soziales.

Zum Kergestreich in Halle.

Der Magistrat in Halle hat auf Grund des § 45, Abs. 5 des
Krankenversicherungsgesetzes dem Vorstand der Kasse unterjagt, Ver-
träge über Anstellung von Kassenärzten abzuschließen. Er behält sich
das Recht vor, die Kergestreich selbst in die Hand zu nehmen
und hat die Kassenorgane insoweit ihren Funktionen entzogen.

Das Eingreifen des Magistrats ist, wie in ähnlich gelagerten
Fällen das Oberverwaltungsgericht sündig anerkannt hat, ein rechts-
widriger Eingriff in die Selbstverwaltung der Kasse. Wir halten es
für selbstverständlich, daß die Organe gegen diesen Eingriff den
Rechtsweg beschreiten. Das behördliche Einschreiten liegt lediglich
im Interesse des Kergestreichs, nicht in dem der Kasse.

Syphilis und Ehe.

In der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechts-
krankheiten, Ortsgruppe Berlin, hielt dieser Tage Dr. R. Veder-
mann einen Vortrag über „Syphilis und Ehe“. Er besprach zunächst
die Bedeutung der Syphilis für die Eheheiligkeit, sodann die
Folgen, welche die Syphilis in der Ehe haben kann. Er wendete
sich gegen ein in Laienkreisen vielfach bestehendes Vorurteil, daß
die Syphilis nicht heilbar sei und wies auf die vielfachsendenden
Beobachtungen erfahrener Ärzte und vieler urteilsfähiger Laien
hin, daß man die Syphilis heilen kann, und zwar ohne daß schäd-
liche Folgen für die erkrankten Geisteswesen oder ihre Familie hinter-
bleiben. Als wichtige Punkte für die Beurteilung der erfolgten
Heilung komme die Dauer der Erkrankung, der Verlauf der Er-
krankung in den ersten Jahren und die Gründlichkeit der statt-
gefundenen Behandlung in Betracht. Der Vortragende wies auf die
Wichtigkeit der Blutuntersuchung nach Professor von Wassermann
hin, durch welche es gelingt, auch in solchen Fällen die Syphilis
zu erkennen, wo äußere Zeichen der Krankheit fehlen. Auf Grund
jahrhundertelanger klinischer Beobachtung sei die Eingehung der
Ehe gestattet, wenn mindestens 5 Jahre seit der Ansetzung ver-
gangen, in den letzten 2 bis 3 Jahren keine Erscheinungen mehr
aufgetreten sind und die Kranken energische und gründliche Kuren
durchgemacht haben. Bei Erkrankung eines oder beider Ehegatten
sei die wichtigste Maßregel gründliche Behandlung des Erkrankten
und Schutzes der gesunden Umgebung. Bei der Besprechung der
Uebertragbarkeit der Krankheit auf die Nachkommenschaft führte
der Vortragende an, daß in solchen Ehen oft Früh- und Fehl-
geburten vorkommen, und hob die Gefahren hervor, denen die Nach-
kommenschaft, Arzt und Hebamme bei der Entbindung von mit
syphilitischen Erscheinungen befallenen Personen ausgesetzt sind.
— Zum Schluß erwähnte Redner kurz, welche Rolle die Syphilis
in der Rechtsprechung spielen kann und wie sie gelegentlich ein
Grund zur Anfechtung der Ehe und zur Ehecheidung wird.

Gewerkschaftliches.

Die Streikversicherung der Unternehmerverbände.

Nach einer statistischen Zusammenstellung im „Reichs-Arbeitsblatt“ sind im Jahre 1910 von 115.005 Mitgliedern der Unternehmerverbände, die 3.851.680 Arbeiter beschäftigen, 27.100 Mitglieder mit 1.952.480 beschäftigten Arbeitern gegen Streiksicherungen versichert. 27 Reichs-, 51 Landes- und Bezirks- und 129 Ortsverbände gewähren eine Geldentschädigung. Nur bei Streik zahlen 18 Verbände, nur bei Aussperrungen drei Verbände, in beiden Fällen 124 Verbände Streikentschädigung. Die Entschädigung wird nach freiem Ermessen von 87 Verbänden, nach festen Grundsätzen von 88 Verbänden gezahlt. Die Textilindustrie figuriert bei dieser Aufstellung mit 48 Verbänden an erster Stelle, ihr folgt das Baugewerbe mit 45 Verbänden.

Berlin und Umgegend.

Die elende Lage der Eisenkonstruktionsarbeiter.

Eine allgemeine Versammlung der in den Eisenkonstruktionsbetrieben beschäftigten Arbeiter fand am Sonntag in den „Sophienböden“ statt. Nach einem fesselnden Vortrage des Verbandsvorsitzenden Töhen über die Steuerpolitik und die Aufgaben der Gewerkschaften beschloß die Versammlung mit den Zuständen innerhalb der Branche. Wie der Verbandsvorsitzende Wuschel und verschiedene Redner aus der Mitte der Versammlung ausführten, wird in den Eisenkonstruktionsbetrieben noch unter den allererbärmlichsten Verhältnissen gearbeitet, die überhaupt in der Metallindustrie Groß-Berlins zu finden sind. Während in den meisten übrigen Betrieben der Metallindustrie die neunstündige und zum Teil auch schon die achtsündige Arbeitszeit eingeführt ist, herrscht in den Eisenkonstruktionsbetrieben noch mit Ausnahme eines einzigen Betriebes die zehnstündige als die normale Arbeitszeit und dazu kommt noch die allgemein herrschende Heberzeitarbeit, durch die der Arbeitstag auf 14, 15 Stunden, ja manchmal noch weit länger ausgedehnt wird. Die Betriebe liegen draußen in den Vororten, in Neimiddorf, Lichtenberg, Tempelhof usw., und die Arbeiter sind infolgedessen genötigt, oft stundenweit zu fahren, um nach der Arbeitsstätte und von dort wieder nach Hause zu gelangen. Die Löhne sind elend und weit schlechter als in verschiedenen anderen Branchen der Metallindustrie. Gelehrte Schlosser und Schmiede werden mit 40 und 45 Pf. Stundenlohn eingestellt, und wenn sie es wirklich nach langen Jahren der Tätigkeit in einem Betriebe endlich auf 55 Pf. bringen, so gilt das als ein sehr hoher Lohn. Ungelernte Arbeiter werden mit 35 Pf., ja sogar mit 30 Pf. eingestellt. Dabei ist die Arbeit äußerst anstrengend, wird zu einem großen Teil im Freien ohne Schutz auf Wind und Wetter ausgeführt und ist mit Lebensgefahr verknüpft. Die Unfallgefahr in den Eisenkonstruktionsbetrieben wird nur noch von der Vergütung übertrifft. Der elenden Vergütung und der überlangen Arbeitszeit entsprechen auch die sanitären Verhältnisse in den Betrieben. Bei Unfällen muß der Verletzte manchmal stundenlang auf Hilfe warten, und ein ordentliches Verbandswesen ist für die erste Hilfe nicht zur Stelle. Das Unternehmertum sucht mit allen Mitteln die Arbeiterorganisation zu unterdrücken. Wird in einem Betriebe eine Werksraterversammlung einberufen, so läßt man gewöhnlich so lange Heberzeit arbeiten, daß die Arbeiter nicht daran teilnehmen können. Die Firma Drudenmüller in Tempelhof hatte zum Sonntag plötzlich Inventur angeordnet, offenbar um die Arbeiter vom Besuch der allgemeinen Branchenversammlung abzuhalten. Sie wollten wohl nicht, wurde in der Versammlung gesagt, daß die Zustände in ihrem Betriebe öffentlich besprochen werden sollten. Es wird dort unter anderem sehr über die Behandlung geklagt. Es wurden in der Versammlung noch verschiedene andere Firmen genannt, bei denen die Zustände alles zu wünschen übrig lassen, was die Arbeiter billigerweise fordern können. Die elenden Löhne werden häufig durch eine Art Affordsystem verschleiert, bei dem der Arbeiter nach einer Arbeit von mehreren Wochen, wenn gut geht, vielleicht 50 Pf., 1 M., bis 4 M., an Affordüberschuß ausgezahlt erhält. Es kommt aber auch vor, daß nach Vollendung der Arbeit sich ein Defizit gegenüber dem Stundenlohn herausstellt und daß dieses Defizit dann bei dem nächsten Heberlauf in Abrechnung gebracht wird und schließlich immer noch ein Defizit übrig bleibt. Das Affordsystem dient natürlich nur dazu, daß die Arbeiter ihre Kräfte bis aufs Neueste des menschenmöglichen anstrengen, ohne einen entsprechenden Verdienst dabei zu erzielen. Zum Teil sind die Arbeiter infolge dieser erbärmlichen Verhältnisse so tief gesunken, daß sie gar nicht mehr den Mut finden, dagegen anzukämpfen, und förmlich demotiviert, durch moßlose Heberzeitarbeit das zum Leben Notwendige herbeizuschaffen. Die Versammlung lieferte jedoch in ihrem ganzen Verlauf den Beweis, daß es jetzt auch unter der Arbeiterschaft der Eisenkonstruktionsbetriebe tagt, daß der Gedanke der Organisation auch bei ihnen immer mehr zum Durchbruch kommt und daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo auch sie die Kraft finden werden, extrahische Lohn- und Arbeitsbedingungen mit dem nötigen Nachdruck von den Unternehmern zu fordern.

Die Lohnbewegung der Klavierarbeiter.

In einer vom Holzarbeiterverband einberufenen Branchenversammlung der Klavierarbeiter, die am Donnerstag in den „Andreas-Höfen“ stattfand, berichtete der Obmann Leopold über das Ergebnis der in diesem Herbst durchgeführten Lohnbewegung in der Branche. Sie erstreckte sich auf 40 Betriebe mit 2635 Beschäftigten. Die Unternehmer hoben sich im allgemeinen nicht allzu viel geäußert, die gestellten Forderungen anzuerkennen. In dem größten Teil der Betriebe wurde die Bewegung ohne Arbeitsunterbrechung mit dem gewünschten Erfolg beendet. In 19 Betrieben kam es zum Streik und die Zahl der Streikenden war 529. In 10 dieser Betriebe dauerte der Streik weniger als eine Woche, in den übrigen eine bis acht Wochen. Durch die Bewegung wurden für 1102 Beschäftigte, unter ihnen 21 Arbeiterinnen, Lohnerhöhungen erzielt, die im Durchschnitt 5,21 Proz. ausmachten. In einigen Betrieben ist die Lohnmehrung sehr gering, bis hinunter zu 2 1/2 Proz., in anderen beläuft sie sich jedoch auf bis zu 10 Proz. Außerdem wurde in 13 Betrieben Verkürzung der Arbeitszeit erreicht, in einem Betriebe um eine halbe Stunde, in zwei um zwei Stunden und in einem Betriebe um 4 1/2 Stunden.

Die Unternehmerorganisation hat sich bei der Bewegung im Hintergrunde gehalten. Am 17. Oktober erschien zwar in der „Instrumentenbauzeitung“ eine kurze Notiz, wonach die Unternehmer beschlossen hätten, „überstimmten“ Forderungen gemeinsam entgegenzutreten; aber der Verein der Pianofabrikanten hat in keinem Falle eingegriffen. Offenbar hat man die Forderungen nicht als überstimmte ansehen können. Allerdings hat die Unternehmerorganisation in einem Rundschreiben die Namen der ihr gemeldeten Streikenden bekanntgegeben und vor ihrer Anstellung in anderen Betrieben gewarnt. Das hat jedoch keinen Einfluss auf die Bewegung auszuüben vermocht. In Verhandlungen mit den Vertretern des Holzarbeiterverbandes waren die organisierten Klavierarbeiter im allgemeinen nicht zu haben. Sie erklärten den Werkstattkommissionen gegenüber in der Regel: „Mit der Arbeiterorganisation lassen wir uns überhaupt nicht ein. Wenn wir verhandeln, dann verhandeln wir nur mit ihnen.“ Da es den Arbeitern in der Hauptsache darum lag, die notwendigen Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen, ließen sie die Verhandlungen an der Ausschlachtung der offiziellen Vertretung ihrer Organisation nicht scheitern.

Mit dem Ergebnis der Lohnbewegung läßt man, meinte der Redner, unter den gegebenen Verhältnissen zufrieden sein. Das gelte jedoch nicht, wenn man in Betracht zieht, daß die erzielten Verbesserungen sich nur auf einen Teil der Betriebe und beschäftigten Arbeiter erstrecken. Was diesem nicht erreicht wurde, müsse bei nächster Gelegenheit nachgeholt werden.

Achtung, Glasarbeiter! Die Situation bei der Firma J. Schmidt, Genthiner Straße 3, ist in ein anderes Stadium getreten. Die Firma sucht jetzt mit allen Mitteln einen Zwischenmeister zu ergattern, doch sind die Bedingungen der Firma derartige, daß sich bis jetzt noch niemand gefunden hat. Auch die hinausgeworfenen Kollegen haben es der Firma angetan. Sie erklärt, daß keiner derselben mehr in den Betrieb hinein kommt. Also auf die Vernichtung der Organisation hat es die Firma abgesehen. Jeder Glasarbeiter und Polierer ist verpflichtet, die Firma streng zu meiden, bis sie sich eines anderen befehlen läßt.

Verband der Glasarbeiter.

Deutsches Reich.

„Sozialdemokratische Agitationsmoral.“

Einen Brief des Gauleiters Ahrens aus Köln vom Verband der Bauhilfsarbeiter benutzt die Zentrumspresse, um die „sozialdemokratische Agitationsmoral“ zu beleuchten. Ahrens, der damals Gauleiter für Rheinland-Westfalen war, hat im April 1904 an einen Verbandskollegen mit Namen Jakob Wilkin, der in Düren die Agitation besorgte, einen Brief geschrieben, worin er diesem Ratsschläge für seine Werbetätigkeit gibt. In dem Briefe kommt die Wendung vor: „Wir müssen schlecht wie die Nacht sein!“ Es wird Wilkin geraten, die Hilfsarbeiter Dürens darauf hinzuweisen, daß die Maurer im christlichen Bauhandwerkerverband seien und sich um die Hilfsarbeiter nicht kümmern; dann würden sich die Hilfsarbeiter dem Bauhilfsarbeiterverband anschließen. Zur Erlangung von Verammlungslokale solle Wilkin die Wirte in den Gauen überzeugen, als handle es sich um einen christlichen Verband.

Diesen Brief, der allerdings kein Meisterstück ist, bringt jetzt, nach sechsmonatigen Jahren, die Zentrumspresse heraus. Der Brief ist die Antwort auf ein Schreiben des Wilkin, der mitgeteilt hatte, wie ihn die Christlichen fortwährend aus der Arbeit brächten. Wilkin fragte: „Ist das nicht gemein; sie wissen doch, daß ich ein halber Krüppel bin!“ Weiter gingen die Christlichen zu den Wirten, machten ihn schlecht und trieben dem Verband die Lokale ab. Was soll ich gegen diese christliche Spitzbücherei machen,“ schrieb damals Wilkin. Und der Ahrensche Brief war die Antwort. Was Ahrens geschrieben hat, war der Ausfluß der Entrüstung über die schändliche Kampfweise der Christlichen und über die Malträtierung des Wilkin, des nämlichen Mannes, der jetzt seinen damaligen Peiniger das Schreiben ausgeliefert hat. Es ist Ahrens, der den Brief in äußerster beruflicher Anstrengung und Empörung über die „christliche“ Kampfweise schrieb, nie eingefallen, im Ernst die Unmoral zum Agitationsgrundstoß zu machen. Niemand, der Gelegenheitsarbeiter, ihn in den letzten sechs Jahren zu beobachten, wird ihm das Zeugnis versagen, daß er sich anständig und einwandfrei in der Agitation betätigt hat. Der Rat galt für den Krieg mit einem nichterträglichen Gegner. Ahrens kann mit demselben Recht, wie der selige Windhorst verlangen, daß man den ominösen Satz nicht buchstäblich nehme; Windhorst hat für sich das Recht in Anspruch genommen, seinen Ausspruch: „Da haben wir uns mit Gottes Hilfe wieder mal glücklich durchgelogen!“ harmlos zu deuten.

Streik in der Brauerei von Hammer in Plauen i. V.

Die Firma mahregelte zwei Mitglieder der Tarifkommission und sie versuchte auch auf die übrigen Arbeiter einzuwirken, daß sie aus der Organisation der Brauereiarbeiter austreten sollten. Als die Betriebsleitung kein Geld damit hatte, wurden weitere sechs Arbeiter gemahregelt. Montag, den 28. November, beantworteten die organisierten Arbeiter des Betriebes diese Mahregelung mit der Arbeitseinstellung. Zugug ist fernzubalten.

Der Kohlenarbeiterstreik in Mannheim, in der syndikatsfreien Kohlenvereinigung, ist mit einem Teilerfolg für die Arbeiter beendet worden. Erzielt wurde eine Lohnzulage von durchschnittlich 2 M. pro Woche.

Die Lohnbewegung der oberbayerischen Vergarbeiter vor dem Vergewerbergericht.

Da die Direktion der oberbayerischen Aktiengesellschaft für Kohlenbergbau jedes Entgegenkommen in der Lohnfrage ablehnte, haben die beteiligten Gewerkschaften des Vergewerbergerechts München zur Schlichtung der Differenzen angerufen. Unter Zugiehung von Vertrauensmännern trat am Sonnabend das Einigungsamt des Vergewerbergerechts zusammen. Die unter dem Vorsitz eines Oberbergrats geführten Einigungsverhandlungen scheiterten an der Haltung der Direktoren, die einfach erklärten, daß sie in der Lohnfrage keinerlei Entgegenkommen zeigen können, da die geschäftliche Konjunktur gegenwärtig keine günstige sei. (1) Die Arbeitnehmervertreter beantragten schließlich Schiedsspruch dahin zu erlassen, daß die Löhne der Belegschaften Penzberg und Hausham gleichgestellt werden, soweit bei ihnen Differenzen vorhanden sind.

Schiedsspruch:

Das Einigungsamt des Vergewerbergerechts München bezeichnet es als recht und billig, daß die Löhne der Grube Hausham mit jenen der Grube Penzberg auf gleiche Höhe gebracht werden, soweit die Betriebs- und persönlichen Verhältnisse der Arbeiter es zulassen. Vorstehender Schiedsspruch wird eröffnet mit der Aufforderung an die Parteien, sich innerhalb vier Tagen zu demselben zu äußern. Die Nichtabgabe der Erklärung gilt als Ablehnung der Unterwerfung.

Ausland.

Ein verlorener Kampf.

New York, 14. November. Mit einer Niederlage der Arbeiter endete der vor drei Wochen in New York und Jersey City begonnene Kampf der Aufseher und Hilfsarbeiter der großen Erpreshgesellschaften, die sich vor allem um die Beförderung von Paketen befassen. Heute kehrten die Geschlagenen unter den gleichen Verhältnissen, derenhalten sie in den Streik einzutreten, zur Arbeit zurück. Sie haben die günstige Gelegenheit verpaßt, die Erpreshmagatzen auf die Knie zu zwingen. Zu ihrer Entschuldigung läßt sich indessen sagen, daß sie vom Mayor (Oberbürgermeister) Gahner schände hintergangen wurden, und daß auch die Leitung des Streiks viel zu wünschen übrig ließ. Dazu kommt als die Hauptursache des Mißerfolges die törichte Zersplitterung der Transportarbeiter. Zwar sind die Transportarbeiter alleamt der American Federation of Labor (Arbeiterbund) angegeschlossen, aber für die Angehörigen der hiesigen Fuhrwerke existieren nicht weniger als zwölf verschiedene Gewerkschaften, und diese wiederum sind in zwei verschiedene Lokalverbände zusammengefaßt. Legte eine Gewerkschaft die Arbeit nieder, besorgten Leute einer anderen den Transport.

Trotzdem konnten die Erpreshgesellschaften vor etwa einer Woche, als Gahner es ablehnte, noch weiterhin jeden von Streikbrechern bedienten Erpreshwagen durch Polizisten eskortieren zu lassen, den Transport nur zum verschwindenden Teil bewältigen. Und als dann gleichzeitig die städtischen Behörden verlangten, daß in Heber-einstimmung mit einer Stadtpolizeiverordnung nur lizenzierte Wagen und lizenzierte Aufseher in Dienst gestellt werden dürfen, war die Verwendung der von auswärts herangezogenen Streikbrecher ausgeschlossen. Das war der Stand der Dinge vor der am 8. November abgehaltenen Wahl. Datten damals die Aufseher und Chauffeure gleichzeitig gestreikt, so hätte der Streik einen für sie siegreichen Verlauf nehmen müssen. Aber die günstige Gelegenheit blieb ungenutzt. Nur etwas über 1000 Chauffeure und die Abfertigungsaufseher einiger großer Ladengeschäfte schloßen sich dem Ausstand an.

Nach der Wahl schwächte Mayor Gahner, der sich in der Vermittlerrolle gefiel, den Gewerkschaftsbeamten einen Tarifvertrag auf, der von den Ausständigen in Jersey City zunächst verworfen, aber gestern auf den Rat der Führer angenommen wurde, nachdem der hiesige Oberbürgermeister gedroht, die Polizei in den Dienst der Erpreshgesellschaften zu stellen, falls die vorgeschlagenen Friedensbedingungen nicht die Zustimmung der Streikenden finden.

Und diese Bedingungen? Die Arbeitsverhältnisse der Aufseher und Hilfsarbeiter der Erpreshgesellschaften bleiben unverändert. Guldoll versprach man den Gewerkschaftsmitgliedern, sie wegen ihrer Organisationszugehörigkeit nicht zu mahregeln. Daß von derartigen Versprechungen rein gar nichts zu halten ist, lehrt die Erfahrung hierzulande tausendfach. Im übrigen soll über die Bedingungen der Leute nach der Wiederaufnahme der Arbeit „verhandelt“ werden.

Die Chauffeure beharren weiter im Ausstand.

Aus Industrie und Handel.

Ein feiner Ton.

In dem Organ für Schornföhrerei und Hochschutzzoll, der „Post“, lesen wir folgende Sonntagspredigt:

„Der Zentralverband Deutscher Industrieller schreibt über die Kampfsmethode des Bundes der Industriellen:

„In der Nr. 22 seines Organs „Deutsche Industrie“ vom 20. d. M. richtet der „Bund der Industriellen“ in einem sieben Spalten langen Artikel, dem er eine vier Spalten lange Schlußfolgerung anhängt, dem ihm angehängten Vereine folgen läßt, wieder einmal die schwersten Angriffe gegen den Zentralverband Deutscher Industrieller. Mit einem unglaublichen Aufwand von Verleumdungen und Unwahrheiten wird der Versuch gemacht, die Leser davon zu überzeugen, daß die gesamte Tätigkeit des Zentralverbandes „mit seinen verhältnismäßig wenigen Hintermännern“ bisher lediglich dazu gedient hat, die Interessen der deutschen Industrie auf allen Gebieten in höchstem Maße zu schädigen. Es werden in diesem Artikel die tatsächlichen Vorgänge in einer Weise dargestellt, wie es in der gleichen gehässigen und verheerenden Form bisher wohl nur die sozialdemokratische Presse sich geleistet hat und die uns ohne weiteres der Rüge enthebt, auf derartige Anwürfe sachlich zu erwidern. Ein solches, lediglich auf die gänzliche Unwissenheit der Leser berechnetes Nachwerk hängt man dadurch niedriger, daß man demselben in der Industrie die weiteste Verbreitung verschafft. Wir haben und daher beanlagt gesehen, von der Nr. 22 der „Deutschen Industrie“ den abgedruckten Vortrat aufzukaufen und zur Verwendung zu bringen, damit, soweit als möglich, allen Industriellen Gelegenheit gegeben wird, sich aus diesem Vorgange ein Bild von dem wahren Wesen des Bundes der Industriellen zu machen und zu erkennen, von welcher Seite unaufrichtig die so höchst belagerten Uneinigkeit und Spaltung in der ganzen deutschen Industrie mit den verwirklichten Mitteln genährt wird. Ein Verband, der unter jetzigen schwierigen Zeitläuften für die Industrie seine aufwendend wichtigste Aufgabe nur in Verheerung und geschäftigen Angriffen auf einen anderen wirtschaftlichen Verband, mit dem er sich auf seinen eigenen Wunsch hin noch vor einigen Jahren zu einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen hatte, sieht, dürfte seine Daseinsberechtigung ohne weiteres einbüßen und es bleibt nur das eine an dem ganzen Vorgange unverständlich, wie die im Vorstande des Bundes der Industriellen sitzenden hochbetagten Männer der Industrie ein solches Nachwerk der Geschäftsführung mit ihrem guten Namen decken können.“

Wie kann man es aber auch wagen, gegen die Pländerpolitik der Ritter, Feilgen und Schornföhrer ein Wort der Kritik zu erlauben. Das ist doch ein Staatsverbrechen, wofür dem Bundes der verarbeitenden Industrie die Daseinsberechtigung abgesprochen wird. Erstzuzuberechtig ist nur der — Schnapsblod.

Der Schnaps bringt — Gewinn. Die Nordhäuser Aktien-Spiritsfabrik vorm. Leigner u. Co. in Nordhausen bringt wieder 20 Proz. Dividende zur Verteilung.

Letzte Nachrichten.

Vergarbeiterausstand im Ruhrrevier.

Dolfs Telegraphenbureau verbreitet folgende Nachricht aus Essen (Ruhr): Auf der Zeche Lucas bei Dortmund (Eigentum der Aktiengesellschaft für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg und in Westfalen) sind heute von 410 Mann der Belegschaft 391 in den Ausstand getreten. Die Betriebsverwaltung hatte vor einigen Tagen eine Anzahl Arbeiter wegen Nichtinnehaltung der Seilsfahrtsordnung bestraft. Nachdem die Verwaltung die geforderte Zurückziehung der Strafe abgelehnt hatte, wurde eine Belegschaftsversammlung einberufen, die eine Kommission wählte, welche der Betriebsverwaltung die Wünsche und Beschwerden der Belegschaft vortragen sollte. Die Verwaltung lehnte die Verhandlung mit der Begründung ab, daß der Arbeiterausstand hierfür zuständig sei, und erklärte sich bereit, mit diesem zu verhandeln. Montagnachmittag fand diese Besprechung mit dem Arbeiterausstand statt.

Der beleidigte Landrat in Rotenburg.

Bremen, 28. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“). Wegen Beleidigung des Landrats in Rotenburg hatten sich heute der verantwortliche Redakteur der „Bremer Bürgerzeitung“ Genosse Holzmeier und der Redakteur der „Weserzeitung“ Fritzer vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts zu verantworten. Es handelte sich um eine Notiz, in der mitgeteilt wurde, der Landrat habe von der Witwe eines bei dem Scheseler Eisenbahnunglück zu Tode gekommenen Bonner Privatdozenten 8 M. für die Reinigung einer Regalbahn, in welcher die Leiche aufgedahrt gewesen sei, auf polizeilichem Wege einzuziehen lassen. Diese Notiz war zuerst in der „Weserzeitung“ erschienen und zum Teil von der „Bremer Bürgerzeitung“ übernommen worden. Gegen die „Weserzeitung“ wurde auf 300 M., gegen die „Bürgerzeitung“ auf 50 M. Geldstrafe erkannt. — Der Staatsanwalt beantragte gegen die „Weserzeitung“ 500, gegen die „Bürgerzeitung“ 100 M. Geldstrafe.

Eine sozialistische Interpellation.

Paris, 28. November. (B. L. V.) Zu Beginn der Deputiertenkammer gab der Präsident Brisson die von dem sozialistischen Deputierten Willm eingebrachte Interpellation über den Tod des auf dem Marsche in Sidalgerien umgekommenen Fremdenlegationsrats Weisbrod bekannt. Der Kriegsminister erklärte, daß er über den Vorfall eine Untersuchung eingeleitet habe und deshalb eine Vertagung der Interpellationsdebatte verlangen müsse. Die Kammer erteilte diesem Antrag gemäß die Vertagung der Interpellation auf den 16. Dezember an.

Ein Justizmord!

Muen, 28. November. (Freh-Rel.) Im hiesigen Gefängnis wurde heute ein Individuum eingeliefert, das als eigentlicher Urheber des Mordes an dem Arbeiterwilligen Dongé gilt. Erweist sich der Verdacht der Polizei als begründet, dann wird der Prozeß, in dem erst vor wenigen Tagen ein Syndikatsführer als Anführer zur Ermordung Dongés zum Tode, mehrere Syndikatsmitglieder zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden waren, von neuem aufgenommen werden müssen.

Eröffnung des rumänischen Parlaments.

Bukarest, 28. November. (B. L. V.) Die Tagung des Parlaments ist heute eröffnet worden. Die Thronrede spricht u. a. von Maßnahmen gegen den Alkoholismus und Förderung des Volksschulunterrichts in den Landgemeinden.

Reichstag.

88. Sitzung. Montag, den 28. November, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesrat: v. Bethmann Hollweg, Dr. Delbrück, Habenstein, Dr. Lisca, v. Breitenbach. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Gesetzes zur Befreiung von Reichsbanknoten verwandten Papiers gegen unbefugte Nachahmung.

Die einzelnen Paragraphen werden nach unerheblichen Bemerkungen des Abg. Kirch (Z.) angenommen. Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend den Ausbau der deutschen Wasserstraßen und die Erhebung von Schiffsabgaben.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:

In der Mitte des vorigen Jahrhunderts war man allgemein der Meinung, daß die Kosten für den Ausbau der natürlichen Wasserstraßen sämtlichen Steuerzahlern aufzuerlegen ist.

Inzwischen haben die Anschauungen mit der gewaltigen Ausdehnung des Binnenschiffsverkehrs und mit der Steigerung der Kosten für den Ausbau der Wasserstraßen sich geändert. Eine Schiffsabgaben freundliche Stimmung ist nicht nur in Preußen hervorgerufen. Das preussische Wasserstraßengesetz wurde als mit der Verfassung in Widerspruch stehend bezeichnet. Der Gesetzentwurf mußte daher dem Artikel 78 der Verfassung genügen und also ausdrücklich für eine Verfassungsänderung. Damit würde die Frage, ob das preussische Gesetz gegen die Reichsverfassung verstößt, praktisch gegenstandslos werden.

Der Entwurf beruht auf einem einstimmigen Beschluß des Bundesrats: Die Zustimmung war nur möglich, indem jeder die Einzelinteressen dem Allgemeininteresse unterordnete. Ich hoffe, daß der Reichstag den Grundlagen des Gesetzentwurfs zustimmen wird. Erst nach seiner Verabschiedung können wir mit den Nachbarstaaten, die an den deutschen Wasserstraßen beteiligt sind, in Verhandlungen eintreten. Wir werden diese Verhandlungen auf der Basis des gemeinschaftlichen Interesses und der freundschaftlichen Beziehungen führen. (Bravo! rechts und im Zentrum.)

Preussischer Eisenbahnminister v. Breitenbach verweist darauf, daß der Entwurf von denselben Gesichtspunkten ausgeht, die er bereits 1908 bei Verantwortung der freistimmigen Interpellation wegen des preussischen Wasserstraßengesetzes hervorgehoben hat. Die staatliche Fürsorge für den gemeinsamen Ausbau der Wasserstraßen liege im allgemeinen Interesse des Verkehrs. Deshalb wird das Gesetz dem Verleher und dem Allgemeinwohl dienen.

Abg. Am Jahnhoff (Z.): Wir halten die Vorlage mit der Regierung für verkehrspolitisch und begrüßen das hohe Ziel, das mit ihr verfolgt wird. Ueber die Frage, ob Schiffsabgaben berechtigt sind, ist ja viel gestritten worden. Meine politischen Freunde nehmen keinen Anstand, diese Frage zu bejahen. Mit den Chausseen kann man die Wasserstraßen nicht vergleichen, denn die Wasserstraßen kommen nur bestimmten Teilen des Landes zugute, die Chausseen aber dem ganzen Lande. Wir behalten uns vor, in der Kommission Verbesserungen des Gesetzes zu beantragen. Das Schlepplimonopol sollte der Staat in eigene Regie übernehmen, nicht aber verpachten. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Kirch (links): Die Mehrheit meiner Fraktionsfreunde stimmen dem Grundgedanken der Vorlage zu, meine Fraktionsfreunde aus dem Königreich Sachsen werden ihren ablehrenden Standpunkt begründen, aber unsere Mehrheit ist der Meinung, daß derjenige, der Vorteile von bestimmten Aufwendungen hat, auch dafür bezahlt. Ueber Einzelheiten der Vorlage wollen wir uns in der Kommission unterhalten.

Abg. Frank-Rammheim (Soz.):

Die sozialdemokratische Partei läßt sich von keiner anderen an Verkehrsfreundlichkeit überreffen. Gerade deshalb empfangen wir die Vorlage mit schärfstem Mißtrauen und werden sie ablehnen, weil wir als ihren wahren Zweck nicht die Förderung sondern die Hemmung des Verkehrs betrachten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Zu dieser Ueberzeugung sind wir durch die feilsame Art gelangt, wie der Entwurf zustande gekommen ist. Es

ist, glaube ich, seit der Gründung des Reiches das erste Mal, daß einzelne Staaten mit ihren Bundesratsmitgliedern sich an die Öffentlichkeit wenden mühten. Die Denkschrift Badens und Sachsens gegen die Schiffsabgaben hat gewirkt wie ein Kottschare, wie ein Hitzfeld. Dort war alles zusammengetragen, was sich gegen den Plan sagen läßt. Aber was hilft es im Kriege, wenn auf der einen Seite alle guten Gründe, auf der anderen alle starken Bataillons stehen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Argumente Badens und Sachsens haben auf Preußen keinen Eindruck gemacht, den sächsischen und badischen Rächtsgelehrten hat der preussische Adler einfach erwidert: „Du bist mein, denn ich bin groß und Du bist klein.“ (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nun ist zwar die Vorlage im Bundesrat einstimmig angenommen und keiner der Vorredner hat es unterlassen, mit tiefer Nüchternheit auf dieses seltsame Bild der Einigkeit hinzuweisen. Damit diese Einmütigkeit richtig gewürdigt werden kann, will ich doch die letzten Sätze der sächsisch-badischen Denkschrift vorlesen: „Die badischen und sächsischen Regierungen können sich der ersten Sorge nicht erwehren, daß die Bestimmungen der Vorlage weite Kreise Deutschlands wirtschaftlich schädigen, (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) den föderativen Charakter des Reiches antasten die Eintracht der Bundesstaaten tören, und das Vertrauen in die Unverletzlichkeit der Reichsverfassung aufheben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Weiter heißt es: „Die beiden Staaten geben sich der Hoffnung hin, daß es gelingen möge, die Abgabefreiheit der deutschen Ströme, dies Wahrzeichen der deutschen Einheit (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), dies Vollwerk des guten Einvernehmens zwischen den deutschen Bundesstaaten (erneutes Hört! hört!) zu sichern und zu erhalten.“ Wenn beide Staaten sich entschlossen haben, das Wahrzeichen der deutschen Einheit, das Vollwerk des guten Einvernehmens zwischen den Bundesstaaten zu verlassen, so müssen doch ganz besondere Gründe vorgebracht sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich nehme ja an, daß von Preußen versucht ist, nur mit Liebe und Güte auf die Vertreter dieser Staaten einzuwirken. (Geister! Doch ist es wohl nicht ganz ausgeschlossen, daß man ihnen in Aussicht gestellt hat, die eine oder andere kleine Bestimmung unter der Bedingung der Einstimmigkeit in die Vorlage hineinzubringen. Sollte aber im Bundesrat wirklich nicht ausschließlich nach sachlichen Gründen abgestimmt und beraten werden, sondern nach einem gewissen Belohnungs- und Bestrafungssystem Bestimmungen in die Gesetzentwürfe hineinkommen, so müßte das den schärfsten Widerspruch herausfordern. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und man sollte dann zum Schutz der kleinen Staaten, der Vasallenstaaten, die geheime Abstimmung mit Wahllosetts und Wahluberts einführen. Die ganze Schiffsabgabenabgabe beginnt mit einer

Verletzung der Verfassung.

Der Reichskanzler ist mit der an ihm gewohnten Eleganz darüber hinweggegangen. Er sagt, die Frage hat keine Bedeutung mehr. Aber es ist doch von Interesse festzustellen, daß der größte deutsche Bundesstaat ein Gesetz gemacht hat, das im Widerspruch mit der Verfassung des Reiches steht und daß der Reichskanzler keinen Einspruch dagegen erhoben hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man sagt jetzt, es hat sich um eine Streitfrage, wie der Artikel 54 der Verfassung auszuliegen sei, gehandelt. Aber die Streitfrage hat gar nicht existiert und ist erst künstlich von Preußen geschaffen worden. Die Notwendigkeit, die Abgaben in das preussische Gesetz aufzunehmen, waren, die preussischen Eisenbahnen von einer Konkurrenz zu entlasten und das Einfuhr für ausländisches Getreide zu verstopfen. Die Kosten der Abgaben werden die Schiffsabgabegesellschaften natürlich auf die Waren schlagen und der Steuereffekt wird sein, daß die paar Millionen direkter Steuern, die bisher von den Einzelstaaten aufgebracht wurden, nunmehr auf die Massen abgewälzt werden. Das Getreide reißt der Entwurf in die höchste Tarifklasse ein. Angesichts dieser Tatsachen sagte sogar der nationalliberale Abgeordnete Dr. Deumer: „Ich beneide die Regierung nicht um den traurigen Ruhm, jetzt in der Zeit der Teuerung auf die Klagen des Volkes mit einer neuen Verteuerung der Lebensmittel zu antworten.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das wichtigste verschweigt die Vorlage. Nach dem Diktierwort: „Was er weise verschweigt, zeigt mir den Meister des Stils.“ Es fehlt jede technische und wirtschaftliche Begründung der Projekte. Ebenso ist nicht über die Kosten der Projekte gesagt.

Die Verwaltungsausschüsse der Stromverbände werden nur ein

verkleinert und verflechteter Bundesrat sein. In der sächsisch-badischen Denkschrift findet sich eine lehrreiche aber melancholische Stelle. Es heißt da, theoretisch bestünde ja die Möglichkeit, Preußen gegenüber im Bundesrat einen Beschluß durchzusetzen. Theoretisch wird diese Möglichkeit auch im Verwaltungsausschuss eines Stromverbandes bestehen, praktisch aber hat dieser große Staat so viele Möglichkeiten einen Druck auszuüben, daß er den Verwaltungsausschuss beherrschen muß. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nun soll der Verwaltungsausschuss unterliegt werden durch die nach dem glorreichen Muster der Eisenbahnbeiträge geschaffene Strombaubeiträge. Auch in ihnen wird natürlich Preußen dominieren.

Noch schwerwiegender als die Bedenken für die innere Politik sind die Sorgen für die äußere Politik, welche durch diese Vorlage entstehen. Ich hätte sehr gern von dem Reichskanzler statt einiger philosophischer Bemerkungen gehört, wie denn Holland und Oesterreich sich zu dieser Vorlage stellen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bei dieser Vorlage zeigt sich, wie die Methode der Regierung fortwährend Böses gebären muß. Die Sache beginnt mit dem preussischen Kanalgesetz unter Verletzung der Reichsverfassung. Und jetzt sollen wir ein Reichsgesetz machen, ohne Berücksichtigung der internationalen Verträge. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Gesetz ist zwar im Artikel 6, die Verträge sollen nicht verletzt werden, aber sie werden doch eben durch das Gesetz verletzt, und in Wien sollte man es sich sehr mit diesem Denkmal der Nibelungentreue überlegen. Wenn es nun der Regierung bei ihrer anerkannten Geschicklichkeit (Geister!) nicht gelingen wird, mit Holland und Oesterreich zu einer Verständigung zu kommen, sollen dann die holländischen und österreichischen Schiffe keine Abgaben bezahlen, wohl aber die einheimischen? Nach dem Wortlaut der Vorlage wäre das der Fall. Wenn es aber zu einer Verständigung kommt, sollen dann auch holländische und österreichische Vertreter in die Strombaubeiträge hineingeworfen werden? Sie würden dann ein Bild des mittelalterlichen Reichstages werden, auf dem fremdländische Staaten ihre Vertreter hatten, und wir könnten in kurzem in dem Strombeitrag eine Tischgesprache entstehen sehen. (Geister!)

Wir sind überzeugt, daß die Vorlage nicht benutzt werden wird zum Ausbau der deutschen Ströme, sondern zum weiteren Ausbau der deutschen Wucherpolitik. (Zischen rechts. Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wölfl (nat.): Ein Teil meiner Freunde stimmt mit mir den Grundgedanken der Vorlage zu und kann die gegen die Schiffsabgaben erhobenen Bedenken wirtschaftlicher und verfassungsrechtlicher Natur in keiner Weise teilen.

Abg. Raupf (fortf. Sp.): Es handelt sich um eine der wichtigsten Vorlagen, die dem Reichstage seit langer Zeit vorgelegt haben. Die Abgabefreiheit der deutschen Flüsse hat sich durchaus bewährt. Ihre Beseitigung kann nur verkehrspolitisch wirken. Während früher die Abschaffung dieser Abgaben ein großer Fortschritt war, geht man jetzt einen Schritt rückwärts. (Sehr wahr! links.) An die Stelle der Abgabefreiheit soll ein kompliziertes System von Abgaben treten, kompliziert sowohl in bezug auf die Festsetzung wie auf die Erhebung. Dazu kommen komplizierte Strafbestimmungen. Den Ausgangspunkt dieser Vorlage bildet das preussische Gesetz über den Mittelkanal, der seinerzeit als großes Kulturwerk mit Begeisterung begrüßt wurde. Dieser Kanal, der den Osten mit dem Westen verbinden sollte, wurde verunstaltet durch die großagrarischen Interessen, er mußte vor Hannover im Sande verlaufen und seine Eröffnung wurde von der Einführung von Schiffsabgaben abhängig gemacht. Aber was hindert den Bau von Kanälen ohne Verkopplung mit Schiffsabgaben? Die Kanäle sind ja nicht abgabefrei. Der Nachweis, daß die Abgabefreiheit nur einzelnen Interessenten zugute kommt, nicht der Allgemeinheit, ist nicht zu führen. Die Abgabefreiheit auf den deutschen Flüssen ist vielmehr eine der wesentlichsten Stützen der deutschen Weltmachtstellung. (Sehr richtig! links.)

In wirtschaftlicher und technischer Hinsicht bietet die Begründung so gut wie nichts. Hier steht die sächsisch-badische Denkschrift weit über ihr. Wenn die Vorlage Gesetz wird, ist der Reichstag für alle Zeit ausgeschlossen von der Mitwirkung bei Fragen der Schiffsabgaben. Zur Erhöhung der sogenannten Höchstflöße bedarf es seiner Zustimmung nicht. Die Industrie hat sich entwickelt unter der Abgabefreiheit. Von ihrer Ab-

Kleines feuilleton.

Theater.

Neues Schauspielhaus: „Genoveva“ von Hebbel. Hebbel schrieb die „Genoveva“ unmittelbar nach seinem Erstling „Judith“ noch in den dreißiger Jahren, des vorigen Jahrhunderts; in der Wahl und Form des Stoffes von der langsam vererbenden romantischen Literatur sichtlich noch stark beeinflusst. Dem „sic selbst herausfordernden“, in blutiger Tat „die Grenzen ihres Geschlechts“ überschreitenden und an dieser Tragik zugrunde gehenden Weibe — der Judith — wollte er hier im Kostüm der mittelalterlichen Legende den Typus einer weiblich reinen Dulderin entgegen stellen. Immer bemüht, in seine Dichtungen allerhand hegelianisch schillernde spekulative Ideen hinein zu deuten, die poetischen Bilder durch eine Beziehung zu hohen Abstraktionen zu illuminieren, erklärt er diese beiden Werke als Glieder eines Ganzen, das in dramatischer Widerspiegelung „den Kreis der jüdisch-christlichen Weltanschauung abschließt“. Dem Trieb, die Charaktere unter Wegnahme aller menschlichen im Ungemessenen emporzutreiben, entspricht bei Hebbel einer Denkart, die in stürmischem Drang den höchsten Verallgemeinerungen zutreibt, mit einem einzigen Blick ganze Epochen, ja die ganze Weltgeschichte selbst in ihrem Wesenskern zu umspannen träumte.

Aber der Poet, der in der „Judith“ sich zu geschlossener, wichtiger Darstellung erhebt, in der die großen Abstraktionen lebendig fühlbar werden für die Phantasie der Zuschauer, dringt es in seiner „Genoveva“ zu keiner konzentrierenden Organisation. Weit, in fortwährendem Szenenwechsel läuft das Schauspiel auseinander. Eine weltanschauliche und wenig motivierte Intrige dient der Handlung, in der Genoveva immer nur duldet, zum Hebel. Die Beleuchtung der Zeitverhältnisse, so großartig in den Volksliedern des belagerten Bethulien, zerfällt hier in lose, eingefügte Episoden, die in ihrer allzu deutlichen Abstraktheit des Zuschauer oft verstümmen. So der mißhandelte Jude, der sterbend seinen Peinigen mit gleicher Glut des Hoffes flucht. So die zauberhafte Margaret, das mittelalterliche Regenweib, Genovevas satirische Verfolgerin, von deren listigen Höllenschaufel der Zuschauer durch eine Sterbefühne mit Heisterflammen und Feuerflammen einen Vorwurf empfangt. Golo, der von wahnwüthiger Liebe zu Genoveva ergriffene Jüngling, der zum schauigen Verleumder ihrer Keinheit, zum schlimmsten aller Schurken wird, bleibt in dieser ungeheuerlichen Wandlung zu räthelhaft und unbegreiflich, erscheint zu sehr als bloße Formel. So sind es nur verstreute Einzelbilder, in denen hier der Glanz Hebbelschen Geistes ungedrungen strahlt. Obenan die prächtige Abschiedsszene, da Genovevas leuchtend gekaltene Gattenliebe, vom Schmerz erschüttert, zum ersten Male in offenem Gesändnis sich ergiebt.

Maria Wayer traf den ausgezeichnet innigen, schlicht überzeugenden Gestalt und diese Wirkung blieb ihr auch im weiteren tren. Es lag ein stiller Schimmer der Verklärung über der Gestalt. Malerisch stimmungsvolle Dekorationen unterstühten die mit vieler

Sorgfalt vorbereitete Ausführung. Herr Ziegel deklamirte den Solo geschickt, doch ohne individuelle Prägung.

Musik.

Leser von Berliner Premierberichten warten wohl auf Nachricht von einem Durchfall „mit Bomben und Granaten“ oder gar von einem Theaterlandsturm. Nur dürfen sie dabei nicht an die heitere dramatische Musik denken und müssen auch noch mit den veränderten Zeiten rechnen. „Es war einmal“ mancher Komponist und Theaterdirektor, der Kunst wollte und gegen die Macht ging. An Stelle des „Es war einmal“ ist eine Berechnung des Erfolges getreten, die so wenig vermag wie des Astronomen Kometenberechnung, und die dem Direktor die Verzinsung des Ausstattungskapitals verbürgt. Jüngend zwei Franzosen, fix in der Mode, haben ein Lustspiel geschrieben. Zwei Deutsche, vielleicht noch fixer in der Mode, bauen daraus einen Text. Ein deutscher Komponist, vielleicht der allergeringste, macht die Musik. Der Verleger verlegt's, läßt die „Salager“ für Klavier, Orchester, Salon-Orchester und „Sarramel-Quartett“ bearbeiten und vergift nicht die Gramophone. Der Theaterdirektor macht mit seinem Oberregisseur und seinen „Kellern“ die Aufführung, bestellt die auf Proffeln oder mal auf die Picardie gestimmten Kostüme, sorgt für die Langerei bei den Liebeshändeln und läßt lachend vom lachenden Publikum ein paar hundert Aufführungen ermöglichen. „Künstlers Erdenwollen“ gibts nicht.

Ob dann im Text gerade das Lächerliche einer Tabakverkäuferin „zum Theater gehen“ und sich doch von ihrer Wappe nicht trennen will, vom Dafei ihres Liebhabers in sein Pariser Hotel genommen wird und dort zwischen Lebemannern und einer spanischen Tänzerin Gegenstand von weiblichen Mißverständnissen wird, bis sich endlich die Paare kriegen — oder ob die Geschichte ein bißchen anders ist: das macht nichts Wichtiges aus. Das mag selbst für das neue Vaudeville „Das Puppenmädel“ gleichgültig sein, dem der Premierabend des Theaters des Westens galt. Den Text bekommen hoffentlich nicht viele Leute zu sehen. Dem Wajazotum der drei Akte darf die allem Ill geführende Fokaldichtung nicht verpasst werden. Und die Musik vom wohlwärtigen Leo Fall versteht ihre Sache, ist geradezu gut. Sparsame Verwendung der Instrumentalfarben, mit Wertung der nach heiteren beim Singen des Puppenmädel, der humoristischen beim einfältigen Liebhaber, der burlesken beim vierbeinigen spanischen Kaffeebeißer; Steigerung vom ersten Akte, dem allerlangweiligsten der drei langweiligen, bis zum dritten mit seinen „tiefen Nüchternungen“.

Song und Spiel auch gut. In der Titelrolle Vert Deetjen zum Teil natürlich. Es kommt von der ersten dramatischen Musik her und verdient auch eine solche.

Die Komische Oper kann ihre Ausländer nicht lassen. Wenn es nicht direkt ein ausländischer Komponist ist, den sie zu Worte kommen läßt, so ist zum mindesten der Stoffländer Ausländer. So hat man am Sonnabend den zweifelhafte Genuß über sich ergehen lassen müssen, die lächerliche französische Verwässerung der „Parrer von Kirchfeld“-Idee, wie sie Emile Jola in seinem Roman

„Die Sünde des Priesters“ niedergelegt hat, als Oper zu hören. In Frankreich selbst ist es der langjährige Freund Zolas, Alfred Bruneau, der den gleichen Roman zu einem Opernopus bearbeitet hat; es erging Bruneaus Oper nicht besser als der Weg von Oberleitner; man hörte sie mit einer unwillkürlichen achtungsvollen Spannung an, einer Spannung, die jedoch fast ausschließlich der Entwicklung des Liebesromanes zwischen dem sündigen Priester Mouret und dem symbolisch aufzufassenden Naturföndel Albine galt. Leider aber hat der Komponist die von dem Librettisten Adalbert v. Goldschmidt (übrigens einem schätzenswerten Komponisten) in sieben teilweise recht breite Bilder auseinandergezogene Geschehnisse durch Zwischenstücke und durch sinfonische Behandlung der Singstimmen noch derartig in die Länge gezogen, daß der Zuhörer unbedingt ermüdet wird, umsonst, als die Musik Oberleitners bei aller achtungsvollen sachlichen, namentlich instrumentalen Tätigkeit der persönlichen Note fast völlig entbehrt. Wie bei so vielen Opernkomponisten, die sich durchaus als „große Dramatiker“ dünken, zeigt auch Oberleitner gerade in den schablonenhaft episodischen Szenen eine hübsche, klug diskrete humorvoll-populäre Begabung. Aber wer wird denn heutzutage noch eine feine komische Oper schreiben wollen, heute, wo die Lehrs und Leo Falls von Erfolg zu Erfolg schreiten! ... Die Aufführung zeigte die an dieser Bühne gewohnte Abrundung und Flohtheit. Der Regisseur Moris hatte für wirkungsvolle Paradiesgärtchen-Expositionen gesorgt, die allerdings in ihrer mathematisch abgezeichneten Starrheit keinen rechten naturalistischen Zauber verbreiteten. Stimulich ganz hervorragendes leistete Fräulein Siems von der Dresdenener Oper; nur daß sie es als Darstellerin in einem schwer machte, an die jarte mimofähige verallgemeinernde Flehenheit der kleinen Albine zu glauben. Dagegen entledigte sich Herr Holzappel der Verkörperung der nicht leichten Intellektuelle sehr brav; er hat sich auch stimmlich außerordentlich gut entwickelt. Ganz ausgezeichnet mischte Kapellmeister E. A. von Reznicek (dessen entzückende Oper „Donna Diana“ doch endlich einmal wieder aufgeführt werden sollte!) die Einzelheiten der gewiß diebstahligen Partitur heraus.

Notizen.

— Jhanes' Stierlamyroman „Die Arena“, die im Unterhaltungsblatt erschien, wird jetzt in Buchform von den „Süd-deutschen Monatsheften“ in München herausgegeben. Preis 3,50 M. geb. 4,50 M. Die glänzende Schilderung von Volk und Land, die der spanische Jola in diesem Werke gegeben hat, redifiziert die Ausgabe, die dem Dichter sicher neue Verehrer gewinnen wird, volauf.

— Das neueste aus Moskau. Der Einbrecher Ede beantragt zu seiner Entlastung, alle Personen zu vernachlässigen, denen von seinem Diebstahl nichts bekannt ist. Da der Vorsitzende Bedenken erhebt, beantragt Ede, den Polizeipräsidenten als Sachverständigen für diese Beweisart zu laden.

— Schachnachrichten. In unserer letzten Schachspalte ist als Sieger in dem von W. A. Sch. Al. veranstalteten Blindlingspiel Wilson aufgeführt, tatsächlich hat aber Klose gegen Wilson gesiegt.

Schaffung wird sie unter allen Umständen Schaden haben. (Sehr richtig! links.) Wir werden in der Kommission eifrig mitarbeiten. So, wie der Entwurf jetzt gestaltet ist, kann die große Mehrheit meiner Freunde ihm nicht zustimmen. (Bravo! links.)

Abg. Frhr. v. Kamp (Sp.): Würde die süddeutsche Industrie wirklich durch die Vorlage geschädigt, so würde die Vorlage im Bundesrat nicht einstimmig angenommen werden sein. (Rufen links.) Wir erblicken in der Abgabefreiheit der großen Ströme ein ganz unberechtigtes Privileg. Es ist anerkannter Grundsatz, daß jeder belastet wird nach Maßgabe der wirtschaftlichen Vorteile, die er von einem Unternehmen hat! Meine Freunde stimmen bis auf wenige Ausnahmen der Vorlage zu. Viel zu umständlich ist nur der geplante Verwaltungsapparat; wie ist der Verwaltungsausschuß des Strombauverbandes und seine Beiräte überhaupt verfassungsgemäß gebildet?

Preussischer Eisenbahnminister v. Breitenbach: Daß eine große Mehrheit dieses Hauses den Grundlagen des Entwurfs geneigt ist, erfüllt uns mit Freude. — Den Vorwurf, daß das preussische Kanalgesetz gegen die Reichsverfassung verstößt, weise ich mit Entschiedenheit zurück. — Herr v. Kamp wunderte sich über die Einstimmigkeit im Bundesrat. Der nationale Gedanke hat die Bundesstaaten veranlaßt, einmütig und einheitlich vorzugehen und sich gegenseitig Konzessionen zu machen, um dieses Gesetz, das eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist, durchzuführen.

Abg. Vogt-Hall (wirtsch. Bg.) erklärt, daß der größte Teil seiner politischen Freunde der Vorlage sympathisch gegenüberstehe.

Abg. Dr. Müller (Eis.): Die Einstimmigkeit im Bundesrat ist bekanntlich nur durch weitgehende Konzessionen auf dem Gebiete der Aufregulierungen gegenüber den süddeutschen Staaten erzielt worden. Da diese Konzessionen im Bundesrat nicht vertreten ist, hat man uns als quantitas negligible (unbedeutende Größe) behandelt. Man hat uns mit Württemberg gleichgestellt, wie beamteten aber mindestens die gleiche Vertretung wie Bayern und Hessen. Sollte in der Kommission unseren Wünschen nicht entgegengekommen werden, würden wir gegen das Gesetz stimmen.

Abg. Dr. Grégoire (Eis.) beklagt es, daß nicht auch die Bildung von Verbänden für die Mosel- und Saarkanalisierung vorgehen ist. Dieser Kanalbau war vor 1870 schon von den Franzosen in Angriff genommen.

Minister v. Breitenbach bestritt, daß die preussische Regierung nur aus fiskalischen Gründen zurzeit gegen die Mosel- und Saarkanalisierung sei. Der Grund liege vielmehr darin, daß das größte preussische Industriegebiet sich dagegen ausgesprochen habe, und ebenso das zweitgrößte, das oberschlesische.

Die Weiterberatung wird verlagert auf Dienstag 1 Uhr. Schluß 6/4, Uhr.

Gerichts-Zeitung.

Die Verordnungsverordnung gegen einen sozialdemokratischen Gesangsverein.

Der sozialdemokratische Gesangsverein in Jährze hielt gewöhnlich seine Liederkunde des Sonntags im Gewerkschaftshaus ab. Die musikalische Leitung hatte Herr Weizsäcker. Er gab mit der Violine den Ton an und begleitete damit auch die einzelnen Stimmen beim Singen. Das blieb längere Zeit unbeanstandet. Auf eine Anzeige hin stellte die Behörde fest, daß die Töne der Violine und der Gesang etwa 30 Meter weit auf der Straße zu hören waren. Darauf wurden der Musiklehrer Weizsäcker und der Vorsitzende Jakob als derjenige, der die Liederkunde aberraumt hatte, in zweiter Instanz von der Strafkammer Gleichwohl zu einer Geldstrafe verurteilt, und zwar wegen Uebertretung folgender Bestimmung der Verordnung über die äußere Heiligkeit der Sonn- und Feiertage:

„An Sonn- und Feiertagen sind während der Zeit des Hauptgottesdienstes alle Musikaufführungen, Schauspieltänze, theatralische Vorstellungen einschließlich der Proben dazu . . . verboten.“

Die Strafkammer nahm an, daß es sich hier um Musikaufführungen beziehungsweise um Proben dazu handele. Das Verbot sei rechtmäßig, soweit es sich um Musikaufführungen und Proben dazu handele. Alle Theaterproben könnten allerdings nicht verboten werden, da es auch Theaterproben gebe, von denen das allgemeine Publikum nicht merke, und solche auf Grund der Habsburgerordnung von 1887 erlassene Vorschriften nur zum Schutze der äußeren Heiligkeit der Sonn- und Feiertage erlassen werden könnten. Sie könnten sich also nur gegen öffentlich in die Erscheinung tretende Vorgänge richten. Mit Musikproben sei es etwas anderes, Musikproben und Musikaufführungen traten immer öffentlich in die Erscheinung.

Die Angeklagten legten Revision ein. Sie machten geltend, daß die Verordnung infolge ungenügender sei, als sie Musikaufführungen und die Proben dazu betrafte. Im übrigen aber sei die Verordnung auch unrichtig angewendet worden. Der sozialdemokratische Gesangsverein in Jährze veranstaltete nie Musikaufführungen und seine Proben könnten demzufolge auch keine Proben zu Musikaufführungen sein. Ferner seien Gesangsufführungen keine Musikaufführungen.

Der Vertreter der Oberstaatsanwaltschaft schloß sich dem an, daß Gesangsufführungen keine Musikaufführungen seien, meinte aber, es könnte eventuell eine andere Bestimmung in Frage kommen.

Das Kammergericht hat dieser Tage das Urteil der Strafkammer auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung an die Strafkammer zurück, aber nur deshalb, weil das Urteil nicht ausdrücklich festgestellt hatte, wann in Jährze die Zeit des sonntäglichen Hauptgottesdienstes beginnt und endet. In der Hauptsache erachtete das Kammergericht die Entscheidung für fehlerfrei. Es sieht auf dem Standpunkt, daß allerdings ein allgemeines Verbot von Theaterproben zur fraglichen Sonntagszeit aus den vom Landgericht angeführten Gründen ungenügend sei. Dagegen hält es die Bestimmung über Musikaufführungen und Proben dazu für rechtmäßig. Mit Recht seien auch von der Strafkammer Gesangsufführungen als Musikaufführungen angesehen worden. Gesang sei eben auch Musik. Hier handele es sich um einen Gesangsverein, der seine Proben abhielt, und die Revision hätte gleich zurückgewiesen werden müssen, wenn nicht noch die genaue Feststellung nachzuholen wäre, daß es sich wirklich um die Zeit des Hauptgottesdienstes handelte. — Das Kammergericht nimmt ferner an, daß Musikaufführungen im Sinne der Verordnung nicht bloß öffentliche Aufführungen sind, sondern auch solche, die die Mitwirkenden zu ihrem eigenen Vergnügen machten.

Bonner Borussen und Bauhilfsarbeiter.

Zum Vergleich mit der Behandlung der Bonner Borussen regt eine Verhandlung vor dem Darmstädter Schwurgericht an. Der Bauhilfsarbeiter Stuppert hatte an einem Sonntag im Juli bei einem Ausflug tüchtig dem Alkohol zugesprochen. Auf einem Bahnhaf der von Soest abgehenden Kleinbahn wollte der angetrunkenen Mann den Zug besteigen, als er noch rangiert wurde. Die Schaffner zogen den Arbeiter zurück, dieser wollte trotzdem einsteigen, der Stationsbeamte wurde beschimpft, und es wurde ihm Widerstand entgegengesetzt. Später soll der Arbeiter dann drei große Steine auf die Schienen der Kleinbahn gelegt haben. Ein Reuge hat ihn gesehen, wie er an einem auf den Schienen liegenden Stein hantelte. Vor dem Schwurgericht stellten diese Jungen fest, daß der Angeklagte stark angetrunken war und gekramelt hat. Selbst will er von der Sache gar nichts wissen, da er betrunken gewesen sei. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten des Widerstandes, der Beleidigung und der vorsätzlichen Beschädigung eines Eisenbahntransportes schuldig. Das Gericht erkannte auf 1 Jahr 2 Monaten Zuchthaus und 50 Mark Geldstrafe. Zwei Monate sollen durch die erlassene Untersuchungshaft als verübt gelten. — Die Geschworenen wollen ein Unabgeschuß unterlassen. — Ein Unglück war nicht entgangen, da die Steine gleich entfernt worden waren. Damit vergleiche man die Handlung der Bonner Borussen und die Art der gegen sie anhängig gemachten Anklage und der über sie verhängten Strafe. Diesmal war es ein simpler Bauhilfsarbeiter, der im Alkoholaufsch die Tat ging, damals Studenten. Diesmal ein einzelner, damals eine zusammengesetzte Menge des feindlichen

Korps. — Wie heißt es doch in der Verfassungsurkunde? Jeder Preuze ist vor dem Gesetz gleich.

Die Mißhandlung eines Kindes.

welches später durch eine grobe Nachlässigkeit der Pflegemutter den Tod durch Verbrühen fand, hatte gestern vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I ein gerichtliches Nachspiel. Wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung und mittels gefährlichen Werkzeuges war die Wärtnerin Auguste Menzel, geb. Schimandtz angeklagt. — Bei der Angeklagten, die mit ihrem Ehemann in der Danziger Straße 21 wohnhaft war, befand sich die fünfjährige Vertraut Joluis in Pflege. Der Ehemann Menzel soll dem Kinde sehr zugetan gewesen sein, da die eigene Ehe kinderlos war. Anders die angeklagte Ehefrau. Sie mißhandelte das Kind in der grausamsten Weise durch Schläge, Festbindungen und abwechselnd durch Behandlung mit eiskaltem oder brühendem heißem Wasser. Trotzdem unter den Hausbewohnern die Meinung bestand, daß das Kind langsam zu Tode gequält wurde, fand leider niemand den Mut, der Polizei oder dem Verein zum Schutze der Kinder vor Ausbeutung oder Mißhandlung Mitteilung zu machen.

In der Nacht zum 18. Juli wurde Dr. A. in die Wohnung der Angeklagten gerufen. Als er nach wenigen Minuten dort eintraf, fand er das Kind bereits tot vor. Bei der Untersuchung zwecks Feststellung der Todesursache entdeckte Dr. Abrahamsohn, daß auch jetzt noch die Hüfte der Leiche mit einem Tuche zusammengebunden waren und zwar so fest, daß Dr. A. die Hüfte durchschneiden mußte. Der Arzt stellte fest, daß als Todesursache eine Verbrennung dritten Grades in Frage kam, welche nach Angabe der Angeklagten auf folgende Weise entstanden war. Sie habe am 11. Juli Wäsche gehabt und in der Küche ein Waschfaß mit heißer Seifenlauge stehen lassen. Während sie auf dem Boden Wäsche aufhing, müße das Kind wohl durch einen Fehltritt in die Wanne getreten sein. Sie habe das Kind noch in der Wanne liegend aufgefunden, in das Bett gelegt und mit Zinksalbe und Kartoffelmehl eingerieben. Einen Arzt habe sie nicht gerufen, da sie die Verbrennung für nicht so schlimm gehalten habe. — Die Staatsanwaltschaft ordnete s. Z. die Verhaftung der Angeklagten an, da der Verdacht aufgetaucht war, daß sie das Kind absichtlich in die Wanne gestochen habe. Dies ließ sich jedoch nicht feststellen, wiewohl die Hüfte gefesselt waren. Es wurde nur Anklage wegen fahrlässiger Tötung erhoben. — Staatsanwalt-Arzt Dr. Jacoby beantragte mit Rücksicht auf die überaus hohe und unumhüllliche Behandlung, welche die Angeklagte einem todtlosen Kinde habe angedeihen lassen, eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren. Das Gericht erkannte nur auf 1 Jahr und 10 Monate Gefängnis — eine außerordentlich milde Strafe, wenn man überhaupt die Angeklagte für zurechnungsfähig hielt.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frauen und das Kurpfuschereigeseß.

Der neue Entwurf eines Gesetzes gegen Mißstände im Heilgewerbe, kurz Kurpfuschereigeseß genannt, enthält eine Reihe von Bestimmungen, die die Frauenwelt direkt angehen.

Die Zahl der nicht approbierten Krankenbedandler wird im Gebiete des Deutschen Reiches auf etwa 12 000 geschätzt; unter diesen entfällt eine große Zahl auf die Kurpfuscher im engeren Sinne, d. h. auf solche Personen, die ihr Gewerbe in schwindelhafter Weise, unter Ausnutzung der Unwissenheit oder Unerfahrenheit ihrer Kunden oder in einer deren Leben und Gesundheit gefährdender oder schädlicher Weise betreiben. Die Ausübung des Heilgewerbes durch nicht approbierte Personen soll künftig nicht ganz verboten werden. Man will sie im allgemeinen nur schärfer kontrollieren und schwindelhafte Klame sowie den Vertrieb von Arzneien durch diese Heilbesessenen unterliegen. Ein radikales Verbot der Behandlung durch Kurpfuscher soll bei gemeingefährlichen Krankheiten, Geschlechtsleiden und Krebs erfolgen. In der Begründung zu dem Gesetze heißt es: „Es lehnen vor allem die beklagenswerten Fälle wieder, in denen Krebskrankheiten der weiblichen Geschlechtsorgane, besonders der Brüste und der Gebärmutter, so lange seitens der Kurpfuscher entzogen werden, bis auch das Eingreifen des Arztes keine Rettung mehr zu bringen vermag, obwohl eine Heilung des Krebses erfahrungsgemäß bei rechtzeitig beginnender, richtiger Behandlung sehr wohl möglich ist.“

Bekannt ist die unheilvolle Rolle, die die Kurpfuscher bei dem Verbrechen der Abtreibung und der Tötung leidendes Lebens spielen. Es kommt auch vor, daß die Abtreibung der ungewollte Erfolg einer zu anderen Zwecken eingeleiteten Behandlung, z. B. einer falsch angewandten Massage sein kann.

Von den traurigsten Folgen ist meistens die Tätigkeit der Kurpfuscher in der Geburts- und Heilung begleitet. Sie haben nicht selten den Tod der Kreißenden auf dem Gewissen. Der § 11 des neuen Entwurfs bedroht mit Geldstrafe bis zu 100 M. oder mit Haft den, der gegen Entgelt bei einem Menschen Geburtshilfe leistet, ohne dazu staatlich anerkannt zu sein. Wir fürchten nur, mit diesem Verbot wird wenig ausgerichtet werden, weil der Staat selber es war, der diese Spezies des Kurpfuschertums großgezogen hat. Wenn es in dem Entwurf heißt, daß in manchen Gegenden, zumal im Osten des preussischen Staatsgebietes, mehr als die Hälfte der Geburten von Heilbesessenen besorgt werden, so handelt es sich hier um die logische Folge eines Notstandes, den der Staat verschuldet. In diesen dünn besiedelten, von einer unglücklich armen und rückständigen Bevölkerung bewohnten Gegenden des Ostens fehlt es bis heute an gebildeten Hebammen. Hier müßte seit langem staatliche Hilfe eingreifen, um den Mittern des Volkes die aller- notdürftigste sachliche Fürsorge bei der Geburt zu sichern und dem Heilbesessenen den Boden zu entziehen. Mörderisch haust hier das Kindbettfieber. In manchen sehr armen Kreisen des Ostens ist die Sterblichkeit der Frauen in der Entbindung fünfmal so groß wie im Durchschnitt für ganz Preußen. So verwerflichen Zuständen auf dem Gebiete der Geburtshilfe läßt sich mit einem Verbot des Heilbesessenen allein nicht abhelfen.

Der neue Gesetzesentwurf richtet sich in einigen Bestimmungen auch gegen den Vertrieb von Geheimmitteln. Dazu zählt er u. a. die Gegenstände, die bei Menschen die Empfängnis verhüten oder die Schwangerschaft beendigen sollen. Der Bundesrat kann den Verkehr mit solchen Gegenständen verbieten oder beschränken. Die Entscheidung hierüber soll von einer besonderen Kommission aus Sachverständigen und Beamten abhängig gemacht werden. Bestimmungen für diese Verbote und Beschränkungen sind volla wirtschafliche Gründe. Durch Anwendung dieser Mittel wird nicht nur die Volksgesundheit geschädigt, sondern auch der Geburtenhäufigkeit entgegen gewirkt. Diese ist schon seit einer Reihe von Jahren unverändert geblieben. Derartige Erscheinungen erfordern ernste Beachtung und schleunige Anwendung geeigneter Abwehrmaßnahmen. Diese hofft man zu finden in einer Erörterung des Verkehrs mit den betreffenden Gegenständen.

Eckremäßig liegt auch die Bestimmung, daß Gegenstände oder Verfahren zur Verhütung von Geschlechtskrankheiten künftig verboten werden sollen. Ein Verbot für die öffentliche Anklündigung von solchen Vorbeugungsmitteln erkennt der Regierungsentwurf nicht an.

Man sieht: der neue Gesetzesvorschlag ist in manchen Teilen recht ansehbar, weil er unlegaren vorhandenen Mißständen mit leinlichen und zum Teil ungelegenen Mitteln entgegenzutreten will.

Katholische Sozialpolitik.

Im Verlage des katholischen Volksvereins zu M. Gladbach erscheint eine Zeitschrift „Frauenwirtschaft“, obligatorisches Organ für die Mitglieder des Verbandes für hauswirtschaftliche Frauenbildung. Wie sehr dieses Organ für die Interessen der Frauen eintritt, zeigt die Nummer, in der folgendes Rezept empfohlen wird:

Goldener Voranschlag

oder wie eine Haushaltungsführerin mit 900 M. Gehalt auskommt. Hast Du in Deinem Haushaltsfonds 900 Mark nur in Bar und Rupend,

Brauchst Du deswegen nicht traurig zu sein, Nichts nur recht Deine Ausgaben ein, Und Du erzielst, daß Du allen zum Trost Besser noch lebst wie manch dämlicher Proß. Wie man dies zu erreichen vermag, Berne an folgendem Voranschlag:

Wohnung.

Wähl' nicht als Wohnung ein Fürstentum, Zieh' unter das Dach, in die himmlische Höh'! Kleitern und Steigen stärkt Herze und Lung', Kergert den Art, hält mager und jung.

Heizung.

Härte Dich ab gegen Feuchte und Frost, Härte Dich ab gegen Wind aus Nordost, Dann genügt des Kachis Dir die Wärme des Betts, Und für den Tag reichen sieben Weisheits.

Beleuchtung.

Nies nicht des Abends allerlei Kobl, Bete im Dunkeln, dann sparst du Petrol, Hände und Löche auf Treppe und Flur, Pänktlich das Licht nach dem Schlage der Uhr.

Wäsche.

Erbswürst von Knorr oder Hohenloß' Kostet nicht viel, macht kräftig und froh, Und wen ein Hufnagel wenig geniert, W'rade so gut wie im Gaißhaus dienet.

Kleidung.

Nicht nach der Mode im Mantel und Hut, Beides ist teuer und trägt sich nicht gut. Aber Kamelhaar als Krempe und Kleid Gält, ob es regnet und wettert und schnell. Und den Gummischuh hat überholt, Wer sich mit grünendem Leder verholzt.

Und so

Genieße froh, was dir beschieden! Entbehre gern, was du nicht hast! Ein jeder Stand hat seinen Frieden, Ein jeder Stand hat seine Last.

Es mag christlich sein, nach solchem Rezept zu leben, aber ist es auch dumm und kulturwidrig.

Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Potsdam. Dienstag, abends 8 Uhr, bei Wilhelm, Kaiser-Wilhelm-Straße: wichtige Versprechung, die das Erscheinen aller Mitglieder notwendig macht.

Aus aller Welt.

Zusammenstoß zwischen Automobil und Eisenbahn.

Am Sonntagabend ereignete sich bei einem Bahnübergange nahe Berneuchen ein schweres Automobilunglück. Ein der Berliner Motorwagenfabrik gehörendes Automobil, das aus der Richtung von Tiefensee mit großer Geschwindigkeit kam, durchbrach die geschlossene Schranke des östlich vom Bahnhof Berneuchen belegenen Bahnüberganges der Chaussee Freientalstraße—Berlin in dem Augenblick, als der vom Bahnhof Berneuchen um 9 Uhr 47 Min. abgefahrne Personenzug den Ueberweg besuhr. Das infolge Anpralles an den Schrankenbaum beschädigte Automobil wurde von der Lokomotive erfasst und in den Bahngraben geschleudert, wobei von den vier Insassen der Prokurist Otto Stamer aus Reinickendorf tödlich verunglückte, der Chauffeur Karl Eigen aus Berlin und der Lithograph Theodor Kaiser aus Reinickendorf Kopfverletzungen davontrugen. Unverletzt blieb der Kaufmann Bruno Bartisch aus Charlottenburg.

Heberfall auf ein Postamt.

Maskierte Bayern drangen in das Postamtgebäude zu Pushtenari in Ungarn ein und ermordeten den Postamtsvorsteher. Dann raubten sie die vorhandenen Postmittel im Betrage von 140 000 Fr. sowie eine große Partie von Briefmarken. Die Frau des ermordeten Beamten sprang in ihrer Angst aus dem Fenster in den Hof hinab und wurde am anderen Morgen tödlich verletzt aufgefunden. Den Räubern ist es gelungen, zu entkommen.

Von der Brandkatastrophe in Newark.

Bei dem in unserer Sonntagsnummer gemeldeten Brande einer Kartonnagenfabrik in der amerikanischen Stadt Newark, haben sich entsehlige Szenen abgespielt. Ein gerettetes Mädchen erklärte, es habe gesehen, wie manche Arbeiterin von den nachdrängenden Kameradinnen von der Feuerleiter gestossen wurde und zu Tode stürzte. Sechs Mädchen sprangen zugleich in ein von der Feuerwehr aufgehaltenes Sprungtuch, alle waren sofort tot; mehrere Mädchen sind an ihren Nähmaschinen verbrannt, andere totgetreten worden. Bei den Aufräumarbeiten stieß die Feuerwehr vor dem Fenster, an dem die Rettungsleiter angebracht war, auf einen Haufen von 20 verkohlten Frauenleichen. Die Mädchen konnten die Rettungsleiter nicht mehr benutzen, weil ihnen aus den unteren Stockwerken die Flammen entgegen schlugen. Die Brandursache ist in einer Explosionsexplosion zu suchen. Der mit Maschinöl getränkte Boden und das Pappschachtelmaterial brannte wie Zunder.

Beim Rodeln verunglückt.

Dem Rodelsport zum Lohr fielen am Sonntag zwei Insassen eines mit vier Leuten besetzten Rodelschlittens. Der von den Bergen bei Trabanc-Trarab herabstausende Schlitten schob in die hochgehende Mistel. Während sich zwei der jungen Leute retten konnten, extranken die beiden andern.

Kleine Notizen.

Bergmanns Los. Auf der Joch „Kima“ bei Selsenkirchen wurden am Sonntagabend zwei Heuer durch Strohendruck abgeschitten. Bis Montag haben sie noch kein Lebenszeichen von sich gegeben. Da man die Stelle, an der sie sich befinden, nicht kennt, besteht wenig Hoffnung, die Unglücklichen lebend aus Tageslicht zu bringen.

Eisenbahnzusammenstoß. Auf der Westerwaldbahn stieß am Montagvormittag zwischen den Stationen Friedhofen und Wilfenrot ein Triebwagenzug mit einer entgegenkommenden Lokomotive zusammen. Drei Personen wurden schwer, drei weitere leicht verletzt.

Tödlicher Jagdunfall. Ein Sohn des Wärgenweisers von Rlingenmünster (Walz) stürzte auf einem Jagdausflug infolge des Glattfalles; das Gewehr entlud sich, eine Schrotladung drang dem jungen Mann in den Unterleib und führte seinen sofortigen Tod herbei.

Feuer an Bord. Ein in Hamburg aus Rußland angereicher englischer Dampfer hatte auf der Reise Feuer an Bord. Drei Mann der Besatzung sind durch den Rauch erstikt.

Ein heftiger Sturm auf dem Rapsischen Meer hat in der Ortschaft Virjutiatalossa über 50 Häuser unter Wasser gesetzt. Zur Hilfeleistung ist ein Regierungsdampfer abgegangen.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Stenauer Viertel. — Bezirk 348,
Teil I.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unsere Genossin
Fräulein Anna Sachs
Kosener Straße 6
gestorben ist. 222/12
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, den 30. d. M., nachmittags
3 Uhr, von der Leichenhalle des
Zentral-Friedhofs in Friedrichs-
felde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Rahmen-
macher
Otto Roeder
am 26. November verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 29. November,
nachmittags 4 Uhr, von der Halle
des Zentral-Friedhofs in Friedrichs-
felde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

**Verband der Schneider,
Schneiderinnen u. Wäsche-
Arbeiter Deutschlands.**
(Filiale Berlin I.)
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern geben wir
hiermit bekannt, daß die Kollegin
Anna Sachs
im Alter von 41 Jahren ver-
storben ist. 164/2
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 29. November, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeinde-Friedhofs
in Friedrichsfelde aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Am 26. November verstarb
plötzlich unser lieber Kollege, der
Schriftsetzer 196/1
Oswald Hellmers
im 68. Lebensjahre.
Es werden ihm ein gutes
Andenken bewahren
**Die Setzer
des „Berliner Tageblatts“.**
Die Beerdigung findet morgen
Mittwoch, den 30. November,
nachmittags 3 Uhr, auf dem Dom-
friedhofe, Röhlerstr. 72, statt.

**Verband der Gemeinde-
und Staatsarbeiter.**
Filiale Groß-Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Kollege, der Gasarbeiter
Ferdinand Stirnat
am 19. d. M. und im Alter von
65 Jahren der Wasserwerksarbeiter
Gustav Buch
verstorben sind.
Am 24. d. M. verschied ferner
unser Kollege 203/14
Margarete Krause
im Krankenhaus Roedit.
Ehre ihrem Andenken!

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsjahre Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen und Kolleginnen
zur Nachricht, daß unser Mitglied,
die Arbeiterin
Gertrud Damerow
am 26. d. M. an Blinddar-
menentzündung gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 30. November,
nachmittags 1 Uhr, von der
Leichenhalle des Städtischen Fried-
hofes in der Seestraße aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
126/7 **Die Ortsverwaltung.**

**Verband der Fabrikarbeiter
Deutschlands.**
Am Freitag, den 25. November,
verstarb an den Folgen eines De-
niehmungsfalles unser Kollege
Robert Renk.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 29. November,
nachmittags 3/4 Uhr, auf dem
Gemeinde-Friedhof in Ober-Schöne-
weide statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
64/7 **Die Ortsverwaltung.**

Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 27. November,
verstarb plötzlich meine Frau
Marie Prostak
geb. **Berlinsky.**
Dies zeigt hiermit tiefbetrübt
an mit der Bitte um stille Teil-
nahme 204/66
Albert Prostak, Henschstr. 14.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch 2. Uhr von der Leichen-
halle des St. Sebastian-Friedhofes,
Dumboldstraße, aus statt.

Am Montag, den 28. November,
entschlief sanft mein innigstgeliebter,
unvergesslicher Mann, unser treu-
sorgender Vater, der Gastwirt
August Lange
im noch nicht vollendeten 60. Le-
bensjahre.
Dies zeigen in tiefer Betrüb-
nis an allen Freunden und Be-
kannnten 205/15
Emille Lange
nebst Kindern,
Reimendorfer Straße 42.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 1. Dezember,
nachmittags 1/2 Uhr, vom Ge-
nossenschafts-Krankenhaus, Große Ham-
burger Straße, aus statt.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und reichen Kranzspenden
beim Heimgange meiner lieben Frau,
unserer guten Mutter und Großmutter
Alma Ehringshausen
sagen wir hiermit allen Verwandten,
Freunden und Bekannten, insbesondere
dem Wahlverein des vierten Kreises
herzlichsten Dank. 1926/4
Im Namen der Hinterbliebenen
Rud. Ehringshausen.

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Segel-
macher
John Meyer
am 17. November im Alter von
39 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
52/16 **Die Bezirksverwaltung.**

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die reichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Mannes und guten Vaters
Otto Schmidt
sagen wir hiermit allen Verwandten
und Bekannten, dem Metallarbeiter-
verband, dem 6. Wahlverein, dem
Vorterrverein „Aut Treff“, den
Wahlkreis und Kollegen der Firma
Hr. Peters Nachf. und dem Personal
der Betriebswerkstatt und Maschinen
der S. V. W. unsern herzlichsten Dank.
Hedwig Schmidt und Sohn.

**Verein Berliner
Buchdruck - Maschinenmeister.**
Den geehrten Mitgliedern zur
Nachricht, daß am Freitag, den
25. November, unser Kollege
Otto Dergmann
nach kurzer Krankheit verstorben ist.
Sein Andenken werden wir in
Ehren halten!
Die Beerdigung hat am Montag
in Friedrichsfelde stattgefunden.
293/13 **Der Vorstand.**

Sage allen Kollegen für die her-
liche Teilnahme bei der Beerdigung
meines lieben Mannes meinen her-
lichen Dank. 203/66
Witwe Kiekmann u. Kinder.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise inniger
Teilnahme und reichen Kranzspenden
bei der Beerdigung meines lieben
unvergesslichen Mannes sage ich der
Direktion der Schulheiß-Druckerei,
allen Verwandten und Bekannten
und Mitarbeiterinnen meinen verbind-
lichsten Dank. 1927/2
Johanna Gleißmann,
Witwe.

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme bei der
Beerdigung meines innigstgeliebten
Mannes, unseres guten Vaters,
Bruders, Schwagers und Onkels sage
ich allen Verwandten, Freunden und
Bekanntem, unter anderem dem Gefan-
genverein „Kreuzberger Harmonie“ sowie
dem Metallarbeiter-Verband, den Ge-
nossen des 2. Wahlkreises und den
Kollegen der Firma Schwieler & Gräff
hiermit unsern tiefgefühlten Dank.
Witwe Schürcke nebst Kindern.

Hosen-Woche

Schluß morgen! Schluß morgen!

**Extra billige Angebote
zum Weihnachtsfeste!**

Satz 1 Hosen	dunkelgestreifter Bockskin	2.95 Mk.
Satz 2 Hosen	schwarz Satin-Kammgarn und gestreift, sehr haltbar	5.90 Mk.
Satz 3 Hosen	dunkelgrün gestreifter Cheviot	8.60 Mk.
Satz 4 Hosen	elegante Kammgarn- streifen	9.70 Mk.
Satz 5 Hosen	vornehm gestreifte Rohhose	13.50 Mk.
Satz 6 Hosen	prima Kammgarn in vielen Mustern	17.50 Mk.

Schlanke, sehr lange, sehr weite Hosen

Baer-Sohn
Kleider-Werke

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Preis-Katalog No. 40 u. der Haupt-Katalog No. 41 kostenfrei.

Uhren- u. Möbel-Kredit-Haus
Carl Barthel Inhaber
Joachim Hochmuth
Berlin O. 34, Zorndorfer Str. 54.
In neuen, modern eingerichteten Räumen.
Separate Abteilungen für
**Uhren, Goldwaren, Sprechmaschinen und
Platten sowie komplette Wohnungs-Einrichtungen, bunte
Küchen, einzelne Möbel, Spiegel, Polsterwaren, Teppiche
Gardinen, Tischdecken usw.**
Alles auf bequeme Ratenzahlungen bei billigsten Preisen.
Am VII 7589.

Die beste Küche für Hochzeiten finden
Sie in den
Sophien-Sälen u. Pracht-Sälen Alt-Berlin
C. 54, Sophienstr. 17/18 Blumenstr. 10
Tel. III. 9783. Inhaber: **Paul Baatz.** Tel. VII. 3095.
20 Säle und Vereins-Zimmer mit modernen Bühnen,
50-1500 Personen fassend, an Sonnabenden und Sonntagen
noch frei. 1484 L.

Sarg-Magazin
22 Jahre best. sicheres Gelingen, Nähe
Kantons- u. Standesamt, in Verlehrs-
straße 37, J. Kont., wegen Reinlichkeit
zu verkaufen. Nichtschmerzhaft wird an-
genommen. Agenten unerschäftigt. Objekt
unter **M. 6483** bei **Daupe & Co.,**
Jerusalemstr. 53/54. 197/10

**Vorwärtsleser!
Aufgepaßt!**
Prinzen-Handschuhe, Prinzen-
strasse 34, 1 Treppe (kein
Laden),
Monatgarderobe
und verlässliche Händler, für jede
Figur passend, bestehend in Winter-
paletots von 8-25, Anzügen von
10-25, Hosen von 2.50 an, Betten,
Bänke, Gardinen, Portieren,
Teppiche, Goldschalen, Uhren,
Ketten, Ringe, Feig-Stelae, im
Verlag verfallen, sammt billig
Kamouren-Parapetier erhält Hoch-
preis. Prinzen-Handschuhe, Prinzen-
strasse 34, 1 Treppe (groschen
Mittlerstraße und Woytchplatz).

Syphilis-Nachweis
in allen frischen u. veralteten, zweifelhafte
Fälle durch wissenschaftl. Untersuchung,
sicher; bezgl. Garm. (bes. auf Gon-
orrhoe-Fäden) u. Sputum-Analysen.
Dr. Homayr & Co., Spezial-Laborat.,
Friedrichstr. 189, am Kronen- und
Robrenstraße, I. 8734. Berl. Räderstr.
bist. u. Postl. Gedruckt von 8-8
Sonntags von 12-1.

Sofort Bar Geld für sämtliche Gewinn-
Lose der kgl. preussischen Klassenlotterie
zu haben. Ziehung bis 8. Dezember 1910.
Alle erlaubten Lose habe stets vorrätig.
Karl Gehrle, Lotteriegeschäft,
Dresdener Str. 5, am Kottbuser Tor.

Rheumatismus
Wicht. Gliederreihen, Ver-
renschmerz, Hüftweh, Ge-
schwulst usw. sind oft unheilbar,
baber gebrauche man sofort
Reichels
„Electricum“
(Gutes Nichtenadel-Wald-
wollöl) ein reines, unschädliches
Naturprodukt von kräftig durch-
greifender, nachhaltiger,
wehntend schmerzstillender
Wirkung. — Flasche M. 1.-
u. M. 2.-. In den meisten
Drogerien; wo nicht, durch
Otto Reichel, Berlin 43,
Eisenbahnstraße 4.
Unwirksamer Nach-
ahmungen wegen nehme man
nur das echte „Electricum“
und nichts anderes dafür.

Begen viele Hautleiden wie
juckende Dermatozen, Schuppen-
Flechte
(Poriasis), Seborrhoe des
Kopfes und Gesicht, Hautjucken,
einfache, eitrige und entzündliche
Necar (Weichtüffel), Furunkulose,
Juckhölle, Prurigo der Kinder,
Aren, Ekzeme (juckende Hautleiden)
usw. verwendet Dr. med. S.
Friedlarski I. Qual. mit bestem Er-
folg **Ruders Patent-Weichsalb**,
Seife, 6 Stk. 50 Pf. (15%ig) und
1.50 M. (25%ig, härteste Form), im
Vertrieb mit **Juchacz-Creme** 75 Pf.
und 2 M. in Berlin in **Verdro-
Drog.** (Kroth. S. Krause), Brand-
allee 120, C. Schütz, Chausseestr. 57,
Gussow Schütz, Köpenickerweg, Wälder-
straße 166a, **Cito Blüher, Prinzen-
allee 29, in Rixdorf: Drogenhaus
Rieckert**, sowie in sämtl. Apoth.,
Drog. u. Parfüm. Nichts anderes
aufred. lassen. Es gibt dafür keinen
Verlag!

**Chick u.
elegant**
Kleidet man sich b.
Schneidemeister
M. Katz,
Dresdener Straße 76
gegen Teilzahlung v.
monatlich M. 10.00 od.
wöchentlich M. 2.50
nach Maß in künst-
lerischer Passform.
Engl. Jacketanzug 58 M.
Smoking-Anzug . . 72 M.
Gehrock-Anzug . . 78 M.
Paletots und Uster von
55 M. an.

Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Reste! Moquette.
Pflüsch-Satteltaschen.
Muster bei näherer Angabe
franko.
Emil Lefèvre, Berlin, 150.

5 Proz. Rabatt
bei Vorzeig. dieses Inserats

Für Damen
Aus meinem
Engrös-Lager.
Einzel-Verkauf
nur v. 12-8 Uhr
Dies enorm
billigen Preise
haben bis Sonntag
den 4. Dezember
Geltung!

**Schwarze Jacketts u.
Frauen-Mäntel** aus
prima
Eskimo u. Astrachan
Stoffen, Ladenwert
bis 40 M., jetzt
bei mir
18⁰⁰ 18⁰⁰ und 25⁰⁰ M.
Eleg. blaue Kammgarn-Kostime
Ladenwert bis 50 M.,
etst bei mir 17⁵⁰ u. 25⁰⁰ M.
Engl. Paletots aus blauen und
engl. Stoffen,
Ladenwert bis 30 M., jetzt
bei mir 8⁵⁰ 12⁰⁰ und 17⁵⁰ M.

Kinder-Paletots aus
prima Eskimo in allen Farben
und Längen enorm **billig.**

Kein Laden.
Sannt geöffnet. Fahrg. ersetzt

H. Heymann
parterre, Grüner Weg 48
(an der Koppenstraße).
Fahrgel. gegenhalt: Elektrische
Bahnen Nr. 1, 3, 6, 14, 22,
31, 46, 76, 78, 79.

Monats-Garderobe!
Die besten Winter-Paletots
und Mäntel für Herren, Smoking-
Anzüge, Frackanzüge, sowie von
Kavalieren getragene, fast neue
Sachen, für jede Figur passend, in
größer Auswahl zu unüberhohen
billigen Preisen.
1 Treppe, deshalb billiger wie im
Laden. 134/11
Hirsch Kieferbaum, Wasserstr.
straßen 12/13 I
(früher Weinstr. 33).

Schneiderei
für elegante
Herren-Moden
Fertig und nach
Maß. — Garan-
tie für tadellosten
Sitz und beste
Verarbeitung. Auf
Teilzahlung
Wochenrate von
1 Mk. an.
J. Kurzberg
Rosenthalerstr. 40
direkt am Haken-
schen Markt, im
Laden u. I. Etage.

1 Mark
wöchentliche
Teilzahlungen
liefern elegante
fertige
**Herren-
Garderoben**
Ersatz für Maß
Anfert. u. Maß
Tadellos auf
Julius Fabian
Schneidernstr.
Große Frank-
furterstr. 37 II
Eingang Straus-
berger Platz.
II. Geschäft:
Turmstr. 18
nur erste Etage,
kein Laden.

Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten, 6612
jetzt Oranienstr. 139, gegenüber
Kronenbantenstraße.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12

Hygienische
Bedarfsartikel, Neues Katalog
Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. f. d.
H. Ungar, Gesundheitsrat
Berlin NW, Friedrichstraße 129

Die Moabiter Vorgänge vor Gericht.

Dreizehnter Tag.

Gestern trat das Gericht in die Erörterung der einzelnen Anklagefälle

ein. Vor Beginn der Verhandlung bemerkte Rechtsanwalt Meine: Dem Angeklagten Raschut sei eine Ladung zum heutigen Termin nach seiner Wohnung zugestellt worden, obwohl er sich in Untersuchungshaft befindet, aus der er trotz des Antrages des Verteidigers nicht entlassen worden ist.

Die Beweisaufnahme beginnt mit einem Falle, an welchem die Angeklagten

Liedemann und Merten

beteiligt sind. Der Zeuge Karus, der während des Streiks bei der mit Kupfer u. Co. in Verbindung stehenden Firma Karstadt arbeitete, gibt an, er sei am 20. September mit einem Kohlenwagen von dem Platz in der Poststraße gefahren. 20-30 Streikende seien dem Wagen gefolgt. An der Potsdamer Straße hätten Streikende die Pferde anspannen und die Schärpe des Wagens hochziehen wollen, sie seien aber durch Schuppleute daran gehindert worden. Als der Wagen auf dem Winterfeldplatz ankam, sei die Zahl der ihn begleitenden Streikenden durch Straßenpassanten auf etwa 50 angewachsen. Auf dem Winterfeldplatz hätten Steine von Kanalarbeitern geworfen. Aus der Menge sei mit diesen Steinen nach ihm geworfen, er sei auch geschimpft worden. Er sei dann nach Schöneberg gefahren. An der Apostel-Paulus-Kirche habe er durch einen Schuymann die beiden Angeklagten Liedemann und Merten festnehmen lassen. — Ob gerade die beiden Angeklagten sich am Werfen und Schimpfen beteiligten, kann der Zeuge nicht sagen. Auf Veranlassung des Ersten Staatsanwalts wird ihm vorgehalten, er habe vor dem Untersuchungsrichter ausgesagt, die beiden Angeklagten hätten geschimpft und geworfen. — Der Zeuge wird hierauf schwankend. Er meint, vor dem Untersuchungsrichter habe er die Wahrheit gesagt. Aus der weiteren Befragung des Zeugen ergibt sich, daß er sich heute nicht mehr mit Sicherheit entsinnen könne, ob sich die beiden Angeklagten an den Ausschreitungen der Menge beteiligt haben. Der Erste Staatsanwalt bemerkt sich, durch diese Fragen eine die Angeklagten belastende Andeutung aus dem Zeugen herauszubringen. Der Zeuge kann aber nichts weiter sagen, als daß aus der Menge geworfen und geschimpft worden sei.

Suggestivfragen.

Nachdem der Zeuge diese Angabe gemacht hatte, fragt ihn der Erste Staatsanwalt: Nun sagen Sie doch mal, welche Schwimmschwämme die Angeklagten gebraucht haben? — Rechtsanwalt Heinemann protestiert gegen diese Art der Fragestellung. Er verweist darauf, daß der Zeuge ja gar nicht gesagt hat, die Angeklagten hätten geschimpft. Der Verteidiger erludt den Vorliegenden, solche Suggestivfragen an die Zeugen nicht zuzulassen.

Der nächste Zeuge, der zu diesem Falle vernommen werden soll, ist der Vater des Angeklagten Pfister, der aber an dem Falle Liedemann-Merten nicht beteiligt ist. — Die Verteidiger werfen die Frage auf, ob dieser Zeuge seine Aussage verweigern darf, weil es sich doch um eine gemeinsame Anklage handelt, wenn auch der Sohn des Zeugen an dem vorliegenden Einzelfalle nicht beteiligt ist. — Das Gericht beschließt, daß der Zeuge kein Recht der Zeugnisverweigerung hat, weil sein Sohn an dem vorliegenden Falle nicht beteiligt ist. — Der Zeuge Pfister gehörte zu den Streikenden. Der Erste Staatsanwalt fragt ihn, ob er vor dem Untersuchungsrichter gesagt habe, er habe sich nur aus Furcht vor Prügel am Streik beteiligt. — „Nein“ — sagt der Zeuge — „das habe ich nicht gesagt, es ist auch nicht wahr. Ich habe gestreikt, weil ich mehr Lohn haben wollte.“ Dieser Zeuge sowie einige andere wissen auch nichts von einer Beteiligung der Angeklagten.

Zweiten Anklagefall

ist Liedemann ebenfalls beteiligt, außer ihm der Angeklagte Raschut.

Als Zeuge in dieser Sache wird ein junger Mann aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Anscheinend gehört er zu denen, die demnächst vor dem Schwurgericht abgeurteilt werden sollen. Dieser Zeuge ist festgenommen worden, als aus einer Menschenmenge in der Siedingstraße auf einen Kohlentransport geworfen wurde. Der Zeuge sagt, es sei um die Mittagszeit gewesen, als die Arbeiterinnen der A. G. auf der Straße standen. Da seien die Kohlenwagen gekommen, die Menge habe gelärmt und mit Steinen geworfen. Die Mädchen hätten am meisten gelärmt. Liedemann sei erst dazu gekommen, als er, der Zeuge, festgenommen wurde. Da habe Liedemann gefragt, was der Zeuge gemacht, und auf die Antwort: Ich soll mit einem Stein geworfen haben, habe Liedemann scherzend erwidert: Dann laß Du mich als Zeugen angeben, ich habe nichts gesehen. Diese scherzhafte Bemerkung ist die Unterlage der Anklage gegen Liedemann, die ihn der Teilnahme an einer Zusammenrottung beschuldigt. Da einige Zeugen in diesem Falle nicht anwesend waren, wurde in bezug auf den Angeklagten Raschut nichts belundet.

Der

dritte Fall

betrifft den Angeklagten Pfister. Er gibt zu, daß er beim Vorbeifahren eines Kohlenwagens „Blut Hunde“ gerufen hat. Das Wort sollte aber nicht den Schuppleuten, sondern den Streikbrechern gelten. — In diesem Falle wird der Kriminalschuymann Dähler vernommen. Er hat den Angeklagten Pfister festgenommen. Rechtsanwalt Rosenfeld macht darauf aufmerksam, daß Dähler, als er vor einigen Tagen beim allgemeinen Teil vernommen wurde, gesagt hat, er sei während der Moabiter Vorgänge immer im Revierbureau beschäftigt gewesen und nur ein- oder zweimal in Begleitung eines Wachtmeisters auf die Straße gegangen. Jetzt stellt sich nun heraus, daß Dähler fast täglich dienstlich auf der Straße tätig war. — Der Zeuge Dähler sucht den Widerspruch zwischen seiner früheren und seiner heutigen Aussage dadurch aufzuklären, daß er sagt, seine früheren Angaben hätten sich nicht auf seine Tätigkeit am Tage, sondern am Abend bezogen.

Der

vierte Anklagefall

betrifft den Angeklagten Litwidski. Er ist von dem Untersuchungsrichter zunächst als Zeuge vernommen worden gegen einen der Angeklagten, die vor das Schwurgericht kommen. Aus seiner Zeugenaussage ist dann eine Anklage wegen Teilnahme an einer Zusammenrottung gegen Litwidski hergeleitet worden. Litwidski behauptet, der Untersuchungsrichter habe ihn nicht darauf aufmerksam gemacht, daß er sein Zeugnis verweigern könne, wenn er sich durch seine Aussage selbst bezichtigen würde. Diese Behauptung gewinnt an Wahrscheinlichkeit dadurch, daß sich die Bemerkung, er sei auf sein Recht der Zeugnisverweigerung aufmerksam gemacht, sich erst am Schluß des Protokolls der Voruntersuchung befindet. — Ueber diesen Punkt wird der Untersuchungsrichter Landrichter Bombe als Zeuge vernommen. Er gibt an, er habe jeden, den er vernommen hat, aufmerksam gemacht, daß er die Aussage verweigern könne, wenn er sich selbst an der Straftat beteiligt habe. Auf eine Frage

des Rechtsanwalts Rosenfeld muß Landrichter Bombe aber zugeben, daß er keinen der Vernommenen darüber belehrt hat, daß schon die bloße Anwesenheit in einer Menschenmenge, aus der geworfen wird, strafbar ist. — Litwidski sagt, er habe sich gar nicht in der Menge befunden, er sei erst dazu gekommen, als ein Steinwerfer (der jetzt vor dem Schwurgericht angeklagte Arbeiter Prommel) festgenommen wurde. Auch die beiden Schuppleute, welche an der Festnahme Prommels beteiligt waren, haben nicht gesehen, daß Litwidski dabei war. Der Vorfall selbst spielte sich in der Kottbuser Straße ab, als ein von vier bis sechs reitenden Schuppleuten begleiteter Kohlenwagen kam. Schuymann Siebrecht, einer von den Begleitern, sagt, die Schuppleute und die Kutscher seien von der Menge mit Steinen geworfen worden. Einige Leute seien an die Kutscher herangegangen, diese hätten dann den Wagen verlassen. Nun hätten die Schuppleute einen Ersatzkutscher vom Kohlenplatz geholt und da sei das Werfen wieder von neuem losgegangen. Prommel, der nach Angabe des Schuymanns Siebrecht geworfen haben soll, ist von einem anderen Schuymann festgenommen worden. Nach Angabe des Schuymanns Siebrecht hat die Menge einen Hagel von Steinen nach dem Kohlenwagen und den begleitenden Beamten entandt. Als aber ein Mann, „anscheinend ein Ordner“ sagte: „Muhig Leute, nicht mehr werfen“, habe das Steinwerfen aufgehört.

Einige inzwischen ersichene Zeugen werden zu den bereits verhandelten Anklagefällen vernommen. Zum ersten Falle, Liedemann-Merten, sagt Schuymann Schubert, er habe den Bogen, hinter dem etwa zehn Mann herkamen, in der Nähe der Apostel-Paulus-Kirche ankommen sehen, die Leute, die dem Wagen folgten, seien fortgelassen, als sie des Schuymanns ansichtig wurden. Der Kutscher des Wagens habe ihm, dem Schuymann Schubert gesagt, er sei von den Leuten geworfen worden. Einige Jungen sagten, einer von den Beteiligten sei in ein Haus gegangen, welches sie bezeichneten. In diesem Hause fand der Schuymann dann den Angeklagten Liedemann und nahm ihn fest.

Wiederere Schuppleute, die noch zum dritten und vierten Anklagefall vernommen werden, können nichts Wesentliches belunden.

Zum

fünften Anklagefall,

an dem der Angeklagte Georg Meyer, ein 16jähriger Laufburische, beteiligt ist, sagt der Zeuge, Schuymann Guseit: Am 24. September seien an einem Kohlenwagen die Stränge der Pferde durchgeschnitten worden. Er, der Zeuge, habe die Pferde nach dem Platz begleitet. Ein aus der jubelnden Menge kommender Steinwurf habe ihn in den Rücken getroffen. Als er sich umschau, sei ein junger Mann in der Menge verschwunden. Der Zeuge habe daraus geschlossen, daß der junge Mann kein reines Gewissen hatte. Dann habe er gesehen, daß derselbe junge Mann noch zweimal geworfen habe. Er habe ihn in der Menge ergriffen, der junge Mann, der mit dem Angeklagten Meyer identisch sei, sei hingefallen, der Schuymann habe zwei Fische von hinten bekommen, er habe dann blank gezogen und den Angeklagten festgehalten.

Der Angeklagte Meyer bemerkt hierzu: „Der Schuymann sagt ja selber, er hat mich gesehen, bei id bei erste Mal gefaschnen habe. An der id nachher zweimal gefaschnen habe, bei id einloch Schwindel.“

Der Vorsitzende rügt es sehr energisch, daß der Angeklagte die Angabe eines Zeugen als Schwindel bezeichnet und macht ihn darauf aufmerksam, daß er wegen solcher Ausdrücke bestraft werden könne. Die Sitzung war damit beendet. Die Verhandlung wird heute 1/2 Uhr fortgesetzt.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 26. November 1910.

Schuh der nationalen Arbeit. — Ausfuhr deutscher Agrarerzeugnisse. — Schädigung der deutschen Konsumenten. — Rohmaterialien-Ausfuhr. — Ein Ruherbeispiel des Schynsollens.

Die Phrase vom „Schuh der nationalen Arbeit“ wird von den entragierten Schynsoll- und Liebesgabenpolitikern stark kultiviert. Das Allgemeinwohl schüßi man vor; es dient als Deckmantel der krassesten Portemonnaieinteressen. Man überträgt die bekannte Spibulententia auf das wirtschaftliche Gebiet. Die große Masse soll nicht merken, daß die „Schuh“-Politik die nationale Arbeit in Wirklichkeit schädigt. Während die Politik der „Schühler“ angeblich die Konsumkraft und die Arbeitsgelegenheit im Inlande steigert, bewirkt sie tatsächlich das Gegenteil. Eine interessante Tatsache für diese Behauptung bietet die Außenhandelsstatistik. Nach der Behauptung ihrer Vater und Verteidiger soll die agrarische Wirtschaftspolitik der inländischen Landwirtschaft nur die Auslandskonkurrenz vom Halbe halten. Nun führt sie aber dazu, inländische Agrarprodukte mit Hilfe von Ausfuhrprämien, die der deutsche Konsument aufbringen muß, in das Ausland zu bringen, das heißt, den ausländischen Verbrauchern auf Kosten der inländischen billige Lebensmittel zu verschaffen. Nach den amtlichen Ausweisen ist die Ausfuhr von Erzeugnissen des Acker-, Gärten- und Viehwirtschafts aus Deutschland, die in den ersten zehn Monaten 1909 12 338 523 Doppelzentner betrug, auf 17 877 413 Doppelzentner in der gleichen Zeit des laufenden Jahres gestiegen. In der angegebenen Zeit ist die Einfuhr solcher Erzeugnisse zurückgegangen von rund 89 Millionen Doppelzentner auf 88 Millionen Doppelzentner. Die Ausfuhrsteigerung entfällt in der Hauptsache auf Getreide. Es wurden ausgeführt:

Table with 4 columns: Year, Quantity (Doppelzentner), and Change. Rows include Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Reis, Roggenmehl, and Weizenmehl.

Solche starke Ausfuhr ermöglicht unser Getreideeinfuhrsystem, das wie eine direkte Ausfuhrprämie wirkt. Und im laufenden Jahre sind der Reichskasse dadurch schon bald 100 Millionen Mark an Zöllen entzogen worden. Der Wert der gesamten Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist von 222 Millionen Mark im Vorjahre auf 370 Millionen Mark im laufenden Jahre gestiegen. Diese Versteigerung kostete dem deutschen Volke aber auch eine Steigerung der an die Exporteure zu zahlenden Prämie von 60 Millionen Mark auf 91 Millionen Mark. Wäre den inländischen Konsumenten diese Summe verblieben, dann hätte sie einen erheblichen Teil der an das Ausland abgegebenen Lebensmittel selbst bezehren können. Daß das nicht geschehen konnte, ist ein Schaden, der nicht leicht zu hoch veranschlagt wird, denn der Verbrauch an Brotgetreide ist in Deutschland zurückgegangen. Während z. B. laut amtlichen Berechnungen nach dem Ertrage der Ernte sowie unter Berücksichtigung der Ein- und Ausfuhr und der Ausfuhrsteuern im Jahre 1902/03 auf den Kopf der Bevölkerung 258,4 Kilogramm Brotgetreide entfielen, war die Verbrauchsmenge pro Kopf im Jahre 1908/09 auf 224,9 Kilogramm gesunken, obwohl die Ernten viel größere Erträge geliefert hatten. An Roggen und Weizen wurden nämlich im Jahre 1907/08 rund 434 Millionen Tonnen mehr geerntet als im Jahre 1901/02. Die Steigerung der Getreideernten im Inlande muß dem deutschen Volke nicht, sie nicht dem Auslande. Diesem wurden erhebliche Mengen zugeführt, damit im Inlande die Preise auf der Höhe blieben und die inländischen Konsumenten müssen diese Verteuerung noch obendrein mitbezahlen. Wie die obigen Zahlen ergeben, macht die Ausfuhrsteigerung der Menge nach 45 Proz. aus; dem Werte nach ergibt sich eine Zunahme von nur 26 Proz. Für die Exporteure kommt

allerdings noch die Winderausgabe von 22 Millionen Mark ersparter Zölle als Einnahme hinzu. So muß der Inlandskonsument bluten, damit das Ausland billige deutsche Agrarprodukte bekommt. Das nennen die Junfer: Schuh der nationalen Arbeit!

Ähnliche Verhältnisse gibt es in der Industrie. Der Zoll auf Rohstoffe und Halbzuge hält die ausländische Konkurrenz zurück und verschafft der Hüttenindustrie die Möglichkeit, den inländischen Verbrauchern hohe Preise aufzuzwingen. Die Menge, für welche das Inland keinen Absatz bietet, wird nach dem Auslande verschifft. Das hat wieder die Folge, daß die deutsche Fertigungsindustrie vielfach auf dem Weltmarkt mit ihren Erzeugnissen nicht konkurrieren kann, weil der ausländische Fabrikant die Rohmaterialien usw. zu viel niedrigerem Preise erhält als er. Daß dadurch die deutsche Weiterverarbeitung und die Arbeiterschaft schwer geschädigt wird liegt auf der Hand. Aus den Kreisen der Halbzugeverbraucher sind auch schon sehr oft Beschwerden erhoben worden. Alle ihre Vorstellungen waren jedoch erfolglos. Auch die Anrufung der Regierung hat sich als vergeblich erwiesen. Schon bei Gelegenheiten der kontraktatorischen Verhandlungen über die Kartelle spielten diese Verhältnisse eine große Rolle. Es war jedoch nicht möglich, Arbeit zu schaffen; aber die Auslandspreise geben die Interessenten keine Anstöße. Auch jetzt laßt man in dieser Hinsicht immer noch im Dunkeln. Im Anfang dieses Jahres wurden die Klagen der deutschen Halbzugeverbraucher über die Konkurrenz, die ihnen mit billigem deutschen Material von ausländischen Fabrikanten gemacht werde, wieder besonders lebhaft. Es erfolgte daraufhin auch eine Aussprache zwischen Regierungsvertretern und den Interessenten. Praktische Resultate, außer einigen Berichtigungen an die betreffenden Halbzugeverbraucher, hatte die Besprechung nicht; die Großindustriellen pochen auf ihre Macht und den Schutz. Welche Bedeutung die Frage für die in Betracht kommenden Industrien hat, kann man ermessen aus der Tatsache, daß ein Drittel des vom Stahlwerksverbande in den ersten zehn Monaten 1910 abgesetzten Halbzuges in das Ausland gegangen ist. Der Gesamtverband stellt sich nämlich auf 667 627 Tonnen; davon entfallen auf das Ausland circa 230 000 Tonnen. Ohne die Preisdifferenz zugunsten des Auslandes hätte wenigstens ein Teil des exportierten Halbzuges im Inlande weiter verarbeitet werden können, wobei eine Menge Arbeiter Beschäftigung gefunden hätten. Der Schutz Zoll auf Rohmaterial hat, wie sich zeigt, für den Inlandmarkt keine günstige Wirkung, er schädigt die „nationale“ Arbeit.

Zu wech unangenehm Zuständen die Preispolitik der Rohmateriallieferanten führt, dafür lieferte die „Export-Revue“ kürzlich ein neues Beispiel. Wie das Blatt mitteilt, sind in der letzten Zeit in Rotterdam mehrfach große Sendungen schwerer Schiffsetten angekommen. Das wäre an sich nichts Auffälliges oder Aufregendes, das Empörende dabei liegt darin, daß die Ketten aus deutschem Eisen bestanden und unter Verwendung deutscher Rohstoffe in Frankreich hergestellt worden waren. Das deutsche Eisen, den französischen Ketten schmieden ins Herz von Frankreich hineingefügt, kostete ihnen viel weniger, als den Ketten schmieden am Rhein das nämliche Eisen von den inländischen Werken geliefert wird! Die verwandten deutschen Kohlen waren von einer Hamburger Firma geliefert. Man erzählt sich dabei etwas von einem Preise von weniger als 70 M. die zehn Tonnen, als Ruhrzettel. So werden im Auslande mit deutschem Material Erzeugnisse hergestellt, die wieder nach Deutschland wandern. Dergleichen Beispiele könnte man massenhaft anführen. Jedenfalls illustrieren sie den „Schuh der nationalen Arbeit“ in recht sinnvoller Weise. D.

Gerichts-Zeitung.

Schuh vor Schuppleuten.

Bieder einmal wurde einem Gericht die Frage vorgelegt, ob ein Schuymann ohne weiteres eine Sistierung vornehmen darf, auch wenn ihm Vorweisung einer Legitimation angeboten wird. Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte (120. Abteilung) wurde am Montag gegen einen Schneider Meyer verhandelt, der angeklagt war, einen Schuymannsbefehl zum Weitergehen nicht befolgt zu haben, durch ruhestörenden Lärm groben Unfug verübt und auf dem Weg zur Wache Widerstand geleistet zu haben. Meyer hatte am 16. Oktober, abends gegen 11 Uhr, vor Admiralsstraße 38 von einem Schuymann verlangt, daß er einen Mann festfesse, der in einem Kinematographentheater mit dem Inhaber in Streit geraten war. An der Sache war Meyer insofern interessiert, als er selber mit seiner Gattin in dem Lokal während des Streites zugegen war und infolge des unter den Frauen ausbrechenden Angstschreies sich über das Benehmen des Ruhestörers sehr erregte. Zur Feststellung des Mannes kam es aber nicht, vielmehr wurde schließlich Meyer zur Wache geführt, und hinterher gab es dann die Anklage.

Vor Gericht führte der Angeklagte aus, er habe vergeblich immer wieder die Feststellung verlangt, der Schuymann aber habe ihm selber Sistierung angedroht und zuletzt, trotz seines Angebots einer Legitimation, ihn tatsächlich unter Affizienz eines überflüssigerweise herbeigerufenen Unteroffiziers zur Wache gebracht. Unterwegs sei sein Protest gegen die ihm widerfahrne Behandlung damit beantwortet worden, daß man ihm die Handfessel anlegte. Auf der Treppe zur Polizeiwache habe der Schuymann ihn gehohen, und ähnlich sei ihm im Wochstokal von anderen Beamten mißgespielt worden. B. überreichte ein Arzttattest, das freilich nicht verlesen wurde. Dieses bescheinigte nicht nur Wirkungen der Handfessel, sondern auch einen „roten Strich an der linken Halsseite“, den der Arzt „für eine Würgspur hielt“. In der Beweisaufnahme wurden durch den Lokalinhaber und seinen Portier die Angaben Meyers über die Vorgänge im Lokal und vor der Tür bestätigt. Schuymann Krause, der Meyer sistiert hatte, wurde vom Vorsitzenden vor seiner Vernehmung darauf hingewiesen, daß er sich vielleicht nicht korrekt benommen“ habe. Er erklärte: „Ich habe mich durchaus korrekt benommen.“ Sodann belundete er, jenen Fremden habe er nicht feststellen können, weil man nicht sofort gesagt habe, wer eigentlich festgesetzt werden sollte. Der Mann habe sich inzwischen entfernt, nachher aber habe Meyer ihn, den Schuymann, gestört bei seinen Bemühungen, den entstandenen Aufruhr zu zerstreuen. Er sei nicht weitergegangen und habe scandalisiert. Daß Meyer auf die Drohung, ihn selber zu sistieren, sich mit seinem Militärschuh habe legitimieren wollen, gab Zeuge zu. Er habe ihn aber sistieren müssen, weil er sonst den Aufruhr nicht hätte zerstreuen können. Unterwegs habe B. sich mit den Füßen gegen den Boden gestemmt und sich loszureißen versucht, also „Widerstand“ geleistet. Das belundete auch ein Unteroffizier Lindner, der bei dem Transport geholfen hatte. Auf eine Frage des Vorsitzenden, ob denn ein Schuymann berechtigt sei, zu sistieren, auch wenn Legitimation angeboten werde, antwortete Schuymann Krause: „Jawohl!“

Der Amtsanwalt war anderer Meinung. Er sah zwar Nichtbefolgung, ruhestörenden Lärm und Widerstand als erwiesen an, hob aber hervor, daß der Schuymann bei Legitimationsangebot „eigentlich nicht sistieren durfte“. In diesem Punkt habe er nicht streng die Vorschriften beachtet, wie sie durch die Strafprozessordnung gegeben seien, andererseits aber sei ihm, dem Schuymann, zuzugute zu halten, daß jener Augenblick wohl nicht recht geeignet war, auf der Straße eine Legitimation entgegenzunehmen. B. habe daher sistiert werden müssen und nicht Widerstand leisten dürfen, doch sei als mildernd für ihn zu berücksichtigen, daß der Schuymann „doch etwas über seine Befugnisse hinausgegangen“

Heute Dienstag, 29. November 1910, abends 8 1/2 Uhr

Öffentliche politische Volks-Versammlungen

- 1. Kreis: Zentrum-Festhalle, Niederwallstr. 21
- 2. Kreis: Hofjäger-Palast, Hasenheide 52/53 Kreuzberg-Festhalle, Kreuzbergstr. 48
- 3. Kreis: Gewerkschaftshaus, Engelufer 15
- 4. Kreis: Elysium, Landsberger Allee 40/41 Titius Festhalle, Memeler Str. 67 Boelers Festhalle, Weberstr. 17 Drachenburg, Vor dem Schlesiſchen Tor Gesellschaftshaus Süd-Ost, Waldemarstraße 75
- 5. Kreis: Königs-Säle, Neue Königstraße, Eingang Wadzedstraße
- 6. Kreis: Vila-Säle, Schönhauser Allee 130 Hochbrauerei, Abt. 2, Chausseest. 64 Stadt-Theater, Alt-Moabit 47/49

- Teltow-Beeſkow:**
Rixdorf: Hoppe, Hermannstr. 49
Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3
Adlershof: Beyer, Bismarckstr. 10
Treptow-Baumſchulenweg: Neues Geſellſchaftshaus, Treptower Ringbahnhof
Britz: Landhaus, Chausseest. 97
- Nieder-Barnim:**
Lichtenberg: Schwarz, Möllendorffstr. 25/26
Rummelsburg: Café Bellevue, Hauptstr. 2
Pankow: Rozycki, Kreuzstr. 3/4
Reinickendorf-Ost: Schützenhaus, Residenzstraße 1/2
Ober-Schönneweide: Wilhelminenhof

Tages-Ordnung:

Mißbrauchte Kinderkraft.

Referentinnen die Genossinnen:

Kreudsee, Vaader, Bohm-Schuch, Buchmann, Demming, Döly, Fahrenwald, Hanna, Juchacz, Kähler, Kiesel, Lungwitz, Matsche, Mirus, Philipp, Reichert, Schulte, Süßmann, Thiel, Tieg, Weyl, Wurm, Zieg.

Jedermann ist um Erscheinen gebeten!

Für die Einberufer: Eugen Ernst, Liesenstr. 16.

Verein Arbeiter-Jugendheim.

Mittwoch, den 30. November, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in „Kellers Festhale“, Koppenstraße 29.

Vortrag des Genossen Adolf Hoffmann über: „Der Jugend gehört die Zukunft“.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Sticht zahlreicher Besuch wird erwartet.

293/12*

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin, Hauptbureau: Col I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 2. Col III. Amt 2, 1987.

Mittwoch, den 30. November 1910, abends 5 1/2 Uhr:

Versammlung der chirurgischen Branche

in „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Straße 11/12.

Tages-Ordnung:

1. Branchenangelegenheiten. 2. Verschiedenes.

Kollegen! In dieser Versammlung sollen äußerst wichtige Branchenangelegenheiten behandelt werden. Es ist deshalb Pflicht eines jeden Kollegen, diese Versammlung zu besuchen.

Mittwoch, den 30. November 1910, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung aller in der Metallindustrie

beschäftigten Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen

im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27a, großer Saal.

Einziger Punkt der Tages-Ordnung:

Besprechung u. Regelung von Branchenangelegenheiten.

Der außerordentlich wichtigen Tages-Ordnung wegen sind alle in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen, Lehrlinge, ferner die in den Betrieben der Metallindustrie beschäftigten Schnittarbeiter an Hochpressen und Stempelwerk Beschäftigte, ferner alle in der Metallindustrie tätigen Arbeiterinnen freundlichst eingeladen.

196/6 Die Ortsverwaltung.

Kranken-Unterstützungsbund der Schneider.

Mittwoch, den 30. November, abends 8 1/2 Uhr, Sebastianstr. 39:

Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom dritten Quartal. 2. Wahl der gesamten Ortsverwaltung für das Jahr 1911 und Kassenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

309/5 Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse der Schuhmacher.

Mittwoch, den 30. November 1910:

Generalversammlungen

in Boelers Festhale, Weberstr. 17.

I. abends 8 Uhr: Allgemeine Arbeitgebertagung

II. abends 8 1/2 Uhr: Versammlung der Vertreter der Arbeitgeber

III. abends 8 Uhr: Versammlung der volljährigen Kassenmitglieder

IV. abends 8 1/2 Uhr: Versammlung der Vertreter der Kassenmitglieder

Tages-Ordnung:

Zu I. und III: Wahl der Vertreter pro 1911/12.

Zu II. und IV: Wahl der Vorstandmitglieder pro 1911/12.

V. abends 9 Uhr: Gemeinsame Generalversammlung der Vertreter

Tages-Ordnung:

1. Wahl der Rechnungsprüfungskommission 2. Statutenänderungen. 3. Verschiedenes.

Berlin, den 28. November 1910.

Der Vorstand.

Ungewitter's Kautabak

garantiert rein aus Kentuckytabak.

Niederlage:

O. Reimer, Lichtenberg-Berlin O., Gürtelstr. 1, Ecke Frankl. Chaussee.

4452

MANOLI CIGARETTES

Dandy Chic Gibson Girl Diva

Lieferant der französ. u. italien Tabak-Regien.

H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.

Berlin SO. 16.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.

Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.

Sämtliche bekannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen.

Amt 4, 3014.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mittwoch, den 30. November 1910:

Mitglieder-Versammlungen

Tages-Ordnung:

1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Verbandsangelegenheiten.

Hammacher

abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15, Eingang B, parterre (Arbeitslokal).

1. Punkt der Tages-Ordnung:

Vortrag des Kollegen Mitsche über: „Genossenschaftsbewegung“.

Perlmutter-, Horn-, Steinnuß-Knopfarbeiter

um 6 Uhr abends (gleich nach Feierabend) im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15, Saal 5.

1. Punkt der Tages-Ordnung: Vortrag des Kollegen Gildebrand.

Klavierarbeiter.

Sonntag, den 4. Dezember:

Gemeins. Beschäftigung der Arbeiterwohlfahrtsausstellung in Charlottenburg, Franzosenstraße. Treffpunkt mittags 1 Uhr, am U-Bahnhof Silesische Straße (Charlottenburg).

Nachher: Gemütliches Beisammensein im Charlottenburger Volkshaus, Rosinenstr. 3. Humoristische Unterhaltung und Tanz.

Um rege Beteiligung ersucht

Die Branchenleitung.

Handlungsgehilfen, Handlungsgehilfen, Handelshilfsarbeiter, Handwerker usw. aus den Warenhäusern der Firma A. Wertheim!

Heute Dienstag, den 29. November, abends 8 1/2 Uhr:

Große Versammlung

in den „Arminhallen“ (großer Saal), Kommandantenstraße 58/59.

Tages-Ordnung:

1. Das Paradies A. Wertheim

Referent: Kollege Richard Nürnberg. — Diskussion.

Wir erwarten, daß bei dieser äußerst wichtigen Tages-Ordnung es sich ein jeder Angestellter zur Pflicht machen wird, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Kommission.

Engelhardt
Deutsch-Pilsner

Erstklassiges Spezial-Bräu

Flasche 10 Pf.

Überall käuflich.

Zeitungs-Ausgabe bestellen und Inseraten-Aufnahme.

- Zentrum: Albert Hahnisch, Auguststr. 50, Eingang KochstraÙe.
 2. Wahlkreis, W.: Gull, Schmidt, Kirchbacht. 14, Hochparterre, S. und SW.; Hermann Werner, GrottenstraÙe, 72.
 3. Wahlkreis: St. Petri, Geringstr. 31, Hof rechts dort.
 4. Wahlkreis: Ethen: Hubert Wengels, Gr. Franzstr. 120, — Wilhelm Mann, Feteraburgerplatz 4 (Laden).
 4. Wahlkreis, S: Ethen: Paul Böhm, Kaulsdorferplatz 14/15.
 5. Wahlkreis: Leo Buch, Nussbaumstr. 12 (Hof).
 6. Wahlkreis (Moabit): Karl Sanders, Salzweberstr. 8.
 Wedding: Karl Weiche, Wagnersstraße 49.
 Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Baumann, Bernauerstr. 9, unten part.
 Gesundbrunnen: F. Traba, SteinstraÙe 10.
 Schönhauser Vorstadt: Karl Ratz, Löhnerstr. 123.
 Adlershof: Karl Schwarze, Hofmannstr. 9.
 Alt-Gliencke: Wilhelm Dörre, Rudowstr. 83 II.
 Baumſchulenweg: F. Hornig, MarienſtraÙe 13, I.
 Bernau: Röntgen, Zepernick, Schönau und Schönbrück: Heinrich Brode, Hohenstr. 74, part.
 Biesdorf: Leopold Peters, Dorfstr. 38.
 Bohnsdorf und Falkenberg: Alois Lauf, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus „Paradies“.
 Charlottenburg: Arthur Schornberg, Felsenbühlstraße 1.
 Eichwalde, Zehlendorf, Miersdorf und Hanks Ablade: Oskar Rehle, Eichwalde, Stubenrauchstr. 99.
 Erkner: Gust Hoffmann, Friedrichsberger Chaussee.
 Fredersdorf-Petershagen: E. Hölzharth, Petershagen.
 Friedmann-Steglitz-Südende: F. Bernice, Schloßstr. 119, Hof I. in Steglitz.
 Friedrichshagen: Gust Hermann, Köpenicker Straße 19.
 Grünau: Franz Klein, Bahnhofsstr. 6 III.
 Johannisthal: Vielle, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
 Karlshorst: Richard Käfer, Köpenicker Str. 9, II.
 Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bahnhofsstr. 13.
 Köpenick: Emil Richter, Köpenicker Str. 6, Laden.
 Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Eitel, Kronprinzstraße 4, I.
 Mahlsdorf, Kaulsdorf: Scheide, Wühlstr. 14, Balderstraße 14.
 Mariendorf: August Reip, Chausseest. 206, Hof.
 Marienfelde: Emil Weinst, Dorfstr. 14.
 Nieder-Schönneweide: Max Vriebe, Weikerstr. 14 II.
 Nowawes: Wilhelm Dapp, Friedrichstr. 7.
 Ober-Schönneweide: August Henrich, Lanfenerstr. 2, I.
 Pankow-Niederschönhausen: Rihmann, Köpenicker Str. 30.
 Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: W. Gursch, Kamekestr. 12, I.
 Rixdorf: W. Heinrich, Redastraße 2, im Laden.
 Rummelsburg, Boxhagen: A. Rosentranz, III-Boxhagen 66.
 Schmargendorf: Gustav Kaminski, Grottenstraße 2.
 Schöneberg: Wilhelm Baumier, Martin Lutherstr. 51, im Laden.
 Spandau: Köppen, Bagowstr. 9.
 Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hemsdorf und Reinickendorf-West: Paul Rieneck, Borsigwalde, Mühlstraße 10.
 Teltow: Wilhelm Bonom, Teltow, Seifenhofer Str. 4.
 Tempelhof: Albert Thiel, Berliner Straße 41/42.
 Treptow: Hub. Gramann, Reichstraße 412, Laden.
 Weißensee: R. Rudmann, Sedanstr. 105, parterre.
 Wilmersdorf-Balensee: Paul Schuber, Wilhelmstraße 69.
 Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 4. Dezember 1910, mittags 12 Uhr, in den „Germania-Sälen, Chausseestr. 110:

Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung.

- 1. Die Beitragserhöhung für Groß-Berlin. 2. Die politische Situation. Referent: Genosse Reichstagsabgeordneter Ledebour. 3. Partei- und Verbands-Angelegenheiten.

Zu 1. Resolution und Antrag des Kreiswahlvereins Niederbarnim.

Die Kreis-Generalversammlung des Kreises Niederbarnim vom Sonntag, den 2. Oktober er., hat zu der Frage der Beitragserhöhung Stellung genommen und sich für einen Monatsbeitrag von 40 Pf. für männliche und 20 Pf. für weibliche Mitglieder erklärt...

Außerdem wurde beschlossen, an die nächste Verbands-Generalversammlung den Antrag zu richten:

„Ueber die Erhöhung der Beiträge eine Urabstimmung vornehmen zu lassen.“

Die Legitimationskarten sind den Streifen und den berechtigten Teilnehmern heute zugegangen.

Das Verbandsbureau.

Für den Kinderschuh.

Auf die heute für 8 1/2 Uhr abends angezeigten

23 Volksversammlungen zur Frage des Kinderschuhes (siehe Annonce)

machen wir noch besonders aufmerksam und bitten, für regen Besuch zu agitieren. Der Aktionsausschuß.

Schöneberg. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, in den Neuen Rathausälen, Weininger Str. 8: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Die politische Lage. Referent: Genosse Herm. Kollmann. 2. Parteiangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

Steglitz. Heute Dienstag: Mitgliederversammlung. Bericht von den Gemeindegemeinschaften. Der Vorstand.

Wilmerdorf-Halensee. Heute abend 8 1/2 Uhr im Gesellschaftshaus, Wilhelmstraße 112: Monatsversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Rückblick auf die Stadtverordnetenwahlen. Organisationsfragen, der Abschluß der Expeditionsangelegenheit, Abrechnungen, Neuwahl des zweiten Vorsitzenden und anderer Funktionen. Der Vorstand.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Heute Dienstag, den 29. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Liedemitz (an der Kirche), öffentliche Versammlung. Tagesordnung: „Die politische Lage“. Referent: Reichstagsabgeordneter Dr. Ludwig Frank. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Tott sei Dank!

Draußen kribbelt. Weiße Kloden tanzen auf und nieder. Eilig segt der Noveberwind über die Straße. Keinen Hund möchte man hinausjagen. Aber an meiner Bohmung läutet öfter als sonst, fast jede halbe Stunde. Ein Bettler, wieder ein Bettler... und noch einer. Das Wetter, das schneeflockige, ungeheure, treibt die Heimglöfen, frierend und notdürftig gekleidet, in die Häuser. Ich bin kein Rothschild. Heute sitzt meine schwache Hand lose. Wenn Dir das so ginge und Du tein Heim hättest, ist mein Gedanke. So gebe ich schon den dritten Sechser, vielleicht auch den vierten. Wieder schreift die Glode. Vor mir steht mit großen, sehnsüchtig verlangenden Kinderangen ein zehnjähriges Mädchen. Mit schnellem Blick umfasse ich die armselige Gestalt. Und wieder denke ich: wenn dir das so ging in deiner Jugend! Eng hat das kleine Ding sein dünnes Wolltuch um die schmalen, frostzitternden Schultern gezogen. Die Schube triefen von Wasser. Auf dem nassen Blondhaar perlte frischgefallener Schnee.

„Nadeln, Zwirn, Schnürsenkel... bitte, bitte, kaufen Sie mir etwas ab!“ Gebrauchen läßt sich das immer, nicht immer auch kaufen.

„Komm' mal rein, Kleine!“ Jaghaft, bescheiden tritt sie über die Schwelle. Und jeder Schritt malt breite Spuren von zerrissenen Sohlen, nassen Füßen. „Möchtest Du eine Tasse warmen Kaffee und eine schöne Butterkugel?“ Ein Bittren läßt über den schlanken, jungen Leib. „Ach ja, Kaffee... mich friert so.“ Und zum dritten Male dachte ich: wie bist du doch reich trotz deiner Armut! „Da setz' Dich neben den warmen Ofen... und nun ich, trink, laß es Dir gut schmecken.“

Gierig schlürft das Mädchen das heiße Getränk, gierig gräbt es die blutenden kleinen Zähne in das Gebäck. Ob die Arme wohl heute früh zu Hause etwas zu essen bekam, ehe sie zum Verdienen auf die nasse Großstadtstraße mußte? Verstoßen beobachte ich. In der dürrigen Kleidung ist die Sauberkeit unverkennbar.

„Hast Du noch Geschwister?“

„Ja, noch vier, drei Brüder und eine Schwester.“

„Gehen die auch handeln?“

„Nein, die sind alle noch zu klein, noch so dumm.“ Wie drollig das herauskam in seinem allklugen Ernst.

„Und Deine Mutter, Dein Vater?“ Ueber das fahle, magere Gesicht des Kindes zieht etwas Häßliches, Jugendfremdes.

„Mutter ist krank, schon lange krank... und Vater, der... der... mein Vater ist Tott sei Dank do!“

Wie ein Peitschenhieb durchzuckt es mich. Entsetzt starre ich die Kleine an. Was hat sie gesagt? Habe ich denn recht gehört? Und sie wiederholt gleichmütig auf meine Frage: „... Tott sei Dank do!“ Was mußte in dieser in frühesten Jugend von des Lebens Not berührten Kinderseele vorgegangen sein, daß das Mädchen so gelassen, so beinahe selbstverständlich, mit solcher Freude vom Tode des eigenen Vaters sprach? Weife jürnte ich: „Nein, das muß, das darfst Du nicht sagen... Sieh mal, ohne den Vater wärst Du doch jetzt nicht hier bei mir.“ Unschuldig, verständnislos sah sie mich an, und so gleich bereute ich meine Worte. „Ist das denn wirklich Dein Ernst... freust Du Dich wirklich, daß Dein Vater tot ist?“ Da quollen ihr die Tränen. Aufschluchzend kam es

aus dem zuckenden Kindermund: „Er hat mich immer so sehr geschlagen... Ach, ich möchte auch tot sein!“ Und nun hörte ich brackentweise, es förmlich herausholend, die alte Geschichte. Die Mutter warfom und fleißig, der Vater ein Schnaps-trinker. Eines Tages kam er vom Arbeitstische wieder betrunken nach Hause. Ihm war ja längst alles egal, Frau und Kinder und Schicksal. Am Emporarbeiten hatte er verzweifelt und keinen Mut, keine Kraft mehr, den Kampf mit der Not aufzunehmen. Schauer fiel er auf das hart-Lager, wachte aus bleiernem Schlaf nicht mehr auf. Und das unglückselige Wort, das der gequälten Mutter im ersten Taumel ent-schlüpfte, es hat sich tief eingegraben in die Kindesseele: Tott sei Dank... tot!

Wer wagt es, den Stein zu werfen auf Mutter und Tochter? Hat wohl die menschliche Gesellschaft ihre Pflicht echter Nächstenliebe erfüllt an diesen Kernsten, die mit eigener Kraft aus dem Sumpf nicht herauskommen konnten... und an dem Vater, als er noch lebte? Wer weiß, ob da nicht ein über die „göttliche Weltordnung“ gestrauchelter Unglücklicher rechtzeitig zu retten gewesen wäre. Und ehe ich tiefbewegt die kleine Duldlerin hinausließ ins Schneegestöber, hatte sie mir fest versprochen, sich nicht mehr zu freuen, daß ihr Vater tot ist... und zu hoffen auf ein besseres Leben.

Die Gadedeputation hatte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit der Bewegung der städtischen Gasarbeiter zu beschäftigen. Im Laufe der vorigen Woche wurde die von der öffentlichen Gasarbeiterversammlung gewählte Kommission von der Direktion und vom Deputationsvorsitzenden Ramskau empfangen. Das Ergebnis dieser Aussprache war, daß die Direktion beantragte, den Stundenlohn der ungelerten Arbeiter um 8 Pf. zu erhöhen, so daß der Aufwandslohn statt 45 Pf. 48 Pf. und der Lohn nach zwei Jahren statt 47 Pf. 50 Pf. betragen soll.

In der anderthalbstündigen Diskussion plähten die Gegenseite heftig aufeinander. Während Herr Stadtrat Ramskau und die Herren Direktoren Fürst und Schöningh sowie neben dem sozialdemokratischen Vertreter auch ein bürgerlicher Stadtverordneter in der eindringlichsten Weise für den Vorschlag der Direktion eintraten, waren es die großindustriellen Mitglieder der Deputation, vor allem die schwere Eisenindustrie, die die allgemeine Erhöhung der Löhne bekämpften und höchstens für eine Erhöhung nach längerer Beschäftigungsdauer zu haben waren. In der Abstimmung wurde der Antrag der Direktion mit 6 gegen 5 Stimmen angenommen.

Es ist zu hoffen, daß der Magistrat dem Vorschlage der Deputation zustimmt. Nach den Angaben der Direktion kommen 2760 Arbeiter in den Genuss der Lohnerhöhung; die dafür aufzuwendende Summe beträgt jährlich 231 000 Mark.

Lär zu! Von Verkäufern und Verkäuferinnen der Lebensmittelbranche werden übereinstimmend Klagen darüber laut, daß ihre Chefs sie zwingen, im Winter bei ungeheitem Laden die Ladentür den ganzen Tag offenzuhalten. Namentlich kommen solche Klagen aus den Geschäften von Butterfirmen, die zahlreiche Fiskalen unterhalten. Um das Schließen der Tür durch Kundschaft zu verhindern, sind sogar in manchen Geschäften besondere Wandriegel angebracht worden. Man kann nicht gut annehmen, daß der Zutritt der Kälte der Buttererfrierung besonders dienlich ist. Auch die gleichzeitig geführte Käseware schwängert mit ihren Wohlgerüchen im Winter die Luft doch nicht derart, um damit das Schließverbot zu rechtfertigen. Es bleibt also lediglich die Annahme, daß die betreffenden Geschäftsinhaber durch das permanente Offenstehen der Ladentür besser die Käufer anlocken wollen. Das ist als Geschäftsstandpunkt ganz praktisch, aber es darf nicht aus Kosten der Gesundheit des Personals geschehen. Die Verkäuferinnen, die zehn Stunden hintereinander und länger bei offener Ladentür aushalten müssen, sind bald noch blauer wie ihre duftende Ware unter Glasglöfen. Wir empfehlen den Chefs, die Kältekur mal an sich selbst zu vollziehen, dann denken sie vielleicht etwas menschlicher.

Berlin im neuen Reichstat. Im neuen Reichstat für 1911 werden für Berlin und Umgebung u. a. folgende Forderungen im Postetat gestellt: 600 000 M. zur Verfertigung von Dienstgebäuden an der Postverladestelle für den Anhalter und Potsdamer Bahnhof als 4. Rate, 241 000 M. zur Erwerbung eines Grundstücks in der Invalidenstr. als 3. Rate, 400 000 M. zur Vergrößerung des Postbauplatzes Ecke Magazin- und Alexanderstraße in Berlin und zur Herstellung eines neuen Dienstgebäudes auf diesem Platze als 3. Rate, 150 000 M. zur Erweiterungsbauten für das Fernsprechamt II, 200 000 M. zur Erweiterungsbauten für das Postzeitungsamt als 2. Rate, 180 000 M. zur Erweiterungsbauten für das Postamt 19 auf dem Reichsdruckereigrundstück Kommandantenstr. 7 als 2. Rate, 1 800 000 M. zur Vergrößerung des Paketpostamts in der Oranienburger Straße.

Keine Ordensauszeichnungen für Berliner Polizeibeamte. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“, der bekanntlich mit der Polizei durch bid und dünn geht und auch jetzt wieder den Koabitier Gerichtsbericht fortgesetzt polizeilenduzios einstellt, also seinen Leserkreis dreist anläßt, hatte bald nach Beendigung des Koabitier Polizeiständens berichtet, daß aus Anlaß dieser Krawalle „höheren Orts“ eine Vorschlagsliste zur Dekorierung von Berliner und Charlottenburger Polizeibeamten eingefordert worden sei. In solchen Dingen ist das Scherzblatt erfahrungsgemäß so gut unterrichtet, daß die Meldung ganz sicher mehr als eine müßige Kombination war. Die Dekorierung blieb indes überraschenderweise aus und kommt jetzt nach dem für unsere Polizeiwirtschaft so blamablen bisherigen Ergebnis des Koabitier Niesenprozesses wohl auch nicht mehr in Frage. Das ist eigentlich jammerschade. Es wäre zu hübsch gewesen, die frisch dekorierten Polizeier vor den Koabitier Schranken aufmarschieren zu sehen.

Anna Sachs f.

Wieder ist und eine der alten Genossinnen durch den Tod ent-riffen worden. Genossin Sachs kam schon als sechzehnjähriges Mädchen während des Schandgeschehes zu uns, gehörte bis zum heutigen Tage, seit einem Vierteljahrhundert, ihrer gewerkschaftlichen Organisation und zwar als Glaserarbeiterin dem heutigen Zentralverband der Schneider und Schneiderinnen an. Trotzdem die Frauen sich früher nicht politisch organisieren durften, stand sie doch in den vordersten Reihen derer, die für die politische Freiheit der Frauen schon eintreten, als die Zahl noch gering und unter schwierigeren Verhältnissen als heute gekämpft wurde. Unter anderem gehörte sie der Agitationskommission der Frauen von 1890 bis zum Frankfurter Parteitag an, wo eine Resolution angenommen wurde, die besagte, daß in Zukunft nur Vertrauenspersonen gewählt werden sollten, weil die preußischen Gerichte die Agitationskommissionen als politische Vereine erklärt hatten.

Vor ungefähr zwei Jahren zwang sie die Proletariatskrankheit, sich von aller Tätigkeit zurückzuziehen. Die Verborene hat durch ihre rastlose Arbeit den jüngeren Genossinnen ein gutes Beispiel gegeben. Alle, die die Genossin gekannt haben, werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Im Streit erschossen. In einer großen Schlägerei, bei der ein junger Mann seinen Tod fand, kam es in der Nacht zum Sonntag an der Ecke der Reinholdenborfer und Liebenwalder Straße im Norden Berlins. Während des Streites zog der 18jährige Arbeiter Mag Schwarzbach aus der Ader. 78 b einen Revolver und feuerte ihn ab. Die Kugel drang dem Währigen Kutcher Franz Mahn aus der Garter Straße 66 in den Unterleib. Schwere Verletzt sank der Betroffene zu Boden. Er wurde sofort nach dem nahen Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Kinderkrankenhaus geschafft, wo er die erste Hilfe erhielt. Dann brachte man ihn nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus, wo er bald an den Folgen der Schußverletzung starb. Der Täter stellte sich selbst der Polizei und will in der Notwehr gehandelt haben. Nachdem der Tatbestand auf dem 61. Polizeirevier festgestellt worden war, wurde Schwarzbach wieder freigelassen.

Die Schöneberger Ufergrundbahn wird, wie bereits gemeldet, am 1. Dezember d. J. eröffnet. Vormittags 10 1/2 Uhr findet eine Festfeier durch die Vertreter der Behörde und Ehrengäste und anschließend eine Eröffnungsfahrt statt.

Von 1 Uhr mittags ab wird die Bahn dem öffentlichen Verkehr übergeben. Im Laufe der letzten Woche haben täglich eingehende Prüfungen der gesamten Bahnanlage durch beamtete Sachverständige und Abnahmebestimmungen stattgefunden. Diese Prüfungen werden noch fortgesetzt und finden ihren Abschluß in der am 30. November stattfindenden landespolizeilichen Abnahme.

Die Seuchenfälle auf dem Berliner Schlachthof nehmen leider kein Ende und machen die umfangreichen Desinfektionsarbeiten zum großen Teil immer wieder von neuem illusorisch. Nachdem am Freitag die Desinfektionsarbeiten, welche, wie schon gemeldet, mit einer starken Mischung von Kalk und Chlor erfolgte, beendet waren, hat die Veterinärpolizei den Schlachthof zwecks Zuführung von Schlachtvieh wieder freigegeben. Die Freigabe war jedoch nur von sehr kurzer Dauer, denn am Sonntag ist, wie die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ berichtet, unter den Niederbeständen des Engros-schlächtermeisters Adolf Neumann die Seuche wieder ausgebrochen. Meister Neumann hat das Vieh auf dem letzten Sonnabendmarkt gekauft und dem Schlachthof zugeführt, so daß es noch nicht 24 Stunden auf letzterem gestanden hat. Die Veterinärpolizei hat Anordnung getroffen, daß diese Kinder bis Montag früh abgeschlachtet sein müssen. Gestern früh wurde die Seuche unter den Beständen des Fleischermeisters Dieblich festgestellt, auch diese Tiere müssen sofort zur Abschachtung gebracht werden.

Großes Aufsehen erregt auf dem Ragerdiefhof in Friedrichs-felde die plötzliche Verhaftung der beiden Inhaber der auf dem Ragerdiefhof tätigen Viehkommissionsfirma Klabe u. Engelbrecht, Albert Klabe und Wilhelm Engelbrecht. Die Verhaftung erfolgte, wie die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ erzählt, auf Verreiben des von der Firma vor 1 1/2 Jahren entlassenen Buchhalters Volster wegen Verleitung zum Meineid, die angeblich in einem gegen den Buchhalter geführten Prozeß erfolgt sein soll.

Absturz von einem Bau. Auf dem Bau Dessauer Str. 28/29, der von der Firma Helmsche Steinwende imgebaut wird, fiel gestern der Maurer Karl Pilschka von der Kräftung und erlitt schwere innere Verletzungen sowie andere am Kopf und eine Handverstauchung. Er wurde nach dem Urban-Krankenhaus gebracht.

Ein aufregender Vorfall spielte sich am Sonntag nachmittag in der Greifenhagener Straße ab. Dort ist seit einiger Zeit ein großer „Rummelplatz“ errichtet, auf dem sich auch eine Menagerie befindet. Vor dem Eingang zu der Tierchau befindet sich ein Niesen-platz, auf dem als besondere Attraktion ein Ringkampf zwischen dem Wändiger und einer Löwin angeordnet wird. Als Sonntag nachmittag gegen 5 1/2 Uhr die Vorstellung beginnen sollte, weigerte sich die Löwin „Mina“ wie gewöhnlich zu arbeiten und griff den Dressier, Karl Meyer, mehrmals an. Der junge Mann zwang das Tier jedoch durch Peitschenschläge, sich anzurichten und den Ringkampf mit ihm zu beginnen. Pöblich sah man, wie die Löwin sich mit einem Sprung auf ihren Meister stürzte, so daß der Mann rücklings zu Boden fiel. Im nächsten Augenblick schlug die Bestie mit lautem Gebrüll ihre Zähne in den Hals des Unglücklichen und schüttelte den vollkommen Bewußtlosen wütend hin und her. Des zahlreichen Publikums bemächtigte sich eine wilde Panik. Unter lautem Geschrei verließen die Anwesenden, etwa 150 Personen, das Fest, mehrere Frauen fielen in Ohnmacht und einige Kinder wurden bei dem Gedränge am Ausgang niedergedrückt und erlitten leichte Verletzungen. Unterdessen hatte die Besitzerin der Menagerie eine schwere Eisenstange ergriffen, stürzte in den Käfig und veruchte das Tier durch Schläge von seinem Ocker zu entern. Die heldenmütige Frau wäre jedoch gleichfalls von der Löwin zerrissen worden, wenn nicht im letzten Augenblick einige beherrgte Männer mit Witen und langen Stangen von draußen das Tier zurückgedrängt hätten. Erst nach etwa zehn Minuten gelang es, die Löwin aus dem Käfig heraus und in einen Nebenkäfig zu bringen und den Verwunden, den die Löwin den Hals durchstochen hatte, herauszuführen. Auf der Unfallstation in der Gaudystraße erhielt der bedauernswerte Dompteur einen Notverband und wurde dann im Krankenautomobil nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus über-geführt. Die Ursache des Unfalles dürfte darin zu suchen sein, daß die Löwin ein achtjähriges Tier aus Abessinien, seit vierzehn Tagen infolge ihres kürzeren Lebens von dem Wändiger nicht mehr vorge-führt worden war. Bei einer Probe am Sonntagvormittag hatte sich die Bestie willig und ruhig gezeigt, so daß Meyer geglaubt hatte, in der Vorstellung das gefährliche Dressurstück, den Ringkampf, wieder aufnehmen zu können. Das Gefunden des Dompteurs, dem die rechten Halsmuskeln völlig bis auf den Wirbelknochen zerrissen sind, ist sehr bedenklich.

Der Kleiderausschütter. Ein niederträchtiger Bursche treibt seit einiger Zeit in Berlin sein Unwesen. Er macht sich an Frauen heran und schneidet diesen die Kleider entzwei. Mit Vorliebe sucht der gefährliche Patron Straßenbahnwagen auf. Er setzt sich dicht neben sein Opfer und zerstückelt dann mit einem scharfen Messer die Garderobestücke der weiblichen Fahrgäste. Der Attentäter versteht sein Handwerk so ausgezeichnet, daß er niemals bemerkt wird und daß die beschädigten Kleidungsstücke vollständig ruiniert werden. Hoffentlich wird dem dreisten Gesellen recht bald das Handwerk gelegt.

Zugverspätungen auf der Stadtbahn infolge Brandes einer Dienstbude. In der Nacht von Sonntag zu Montag zwischen 3 und 4 Uhr brannte die aus Holzwerk bestehende Dienstbude auf dem Bahnhof des Bahnhofs Jannowitzbrücke ab. Das Feuer ist wahrscheinlich durch den Heizeren entstanden. Die Stadtbahnzüge erlitten in den Frühstunden infolge der Zerstörung der Block- und Fernsprechanlage Verspätungen bis zu 20 Minuten.

Verfallene Legitimationen. Vor einigen Tagen ging bei der Polizeidirektion Lichtenberg ein Besuch eines angeblichen Marinefeldwebels Paul Hamel, wohnhaft zu Nixdorf, Selchower Straße 31, ein, worin dieser um Einberufung zur Schutzmannschaft bittet. Dem Besuch war ein Schreiben vom Bezirkskommando, ein Zivil-versorgungsschein, ein Stammtrollenauszug, ein marineoberärztliches Attest und ein vom Bezirkskommando beglaubigter und ab-gestempelter Lebenslauf beigelegt. Es fiel auf, daß bei dem Stempel des Bezirkskommandos die Nummer desselben fehlte und dieser nur auf: „Bezirkskommando Berlin“ lautete. Dies ließ den Verdacht rege werden, daß hier eine Fälschung vorliege. Die weiteren Nachforschungen ergaben denn auch, daß sämtliche Papiere, Stempel und Namensunterschriften gefälscht waren, und daß ein Marinefeldwebel Paul Hamel überhaupt nicht existiert. Die sofort von der Lichtenberger Kriminalpolizei in der Wohnung des Besuch-stellers vorgenommene Hausdurchsuchung förderte noch eine große Menge

Belastungsmaterial zulag. Es wurde hierbei eine ganze Reihe weiterer gefälschter Papiere und sämtliche zu diesen Fälschungen verwendeten Stempel gefunden. Der Gefälschler wurde als der frühere Maschinenmeister Fritz Mainz, 30. August 1884 in Berlin geboren, identifiziert und bald darauf festgenommen, als er ohnmächtig seine Wohnung betrat, in welcher ihn die Kriminalbeamten erwarteten. Mainz wird bereits seit längerer Zeit von der Staatsanwaltschaft III Berlin wegen schwerer Urkundenfälschung und Betruges gesucht. Dies hielt ihn aber nicht ab, sich unter falschem Namen und mit gefälschten Papieren um eine Schutzmannschiffe zu bemühen. Wie weiterhin festgestellt wurde, hat Mainz sich noch bei 39 anderen Behörden unter Vorlegung gefälschter Papiere um Stellung beworben, solche auch zum Teil erhalten, ohne daß bisher die Fälschungen erkannt wurden. Nach dem bei der Durchsichtung zutage geforderten Material besteht außerdem noch der beinahe Verdacht, daß Mainz sich noch der Petrus-Schwindel und einer Reihe anderer Betrugsarten schuldig gemacht hat; er wird heute der Staatsanwaltschaft III vorgeführt.

Kassieren ereigt die Entweichung des aus Wiedorf gebürtigen in der Weichischen Zementfabrik in Westend internierten Direktors a. D. Karl Wahl aus Charlottenburg. Die Unterbringung Wahls in der genannten Anstalt ist seit Anfang dieses Jahres durch die Ehefrau erfolgt, die aber später diesen Schritt so stark bereute, daß sie im Oktober freiwillig aus dem Leben schied. Die Wahrheit über den Fall Wahl dürfte die gerichtliche Verhandlung bringen. Rechtsanwalt Dr. Ehrenfest hat als Prozeßbevollmächtigter des Direktors Wahl die Anklage gegen die Staatsanwaltschaft beim königlichen Landgericht III erhoben und die Aufhebung der Entmündigung seines Klienten beantragt. Termin zur Hauptverhandlung ist auf den 30. Dezember d. J. vor dem königlichen Landgericht III anberaumt.

Großfeuer in Voghagen-Nummelsburg.

Von einem Großfeuer wurde gestern nachmittag die Benzinspeicher-Gesellschaft m. b. H. in der Köpenicker Chaussee zu Voghagen-Nummelsburg heimgesucht. Bald nach 3 Uhr kam auf dem Terrain der Firma ein großer Benzintank unter donnerähnlichem Knall zur Explosion. Gleichzeitig schossen turmhohle Flammen empor. Durch das herumspritzende Benzin gerieten dann wenige Minuten später noch zwei weitere Tanks in Brand und explodierten ebenfalls. Personen sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen. Zur Ablösung des Riesensandes eilten neben der Nummelsburger Feuerwehrgesellschaft auch zwei Löschzüge der Berliner Feuerwehrgesellschaft und mehrere freiwillige Feuerwehren aus den umliegenden Dörfern herbei. Mit vereinten Kräften konnten die übrigen Tanks gerettet werden. Auch die anfangs stark gefährdeten Dienst- und Wohngebäude sind unversehrt geblieben. Die vollständige Ablösung dauerte bis in die späte Nacht hinein. Im einzelnen wird uns über das Großfeuer folgendes berichtet:

Die Benzinspeicher-Gesellschaft m. b. H. besitzt in der Köpenicker Chaussee zu Voghagen-Nummelsburg ein etwa 20 Morgen großes Gelände, auf dem in der Hauptsache große und kleine Benzintanks angelegt worden sind. Die großen Tanks halten bis zu einer Million Liter Benzin. Als gestern nachmittag mehrere Arbeiter damit beschäftigt waren, von einem alten Tank nach den Tanks abzuleiten, explodierte plötzlich ein großer Tank. Obgleich die Tanks mit starken Erdwällen umgeben sind, spritzte das entzündete Benzin infolge des gewaltigen Luftdrucks nach allen Seiten. Noch ehe der erste Feuerlöscher anrückte, kamen zwei benachbarte kleinere Tanks gleichfalls zur Explosion. Ein richtiges Feuermeer bedeckte einen Teil des Terrains. Der Feuerchein war weithin sichtbar, so daß von allen Seiten Feuerwehren heranzogen. Die Nummelsburger Feuerwehrgesellschaft unter Führung des Oberführers Rißke aus Auf telephonischen Anruf entsandte auch die Berliner Feuerwehrgesellschaft den Löschzug aus der Remeler Straße. Die Wehren mußten sich darauf beschränken, die noch nicht vom Feuer ergriffenen Tanks zu schützen, da von den drei brennenden Tanks nichts mehr zu retten war. Immerfort wurden neue Schlauchleitungen ausgelegt, aus denen ungeheure Wassermengen in die Glut geschleudert wurden. Ein Teil der Löschmannschaften betrieelte die vom Brande verschonten Tanks, um einer Entzündung vorzubeugen. Glücklicherweise blieb das Feuer auf die drei Tanks beschränkt. Auch die Dienst- und Wohngebäude konnten gehalten werden. Gegen Abend rückte noch der letzte Berliner Löschzug aus der Köpenicker Straße nach der Brandstelle aus. Da sehr lange Schlauchleitungen nötig waren, trat schließlich ein Schlauchmangel ein, weshalb von Berlin aus noch ein Schlauchwagen nachbeordert wurde. Als die Hauptgefahr abgeklungen sein konnte, verließen die freiwilligen Feuerwehren aus der Umgebung die Brandstätte. Der Schaden ist ganz bedeutend, da mehrere Millionen Liter Benzin ein Raub der Flammen geworden sind. Ueber die Ursache der Explosion ist bestimmt noch nicht festgestellt. Während des Brandes sammelten sich in der Umgebung der Brandstelle große Scharen Neugieriger an, so daß umfangreiche Absperzungen vorgenommen werden mußten.

Panik bei einem Brande. Ein gefährlicher Wohnungsbrand kam Sonntag früh bald nach 7 Uhr in der Reichenberger Straße 14 zum Ausbruch und hatte eine panikartige Aufregung unter den Mietern zur Folge. Im zweiten Stock des Vorderhauses befindet sich das Atelier des praktischen Holzarbeiters Hermann Lewinsky. Hier entzündete sich ein Feuer auf bisher unangelegte Weise, während sich der Holzarbeiter in seiner Wohnung in der Winterfeldstraße 23 aufhielt. Die Gefahr wurde erst bemerkt, als aus den Fenstern am Kottbusser Tor heftige Flammen herausströmten. Als dann die Bewohner der oberen Stockwerke flüchten wollten, war das Treppenhause schon derartig verqualmt, daß sich ein Polieren der Treppen als unmöglich erwies. Die gefährdeten Personen stürzten nun nach den Fenstern und auf die Balkone und riefen laut um Hilfe. Die Flammen schossen bis zum dritten Stock empor, so daß die Situation bei Ankunft der Feuerwehr äußerst kritisch war. Der Brandmeister ließ sofort eine mechanische Leiter erreichen, um die Mieter, von denen einige schon Miene machten, herunterzuspringen, zu beruhigen. In wenigen Minuten riefen auf die Nachmeldung „Menschenleben in Gefahr!“ noch weitere Hilfe an. Sowohl über die mechanische Leiter, wie auch über einen Stiegeleitgang und die verqualmten Treppen hinweg drangen Sappeure in die einzelnen Wohnungen ein, um die gefährdeten Personen von überreichten Schritten zurückzuhalten. Gleichzeitig ging eine andere Abteilung an die Lösung des Brandes. Mit zwei Schlauchleitungen konnten die Flammen bald erloscht werden. Zwei Vorderzimmer sind vollständig ausgebrannt.

Vorort-Nachrichten.

Wiedorf.

Die Krankenhäuser-Deputation trat in ihrer letzten Sitzung in die Beratung des Vorschlages für 1911 und des dazu gehörigen Personalplans ein. Der Vorschlag wurde in der Einnahme auf 380 000 M. und in Ausgabe auf 558 900 M. festgelegt. — Dem vom Hochbauamt vorgelegten Projekte über den Ausbau von Wohnungen und über sonstige Erweiterungen im ersten Bauteil des Krankenhauses, deren Kosten sich auf 268 000 M. belaufen, stimmt die Deputation zu. — Des weiteren beschloß die Deputation, die Verpflegung des Krankenhauses durch die Dienstleistung in der Pflichtenfeuerwehr der Gemeinde Sudow durch Zahlung eines jährlichen Beitrages von 90 M. für die Jahre 1911, 1912 und 1913 abzuschließen. — Die Lieferung der für das Krankenhaus im Jahre 1911 erforderlichen Gummiwaren und Verbandstoffe soll in beschränkter Ausschreibung vergeben werden. — Die Regelung des Sommerurlaubs für die

Schwefelkohlenstoff des Krankenhauses wurde nach dem Vorschlage der Direktion genehmigt. — Den Antrag auf Einführung des Schichtwechsels für das Personal der Krankenanstalt erachtete die Deputation durch die inzwischen gefallenen Beschlüsse der städtischen Körperschaften als erledigt. — Dem Arztverein des Berliner Rettungswesens sollen die im Gesuch vom 25. v. M. ausgeführten Inventarien der früheren Krankenanstalt unentgeltlich überlassen werden. — An die Gasanstaltsverwaltung soll die Abgabe von Sektors usw. nach dem Vorschlage der Direktion widerruflich erfolgen.

Während der Feste vom Tode ereilt wurde Sonntag in der Kaiser-Friedrich-Str. 20 zu Nigdorf der 62jährige Privatier Gerlach aus der Poppelstraße. Herr G. gehörte zu einer Vereinsdeputation, die dem Fabrikanten B. zu seiner silbernen Hochzeitfeier ein Geschenk zu überbringen hatte. Während der Ansprache, die G. bei der Uebersendung des Gesichts an das Silberpaar hielt, brach er plötzlich tot zusammen. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ziel gesetzt.

Charlottenburg.

Für die folgenden vier Vorträge des Genossen Bernstein, von denen der nächste am 2. Dezember, pünktlich 8 1/2 Uhr beginnt, ist der Eintrittspreis auf insgesamt 30 Pfennige ermäßigt worden. Karten zu diesem Preise sind nur bei Weisheit (Möhlentstraße 3), Scharnberg (Sesenhelmer Str. 1) und Wilt (Krausestr. 3) erhältlich. Der Bildungsausschuß.

Schmargendorf.

Der Wahlkampf zur Gemeindevertretung wird von allen Seiten mit ungehörter Heftigkeit geführt. Wenn unser Kandidat, der Metallbrüder Martin Hauke, als Sieger hervorgehen soll, muß jeder Parteigenosse und Arbeiter von Schmargendorf sich pünktlich zur Wahlarbeit einfinden. Die Wahl findet heute nachmittag von 4—8 Uhr im Rathaus statt. Damit auch und die Möglichkeit gegeben wird, im Wahlvorstande vertreten zu sein, ist es unbedingt notwendig, daß sich jeder Parteigenosse schon um 1/4 Uhr zur Wahl des Wahlvorstandes auf dem Rathaus einfindet. Das Schlepptableau ist im Restaurant von W. Pöschel („Zum Lindenbaum“), Spandauer Str. 40. Wer bis 9 Uhr abends nicht im Wahllokale des Rathauses ist, geht seines Wahlrechts verlustig.

Straußberg.

Vier Menschenköpfe gefunden. Eine überraschende Entdeckung wurde in der Müncheberger Straße gemacht. Dort werden gegenwärtig Wasserleitungen-Pausenarbeiten hergestellt. Am Sonnabendnachmittag stieß man nun bei den Ausschachtungsarbeiten auf vier Menschenköpfe. Sie waren etwa 15 Zentimeter unter der Erde vergraben und sind noch recht gut erhalten. Die in Kenntnis gesetzte Polizei hat Nachforschungen darüber eingeleitet, ob hier ein vor vielen Jahren verübtes Verbrechen in Betracht kommt oder ob die Schädel auf andere Weise am Fundort vergraben worden sind. Natürlich gefallt sich die Ermittlungen äußerst schwierig. Auffallend ist der Umstand, daß die Schädel fast direkt unter der Oberfläche aufgefunden wurden.

Friedrichshagen.

Gemeindevertretung. Bei der Ergänzungswahl von zwei Kreisstadtsangeordneten wurde Bürgermeister Dr. Stiller wiedergewählt und Vertreter Gude neu gewählt.

Die von dem Reichshausen Ehepaar der Gemeinde überreichte Stiftung von 20 000 M. (10 000 M. für Errichtung eines Alters- und Gesehungsheims und 10 000 M. zur Errichtung eines Heims für verwaiste und verwahrloste Kinder) hat nach erfolgter Annahme der Vertretung nunmehr auch die gesetzlich vorgeschriebene landesherrliche Genehmigung erhalten.

Der Ausgemeindung von zwei zum Gemeindebezirk Friedrichshagen gehörigen, bei Erkner gelegenen Wiesen, die bisher zu landwirtschaftlichen Zwecken benutzt, jetzt aber bebaut werden sollen, wurde zugestimmt. Beide Grundstücke brachten der Gemeinde jährlich 148 M. Grundsteuer. Der Gemeindevorstand empfiehlt, den Wiesen Betrag dieses Steuerertrages in Höhe von 3900 M. von der Gemeinde Erkner als Entschädigung für die Ausgemeindung zu fordern. Der Vorschlag des Gemeindevorstandes wurde angenommen. Die 3900 M. sollen dem Grundbesitzfonds zufließen.

Die bisher geltende Beschütrenordnung für Desinfektion wird dahin geändert, daß in Zukunft alle vorgezeichneten Desinfektionen für Ortsbewohner unentgeltlich sind. Für Auswärtige werden mögliche Gebühren erhoben. Die Erbauung einer Desinfektionsanstalt mit einem stationären Apparat wird im nächsten Frühjahr in Angriff genommen.

Die Erweiterung des Bahndammes in der Seeferstraße von der Ecke Seefer- bis zur Ecke Scharnbergerstraße um zwei Meter sowie die Dammerweiterung vor dem Brauereigrundstück um einen Meter ist im Interesse größerer Verkehrssicherheit unbedingt notwendig. Die Vorlage wurde angenommen.

Ein Antrag der Genossen Barth und Sonnenburg, über die Friedhofstrasse bezw. die Errichtung eines kommunalfriedhofes, nachdem die von der Gemeinde gewählte Kommission mit der Kirchengemeinde verhandelt, in öffentlicher Sitzung in Beratung zu treten, wurde abgelehnt und beschlossen, zunächst diesen Punkt in geheimer Sitzung zu beraten.

Röpenitz.

Auf zur Stichwahl!

Heute von 4—7 1/2 Uhr findet die Stichwahl in der zweiten Abteilung statt. In letzter Stunde richten wir an die Parteigenossen und Genossinnen die Aufforderung, sich rege an den Wahlarbeiten zu beteiligen. Wenn es irgend möglich ist, läßt sein Wahlrecht in den ersten Wahlstunden aus.

Waldershof.

In der letzten öffentlichen Gemeindevertretung, welche als einzigen Punkt der Tagesordnung die Einführung des in der ersten Abteilung mit zwei Stimmen gewählten Herrn Dr. Hermann zu stehen hatte, wurde unter Verschiedenes bekannt gegeben, daß dem Gemeindevorsteher Herrn Assessor Köhler laut Verordnung des Ministers des Innern der Titel „Bürgermeister“ verliehen wurde. Nun wird die Entwicklung des Ortes getoß mit Riesenschritten vor sich gehen!

Weißensee.

Eine Berechnung der Lössen. Am Donnerstag fand eine Protokollversammlung der Bauherren gegen die am Ort bestehende Bier- und Brauereiverwaltung statt. In welcher Weise die bürgerliche Presse bei solchen Gelegenheiten untern Genossen durch eine unobjektive Berichterstattung heimliche Mordstücke zu verlesen sucht, beweist der Bericht des „Weißenseer Tageblattes“. In demselben heißt es: „Der Fuhrmann fährt aus, daß die Grundbesitzer weitere Lössen nicht zu tragen vermögen...“ In Wirklichkeit hat Genosse Fuhrmann betont, daß, um den Ausfall der Steuern, welche bisher durch die Biersteuer eingenommen sind, zu decken, eine weitere Erhöhung der den Grundbesitz treffenden Steuern durch die Handbestimmtheit verhindert werden würde, wobei sich Redner speziell an einige anwesende Herren bürgerlicher Richtung wandte. Die Absicht solcher Berichterstattung liegt klar auf der Hand, doch werden sich unsere Genossen dadurch in ihrer Haltung in allen kommunalen Fragen nicht betreten lassen.

Potsdam.

Stadtverordnetenversammlung. Bei der Festlegung des Bebauungsplanes für das Klewitzgelände verfuhr die Haus- und Grundbesitzergruppe wieder, auch dieses Terrain nur für einen Landhausmäßigen Bau zu reservieren. Nachdem der Oberbürgermeister Gossberg darauf hingewiesen, daß man den Bauunternehmern nicht

unmöglich machen solle, eine Rente zu erzielen, da sonst noch in 10 Jahren der Wind über die fahlen Felder wehe, gab man sich damit zufrieden, wenigstens für die Uferstraße eine landhausmäßige Bebauung festzulegen. Die Interpellation über den Stand des Rathhaus-Reis- bezw. Umbaus endete ohne Beschluß, da bereits von der Stadtverordneten-Versammlung ein Kommission eingeleitet ist. — Einmütig entschied man sich für die Einführung der Berufs- vor mundschaft vom 1. Januar 1911. Als Gehalt wurde ein solches in Höhe der Sekretäre festgelegt, doch soll eine juristisch gebildete Person angestellt werden, welche die Prozesse vor dem Amtsgericht selbst vertritt. Dabei wurde auch festgestellt, daß die Zahl der unehelich geborenen Kinder in Potsdam annähernd 200 beträgt. Nach Erledigung eines Leibrentenantrages soll das freierwerbende Kapital von 4000 M. zur Stiftung eines Freibettes dritter Klasse im städtischen Krankenhaus verwendet werden. Es entspricht dies einem dringenden Bedürfnis, da für die dritte Klasse nur 5973 M. für die zweite Klasse aber 136 893 M. zu demartigen Zwecken zur Verfügung stehen. Zum Schluß erucht Stadtd. Sack den Magistrat, dahin zu wirken, daß sich die Lehrer stärker an der Volkszählung beteiligen und in den Gemeindefaulen eine Unterweisung in den oberen Klassen erfolge. Es fehle noch immer eine Anzahl Zähler. Und das in einer Beamten- und Pensionärstadt!

In geistiger Umarmung hat sich der Leutnant v. Haugwitz vom ersten Garde-Regiment z. B. in seiner Kasernenwohnung mit einem Revolver erschossen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 60, vorn über Treppen — 8 Uhr abends —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr nachmittags statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen zu bezeichnen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Stille Anfragen trägt man in der Sprechstunde vor.

H. C. Das Gesuch um Erteilung eines Armutsscheines ist in solchen Fällen an das Vormundschaftsgericht zu richten. — H. W. 37. Nur dann, wenn die Frau den Unterhalt des Mannes mitbestimmen hat, der Antrag ist an den Mann zu richten. — H. W. 61. 5.15 Wenn Sie den Lohn fortwährend bezogen haben und besitzen. — W. S. 000. Sie sollten nicht, wohl aber Ihre Frau. — H. Z. 16. Wir halten Sie für zahlungspflichtig. — 1001. An das Vollzugsamt. — G. R. 400. An den Magistratskommissar für Invalidenversicherungssachen, Am Köpenicker Park 8. — Vorkaufmann. Ein solches Einkommen unterliegt nicht der Grundsteuer. Erheben Sie Widerspruch. — C. 1880. Wiederholen Sie Ihre Anfrage. — G. S. 84. Nur dann, wenn Sie bei der ersten Beschädigung dem Teil Kenntnis gegeben und einen verschlossenen Schrank gefordert haben. — W. S. 11. 1. Ja, wenn damit keine Ruhestörung verbunden ist. 2. Sie hatten Anspruch auf Erhöhung der Steuer für die fragliche Zeit. Ob die Berechnung zulässig war oder nicht, hängt davon ab, ob Sie mit Steuern im Rückstand waren oder nicht. 3. Das Abhängigkeitsverhältnis hat für den Nichtzahlung Anspruch auf Herausgabe. — H. S. 111. Fragen Sie bei der Zentralauskunftsstelle für Auswanderer, Schellingstr. 4, an. — H. R. 1000. Es ist das Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirk der Garnisonort des Schwimmbades liegt. Das Armutsschein erhält der Vormund vom Vormundschaftsgericht. — H. S. 130. 1. Ja. 2. Nein. — G. S. 650. 1. und 2. Strafverfolgung aus der beiden anderen Personen ist zu erwarten, wenn die Staatsanwaltschaft von deren Taten Kenntnis erhält. Zur Anzeige verpflichtet ist niemand. 3. Nein. — H. S. 28. 1. Ja, wenn der Betreffende erst jetzt Kenntnis erhalten hat. 2. S. 1. Ja. — W. R. 20. Der Antrag wird im Widerspruchsverfahren unterliegt sein. Wir raten zur nachmaligen Auforderung unter Bezug einer Frist für den Fall der Erfolglosigkeit zur Klage. — H. S. 30. Befragen Sie einen Gerber.

Leser- und Diskussions- „Baumschulweg“. Mittwoch, den 30. November, abends 9 Uhr, bei Abgängen, Baumgartenstr. 27: Vortrag über: „Materialistische Weltanschauung.“ Gäste willkommen. Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Spandau. Am Mittwoch, den 30. d. Mts., abends 8 Uhr, im Lokale von Böhm, Havelstr. 30, Uebungsabend. Vortrag des Herrn Dr. Kallner über Bewusstseinsfragen, Hitz- und Blitzschlag, Ertrinken, Verletzungen und Vergiftungen. Gäste sind hierzu willkommen.

Wöchentliche Marktberichte der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag. Anlauf Karl, Beschäftigt (schleppend, Preise für Hammelfleisch anziehend, für Schweinefleisch nachgebend, sonst unverändert. Wild: Jachar anziehend, Beschäftigt etwas ruhiger, Preise fast unverändert. Weißgabel: Jachar reichlich, Beschäftigt nicht lebhaft genug, Preise fast unverändert. Milch: Jachar sehr mäßig, Beschäftigt ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Beschäftigt ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Jachar mäßig, Beschäftigt sehr ruhig, Preise fast unverändert.

Witterungsübersicht vom 28. November 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temperatur in C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temperatur in C		
Strombe	760	SE	6	moßig	1	Dachau	773	S	4	Schnee	-1
Darmstadt	764	OSO	4	moßig	-1	Petersburg	780	OSO	2	bedeckt	-9
Berlin	768	SO	3	bedeckt	0	St. Petersburg	762	WWS	5	moßig	8
Konstanz	755	SW	1	Fogel	1	Berlin	763	WS	1	bedeckt	2
Nürnberg	760	S	2	Kegen	1	Paris	761	OSO	5	bedeckt	12
Wien	764	SO	4	bedeckt	0						

Wetterprognose für Dienstag, den 29. November 1910.

Einmal wärmer, veränderlich, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und ziemlich starken südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 27.11. 26.11.	Wasserstand	am 27.11. 26.11.
Remel, Mühl	258 ⁸	Saale, Großh.	115
Regel, Jüterburg	394 ¹	Havel, Ebersdorf	88
Beichel, Dora	134	Kathowen	116
Oder, Ratibor	218	Spreew., Spremberg	112
„ „ „ „ „ „	276	„ „ „ „ „ „	139
„ „ „ „ „ „	268	„ „ „ „ „ „	97
„ „ „ „ „ „	65 ²	„ „ „ „ „ „	56
„ „ „ „ „ „	52 ²	„ „ „ „ „ „	462
„ „ „ „ „ „	12	„ „ „ „ „ „	264
„ „ „ „ „ „	107	„ „ „ „ „ „	327
„ „ „ „ „ „	9	„ „ „ „ „ „	140
„ „ „ „ „ „	296	„ „ „ „ „ „	202
„ „ „ „ „ „	245	„ „ „ „ „ „	204

*) + bedeutet Wucht. — Höl. — *) Unterpegel. — *) Gistreiben. — *) Schmales Grundbeistreiben.

H. Pfau, Bandagist

Berlin, Direksenstraße 20

zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Vollzugsamt. — Amt VII, 13799.

Für Damen Frauen-Bandagen.

Spezialist für alle Krauentaschen.

+ Hygienische Bedarfsartikel
Drogerie Zarenba, Weinbergweg 1, dir. a. Holtenauer Tor. — Billigste Bezugsquelle! Versuch 1/2 zur dauernden Anschaffung!

Gummiwaren

aller Art. Anse. orb. Gummi-Grosso-Haus C. A. Grawald, Charlottenburg-Bl. 37, P. A. 2. Versand auch an Private.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung

elegante

Herren-Moden

fertig und nach Maß, feinste Verarbeitung.

S. Boltuch
Frankfurter Allee 76, 1
Eingang Tilsiter Straße.

Pianos-Gelegenheits-

kaufe in gr. Auswahl v. 300 bis 400 M., dir. Schiedmayer, Blass etc. Garantie. — Pianohaus Krause, Berlin W., Ansbacher Str. 1.